SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Meinungsäußerungen, Standpunkte und Einschätzungen zur Statistik und statistischen Ergebnissen aus der DDR

Heske, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Verzeichnis, Liste, Dokumentation / list

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Heske, G. (2005). Meinungsäußerungen, Standpunkte und Einschätzungen zur Statistik und statistischen Ergebnissen aus der DDR. *Historical Social Research, Transition (Online Supplement)*, 17, 1-92. https://doi.org/10.12759/hsr.trans.17.v01.2005

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Historical Social Research
Historische Sozialforschung

HSR Trans 17

Gerhard Heske

Meinungsäußerungen, Standpunkte und Einschätzungen zur Statistik und statistischen Ergebnissen aus der DDR

doi: 10.12759/hsr.trans.17.v01.2005

Version: 04 November 2005
HSR Trans 17 (2005)

HSR-Transition

Letzte Änderung:
04.11.2005

Meinungsäußerungen, Standpunkte und Einschätzungen zur Statistik und statistischen Ergebnissen aus der DDR

- Zusammengestellt von Gerhard Heske -

(Bei der Zusammenstellung handelt es sich in der Regel um Auszüge aus größeren Arbeiten zu den angeführten Themen. Spezielle, die Statistik der DDR betreffende Aussagen, wurden herausgezogen und zusammengestellt. Die Auszüge wurden alphabetisch nach Autoren angeordnet. Der Quellennachweis urde am Schluss der wZusammenstellung angefügt.)

Inhalt:

Validität der statistischen Ergebnisse
Arbeitslosenstatistik
Wohnraumversorgung, Stadtgestaltung und Stadtverfall
Umweltpolitik und Umweltbelastung
Überlegungen aus der Sicht der Wissenschaft am Beispiel der Erfahrungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
Vergleichende Darstellung und Bewertung der Statistik der BRD und der DDR nach dem Stand der achtziger Jahre
Enquete-Kommission des Bundestages (12. Wahlperiode): Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland
Entwicklung der amtlichen Statistik in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR - 1945 bis 1990
Vorstellungen der Wirtschaft zum vordringlichen Informationsbedarf über die DDR und die aus ihrer Sicht zu treffenden Maßnahmen
Betriebliches Rechnungswesen - Auskunftsquelle, nicht Bestandteil der Statistik
Die amtliche Erwerbstätigenstatistik in der DDR
Das statistische Informationssystem der DDR
Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz
Deutsche Irrtümer: Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur
Bilanz der Ära Honecker: Die ökonomische Hinterlassenschaft der SED
Der große Schwindel um die DDR-Roboter
Vor dem Bankrott der DDR
Einige Aspekte einer Wertung des Datenmaterials der ehemaligen DDR-Statistik
Historikertag (40) in Leipzig am 30.09.1994: Resolution zur Sicherung und Dokumentierung der statistischen Datenbestände der DDR
Amtliche Statistik im vereinten Deutschland – Teil der europäischen Statistik
Die Treuhänder – wie Helden und Halunken die DDR verkaufte
Ausgewählte Probleme der früheren DDR-Statistik
Traurige Bilanz der DDR-Wirtschaft

Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986-1989/90)
Wie vertrauenswürdig sind Statistische Daten der DDR?
Rolle der amtlichen/staatlichen* Statistik in der Gesellschaft
Statistik an den ostdeutschen Universitäten – Gegenwärtige Probleme –
Gutachten: Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda
Die politische Rolle der amtlichen Statistik
Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland: Einführung: Probleme der Statistik
Tatort Politbüro
Der Plan als Befehl und Fiktion Wirtschaftsführung in der DDR Gespräche und Analysen
Kritisches zur Erstellung langer Reihen für das Gebiet der ehemaligen DDR
Das Verkehrswesen unter besonderer Berücksichtigung der Eisenbahn
Statistisches Bundesamt: DDR-Statistik: Schein und Wirklichkeit
Statistik im DDR-Wirtschaftsstudium zwischen Ideologie und Wissenschaft
Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland
Niedergang, Krise und Zusammenbruch der DDR
Unterschiedliche Ansätze zur Wirtschafts- und Sozialstatistik in Ost und West
Wissenschaftsrat: Stellungnahme
Zahlen lügen nicht (Interview mit Prof. Dr. Arno Donda am 29. Oktober 1991)
Quellennachweis der Zusammenstellung

Angermann, O./Braun, H.-U./Glaab, H./Griepenkerl, W. [1]

Validität der statistischen Ergebnisse

„Mit dem Ziel der Planerfüllung gingen zwar gelegentlich geringfügige Veränderungen der statistischen Ist-Ergebnisse einher (z.B. Verschiebung der Fertigstellung von Erzeugnissen in andere Berichtszeiträume im Bereich der Industrie, vorübergehende Buchung von hochtragenden Färsen als Milchvieh im Bereich der Landwirtschaft), doch wurden in den befragten Unternehmen zum Nachweis der Planerfüllung i.d.R. die Planvorgaben der tatsächlichen Entwicklung angepaßt. Das Ist-Ergebnis wurde streng kontrolliert und war weitestgehend richtig. Durch die o.g. Verschiebung von Produktionsergebnissen in andere Monate kann es Störungen beim Monatsvergleich zum Vorjahr (und in der Saisonfigur) geben, weniger beim Vergleich von Jahres- und Halbjahresergebnissen.

Die wirtschaftliche Tätigkeit im Gebiet der neuen Bundesländer beruhte in der Vergangenheit fast ausschließlich auf Plänen (Fünfjahres-, Jahres-, Quartals- und Monatsplan sowie Dekadenplan). Zur Realisierung der Pläne und zur Regelung von Detailfragen waren die Kombinate und Betriebe (= Unternehmen) verpflichtet, Wirtschaftsverträge abzuschließen, und zwar sowohl für den Bezug der Vorleistungen als auch für die abzusetzende Produktion.

Da der Plan Gesetzescharakter hatte, durften Planänderungen nur von den jeweils für die einzelnen Planvorgaben zuständigen Ebenen vorgenommen werden (Ministerrat, Staatliche

Plankommission, die Ministerien, die Kombinate).

In Fällen, in denen es nicht gelang, die Planziele zu erreichen, wurden die Pläne der tatsächlichen Entwicklung angeglichen. Diese Änderungen mußten jedoch eingehend begründet werden. Überzeugende Gründe für die Nichteinhaltung der Planvorgaben waren das Fehlen von Inputgütern, die nur gegen Devisen beschafft werden konnten, fehlende Arbeitskräfte, fehlende Materialzulieferungen und verspätete Inbetriebnahme neuer Produktionseinrichtungen (siehe folgende Tabelle 1).

Tabelle 1: Gegenüberstellung von Plan- und Ist-Daten für die Industrielle Warenproduktion zu
Industrieabgabepreisen im Bereich der Industrieministerien der ehemaligen DDR *)

Mill. Mark			
Zeitpunkt der Planung	Jahresplan	Plan-Daten(kumuliert) für den Berichtszeitraum	Ist-Daten (kumuliert)
Anfang 1988 für 31.12.1988	474 514,8	-	-
Ende 1988 für 31.12.1988	465 497,2	465 497,2	467 732,3
31.3.1989 für 31.12.1989	465 697,2	116 714,2	117 491,0
30.6.1989 für 31.12.1989	464 688,2	231 199,3	232 799,7
30.9.1989 für 31.12.1989	464 102,5	346 549,8	348 584,6
Ende 1989 für 31.12.1989	462 367,5	462 367,5	459 841,4

Die Meldeweise der Unternehmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR war entsprechend den vorgegebenen Definitionen weitestgehend korrekt; die Produktionsstatistik bildet deshalb die tatsächliche Entwicklung richtig ab.

In einem Erlaß des Ministerrates der ehemaligen DDR zur „Handelsberichterstattung 1986 bis 1990“ ist beschrieben, welche Auskunftspflichtigen einer Berichtspflicht zur Einzelhandelsumsatzberichterstattung unterliegen. ...

Aus der unter 2.2.1.1 zitierten Verordnung des Ministerrates der ehemaligen DDR läßt sich folgender Hinweis entnehmen:

„Als Einzelhandelsumsatz-Plan ist die bestätigte Jahresplanauflage einzutragen. Sollten sich im Berichtsjahr bestätigte Planveränderungen ergeben, sind diese in der nächsten Meldung zu berücksichtigen“.

Aus diesen Ausführungen und aus mehreren Gesprächen mit Sachverständigen aus dem GeStAL, den neuen Statistischen Landesämtern und den Verantwortlichen der besuchten

Betriebe kann folgende Feststellung abgeleitet werden: Es gab zwar einerseits einen Plan für den Einzelhandelsumsatz mit einer Jahresplanauflage, aber andererseits war nur das in den berichtspflichtigen Einheiten erzielte tatsächliche Umsatzergebnis ausschlaggebend.

Nicht die Plansollvorgabe führte zu den berichteten Ergebnissen, sondern das tatsächlich erzielte Betriebsergebnis. Letzteres führte dann auch dazu, daß Planfortschreibungen, Planpräzisierungen oder Planmodifizierungen zu einer Planänderung führten. Bei einem vom Plansoll divergierenden Ergebnis wurde keine Anpassung des Ergebnisses an die Planvorgabe vorgenommen.

Das Ergebnis dieser Vor-Ort-Besichtigung ist: Die Qualität der in den einzelnen berichtenden Einheiten vorgenommenen Aufzeichnungen hinsichtlich des Einzelhandelsumsatzes ist in beiden Betrachtungsperioden weitgehend gleich. Wesentlichstes Element dieser Aufzeichnungen war und ist auch bis heute eine tägliche Registrierung der baren und unbaren Umsätze. Überprüft wurden diese Werte durch die entsprechenden Kontoauszüge von Post und/oder Bank, da eine tägliche Einzahlungspflicht der getätigten Umsätze besteht. Es ergibt sich also hieraus, daß die Vergleichbarkeit der jeweiligen Ergebnisse von der Qualität der Aufzeichnungen nicht beeinflußt ist.

Nach bisheriger Erkenntnis hat die enge Verflechtung von statistischen Meldungen mit der Abrechnung des Planes und dem Rechnungswesen weder in den Betrieben noch auf Kreis- und Bezirksebene zur Beeinträchtigung der Ergebnisgenauigkeit der Erzeugungsstatistiken geführt.

Bei größeren Abweichungen der Ist-Ergebnisse von den Planvorgaben sind die Planzahlen den tatsächlichen statistischen Erhebungsergebnissen angepaßt worden.

Aus statistischen Einzelangaben wurden bestimmte Vergütungen und Prämien der Betriebe abgeleitet (z.B. Höhe der Aufzuchtergebnisse, Tierverluste, Verbesserung der Futterverwertung, Höhe des Bruttoumsatzes der pflanzlichen und tierischen Produktion). Es lag zwar im Interesse der Betriebe, möglichst „gut“ dazustehen“ bzw. nicht negativ aufzufallen; da aber sowohl den Auskunftspflichtigen als auch den Konkurrenzbetrieben die statistischen Daten bekannt waren, ist aus diesen Gründen von weitgehend korrekten Angaben auszugehen.

Wie mehrere Betriebsleitungen berichteten, konnten Planauflagen auch wie folgt erfüllt werden:

- Aus betriebswirtschaftlicher Sicht erschwerende Vorgaben über den zu einem bestimmten Erhebungsstichtag vorgeschriebenen Bestand an (Milch)Kühen konnten umgangen werden, indem andere Nutzungskategorien an Rindern der Erhebungsposition Milchkühe zugerechnet wurden. Um höhere durchschnittliche Milchleistungen nachzuweisen (Wettbewerb der Betriebe), wurden mehr Kühe, als in der Viehzählung angegeben, gehalten.
- Im Bereich der pflanzlichen Erzeugung war das den einzelnen Betrieben vorgegebene Planziel (Anbaufläche, Erntemenge) auch durch Kompensation (z.B. Austausch von Gemüse- gegen Getreidelieferungen) zwischen mehreren Betrieben zu erfüllen, was in der Regel bereits zu einem Ausgleich von Soll- und Ist-Erzeugung auf Kreisebene führte.
- Die Differenzierung zwischen Anbau- und Ernteflächen gab den Gütern und Genossenschaften im Rahmen der o.a. Wettbewerbe die Möglichkeit, in Einzelfällen

leicht überhöhte durchschnittliche Hektarerträge für besonders ausgewählte Flächen nachzuweisen, indem die Ernteflächen systematisch kleiner als in Wirklichkeit angegeben wurden.

Die beispielhaft genannten „Manipulationen“ – es handelt sich hierbei offensichtlich um Einzelfälle - hatten nach Auskunft der befragten Betriebe nur geringe Auswirkungen auf die Güte bzw. Höhe des Gesamtergebnisses.“

Arnold, K.-H. [2]

„Sie waren (die zunehmenden ökonomischen Probleme) ohnehin nur ungenau zu erkennen, da der Klartext fehlte. In diesem Punkt ähnelten die zugänglichen volkswirtschaftlichen Daten (der DDR) den veröffentlichten Konzernbilanzen von heute“.

Barsch [3]

Arbeitslosenstatistik

Die Leut' aus Nürnberg müssen wohl von der DDR gelernt haben, wie man liebedient und Zahlen schönfärbt, um die Herrn in Bonn nicht zu verknurren“.

Bleck, W. [4]

Buck, H.F. [5]

Wohnraumversorgung, Stadtgestaltung und Stadtverfall

„Etwa ein dreiviertel Jahre nach der „Wende“ im Spätherbst 1990 veröffentlichte jedoch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR (umbenannt in „Statistisches Amt der DDR“) überraschend eine neue, stark ernüchternde Bilanz der DDR-Wohnungsbauaktivitäten während der Honecker-Ära. Sie wich von den 15 Jahre lang stolz verkündeten Erfolgsdaten (sog. „Ist“-Daten) beträchtlich ab. Urplötzlich wurde zugegeben, daß das bisher regierungsamtlich vorgelegte Bauergebnis, in dem von nahezu 2,8 Millionen fertiggestellten Wohnungen berichtet worden war, ein Betrugsmanöver gewesen sei. Statt dessen seien im Zeitraum von 1975 bis 1989 nur annähernd 1,7 Millionen Wohnungen neu gebaut oder modernisiert worden. Das Planziel über die Zahl der fertigzustellenden Wohnungen wurde somit um 1,1 bis 1,3 Millionen Wohnungseinheiten unterschritten. Demnach vermochte die SED der Bevölkerung bis zum Abschluß des Planungszeitraums für das Wohnungsbauprogramm nur 60 v. H. der Wohnungen zu übergeben, die dieser ursprünglich

versprochen worden waren. Die „Hauptkennziffer“, mit der zu Lebzeiten der DDR-Wirtschaft gemessen wurden, welche Erfolge der SED-Staat erzielt hatte, um die Bevölkerung mit mehr und mit komfortableren Wohnungen zu versorgen, war die Zahl der „fertiggestellen Wohnungen“. In dieser Erfassungsgröße wurden erstens die erbrachten Neubauleistungen aufgenommen und zweitens die Modernisierungsleistungen einbezogen, die der Erhaltung und Wohnkomfortverbesserung bestehender Wohnungen dienten. Übernimmt man diese „Meßgröße“ als Leistungskriterium und stellt dann die bis 1989 ausgewiesene Leistungsbilanz im Wohnungswesen der im September 1990 vorgelegten korrigierten Bilanz gegenüber, so waren 40 bis über 60 v.H. der in den Jahren 1983 bis 1989 als „fertiggestellt“ ausgewiesenen Wohnungen es nicht wert, in die statistische Ergebnisrechnung als Verbesserung der Wohnungsversorgung der DDR-Bevölkerung aufgenommen zu werden.“

Buck, H.F. [6]

Umweltpolitik und Umweltbelastung

„Mit dem Geheimhaltungsbeschluß des Ministerrates vom 16. November 1982 [...] „zum Schutz von Informationen über den Zustand der natürlichen Umwelt der DDR“ wurde die bereits bestehende Zensur von Berichten über die Belastung und Verwüstung der Umwelt in Ostdeutschland noch einmal verschärft.

Abseits dieser durch den SED-Staat errichteten Geheimhaltungsbarrieren vereitelten Dutzende von Investitions- und Versorgungsmängeln ständig eine realistische Erfassung der Emissionsmengen und Imissionswerte durch die in der DDR bestehende ökologische Forschung (Umwelthygieneforschung). Infolge einer viel zu geringen Zahl von Meßstationen und der häufig auch ungeeigneten Meßgeräte blieb während der gesamten DDR-Zeit die Luftüberwachung zur Abwehr von Gesundheitsgefahren unzureichend (....).'

Cornelsen, P. [7]

Überlegungen aus der Sicht der Wissenschaft am Beispiel der Erfahrungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

zurück

„Die Statistik - hier und heute unser Thema - ist somit gefragt wie nie. Der Transformationsprozeß kann nur gezielt unterstützt werden, wenn die erforderlichen Informationen vorhanden sind. Die Entwicklung wird auch international große Aufmerksamkeit finden, nicht zuletzt in den anderen Ländern Osteuropas, aber auch bei den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft. Schließlich wird dieses Kapitel eines der spannendsten für die Wirtschaftshistoriker sein - alles in allem, die Statistik der DDR steht vor einer großen Aufgabe.

„Dann bleiben noch die „naiven Gimpel“ zwischen diesen beiden Lagern, die wohl die offizielle DDR-Statistik für das Buch der Erkenntnisse gehalten haben müssen“.

Angesichts dieser enormen Bedeutung ist es wichtig, sich vor Augen zu führen, wie die Statistik dafür gerüstet ist. Mit der Statistik der DDR in ihrer bisherigen Form sind diese Aufgaben sicherlich nicht zu lösen. Gleichwohl soll hier eine kurze Würdigung der DDR-Statistik gegeben werden, weil die Frage von Umfang und Qualität der bisherigen Statistik auch für die Weiterentwicklung des Instrumentariums wichtig ist.

Das DIW hat in der empirischen Forschung über die DDR-Wirtschaft eine lange Tradition. Derartige Untersuchungen mußten sich in erster Linie auf das veröffentlichte statistische Material stützen. Zusätzliche Informationen aus der Auswertung anderer Quellen - zum Beispiel Monographien, Fachzeitschriften, Pressemeldungen, Tagungsberichte - konnten zwar das Bild vervollständigen; aber die offizielle Statistik blieb eine wesentliche Grundlage für die Analysen. Die Frage nach der Aussagekraft, Vollständigkeit und Genauigkeit der statistischen Informationen ist deshalb vom DIW schon immer kritisch geprüft worden.

Der Umfang der veröffentlichen Statistik in der DDR war bisher außerordentlich dürftig. Dies galt nicht nur verglichen mit der der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch mit der in den meisten europäischen RGW-Staaten. Die Absichtserklärungen in der Schlußakte der KSZE-Konferenz in Helsinki, Qualität, Quantität, Vergleichbarkeit und Aktualität der Informationen über Handel und Wirtschaft zu erhöhen, haben in der DDR überhaupt keine Wirkung gezeigt, obwohl sie auch zu den in Helsinki beteiligten Ländern gehört hatte. Tatsächlich hat die DDR nach der Konferenz ihre Informationen, jedenfalls über den Außenhandel, sogar noch reduziert. Während die anderen RGW-Länder ein gesondertes Außenhandelsjahrbuch herausgegeben hatten und zum Teil sogar monatlich über den Außenhandel berichteten, war die DDR das Land mit der dürftigsten Außenhandelsstatistik im RGW.

In der DDR-Statistik fehlten außerdem viele im allgemeinen für selbstverständlich gehaltene Daten. Zum Beispiel wichtige Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Wohnungszählung, eine Einkommensgesamtrechnung, eine aussagefähige Industriestatistik (tiefe Gliederung, Lohnsumme, Investitionen und Anlagevermögen, Export), Reihen über die Preisentwicklung, eine Umweltstatistik.

Die Frage der Zuverlässigkeit der DDR-Statistik hat die westliche DDR-Forschung immer sehr beschäftigt. Dabei bestand wohl weitgehend Einigkeit darüber, daß die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik veröffentlichten Zahlen von dieser nicht bewußt verfälscht oder manipuliert worden sind. Für kritische Fälle griff man eher zum Mittel der Geheimhaltung, manchmal auch zur Veränderung in der Abgrenzung. Das abrupte Verschwinden vieler Außenhandelszahlen für die Jahre nach 1974, die Einstellung der Berichterstattung über die Ausfuhrstruktur des Maschinenbaus mit dem Jahr 1975 waren markante Beispiele für dieses Vorgehen, außerdem die Veränderung in der Systematik beim Ausweis des Staatshaushalts. Ohne detektivische Spürarbeit war hier in vielen Fällen eine kontinuierliche Berichterstattung überhaupt nicht möglich - insofern grenzte die Handhabung der Statistik in der Tat bereits gefährlich an eine Irreführung der Öffentlichkeit.

Ein ganz kritischer Bereich war übrigens die Statistik des Anlagevermögens. In der DDR wurde das Anlagevermögen („Grundmittel“) direkt aus den Aufzeichnungen der Betriebe übernommen. Es handelte sich um den Bruttowert der Anlagen, die Preisbasis war zuletzt 1986. Die Aussagekraft dieser Daten ist sehr begrenzt, weil bei der Bewertung viel Willkür

im Spiel gewesen ist. Alte Anlagen, die längst hätten ausgesondert werden müssen, wurden immer noch zu Wiederbeschaffungspreisen von 1986 geführt. Importierte Anlagen wurden mit einem „Richtungskoeffizienten“ von 1 D-Mark = 4,40 Mark der DDR umgerechnet und so in die Vermögensrechnung einbezogen. Die Bewertung des Anlagevermögens in D-Mark wird jetzt die Betriebe vor große Probleme stellen; sicherlich kann man die bisherigen Aufzeichnungen in den meisten Fällen vergessen.

Die Zuverlässigkeit der Statistik hat aber noch einen anderen Aspekt, das sind die systematischen Fehler, die im Material zwangsläufig vorhanden sind. Ein wesentlicher Punkt ist hier die Einstellung der Befragten und der Gegenstand der Statistik. In der DDR waren die statistischen Berichte der Betriebe identisch mit den betrieblichen Planerfüllungsberichten. Diese wiederum beeinflußten die finanzielle Situation der Betriebe nämlich die Möglichkeiten zur Bildung der verschiedenen betrieblichen Fonds, und damit auch die materiellen Vorteile für die Belegschaft. Die Betriebe, die Belegschaft und manchmal auch ihre zuständigen Minister hatten somit ein unmittelbares Interesse an einer bestimmten Einschätzung ihrer Tätigkeit. Es gilt als sicher, daß damit ein systematischer Fehler unbekannter Größe und Richtung in das statistische Primärmaterial der DDR eingegangen ist.

Ein weiterer systematischer Fehler kommt aus dem schwierigen Problem der Preisbereinigung, wenn sich die Zusammensetzung der Produktion verändert und neue Produkte, für die in der Vorperiode nichts Vergleichbares vorhanden gewesen ist, auftauchen. Die Problematik neuer Produkte ist in der Statistik allgemein bekannt. Üblicherweise werden ausgeklügelte Verfahren verwendet, um hier den Qualitätseffekt und den Preiseffekt zu trennen und die neuen Produkte angemessen in die preisbereinigte Produktion einzuordnen. In der DDR hatte dieses Problem noch eine besondere Dimension. Dort wurde 1983 die Plankennziffer „Erneuerungsgrad der Produktion“ eingeführt. Im Durchschnitt der Industrie war ein Erneuerungsgrad von 30 % des Sortiments vorgeschrieben. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß für neue Produkte höhere Gewinnzuschläge kalkuliert werden können. Um den Plan in dieser Hinsicht zu erfüllen, wurden vielfach auch geringfügige Veränderungen als Neuerungen deklariert und mit höheren Preisen abgerechnet, auch wenn dies weder durch Neuigkeitsgrad noch durch Qualitätsverbesserungen gerechtfertigt war. Zur Ermittlung der Preis- Lind Qualitätseffekte hat sich das Statistische Amt auf die Angaben der Betriebe verlassen und keine eigene Preisstatistik geführt. Damit wurden die Ergebnisse der Preisbereinigung noch problematischer, als sie von der Sache her ohnehin gewesen sind. Die realen Zuwachsraten gesamtwirtschaftlicher Daten waren deshalb in unbekanntem Maß überhöht, und zwar besonders in den Jahren und im Detail auch für die Bereiche, in denen die Erneuerungsrate besonders hoch ausgefallen ist. Das DIW hat in der Vergangenheit mehrfach auf diesen Punkt hingewiesen; einmal wurden wir dafür sogar mit einem langen Artikel im „Neuen Deutschland“ bedacht, der zur Sache nichts brachte, aber um so giftiger formuliert gewesen ist.

Für die Industrie der DDR hat das Statistische Amt inzwischen versucht, die Preisentwicklung nachträglich besser in den Griff zu bekommen. Für die Zeit von 1980 bis 1988 wurde ein neuer Index für die reale Produktion erarbeitet; daraus ergibt sich eine Zunahme der Produktion in dieser Zeit von 130 %, in der früheren Rechnung waren es 135 %.

Ergänzt werden muß, daß der Bereich Preisstatistik auch generell bisher ein weißer Fleck in der statistischen Arbeit der DDR gewesen ist. Zum Beispiel lag der Index der Einzelhandelsverkaufspreise seit Jahren praktisch reglos bei 100 und widersprach damit deutlich jeder Lebenserfahrung.

Ein weiteres Problem der Statistik war schließlich das der Vergleichbarkeit. Eine Gemeinsamkeit der Begriffe und Definitionen der Statistik von Bundesrepublik Deutschland und DDR war trotz gemeinsamer Ausgangslage schon lange nicht mehr gegeben. Zu stark hatten die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme auch die Begriffwelt verändert. Beispielsweise folgte in der DDR in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dem in den sozialistischen Ländern allgemein gebräuchlichen Konzept des „Material Produkt System“ (MPS), während in der Bundesrepublik - wie in den anderen wesentlichen Ländern - das von den Vereinten Nationen empfohlene „System of National Accounts“ (SNA) verwendet wird. Das MPS-System weicht insbesondere in einem Punkt von der Empfehlung der Vereinten Nationen ab: Ausgehend von der Arbeitswertlehre von Karl Marx werden nur solche Leistungen als wertschöpfend angesehen, die sich in Produktion und Verteilung materieller Produkte realisieren. Die Hauptkennziffern in diesem System, das „produzierte Nationaleinkommen“, enthält also nur die Leistungen im „produzierenden Bereich“, der große Bereich der Dienstleistungen bleibt außer Betracht. Auch in den einzelnen wirtschaftlichen Teilbereichen, insbesondere in der Industrie, waren Begriffe, Abgrenzungen und Systematik unterschiedlich.

Früher waren es generell auch die unterschiedlichen Preise und Währungen, die eine Vergleichbarkeit erschwerten. Mit der Währungsunion ist jedoch dieses Problem aus der Welt geschafft.

Zusammenfassend herrschte bei den westlichen DDR-Forschern aber die Meinung vor, daß die statistische Praxis in der DDR allgemein noch in der alten preußischen Tradition verwurzelt war. Die Defizite insbesondere im Umfang und in einzelnen Bereichen beruhten im wesentlichen auf Entscheidungen der Wirtschaftsführung, die in der Statistik ganz offiziell ein Instrument für „Agitation und Propaganda“ gesehen hat.

Das DIW hat in der Vergangenheit versucht, wenigstens einen kleinen Teil der Lücken in der Statistik auszufüllen. Wir haben zum Beispiel aus der Sammlung von Fachzeitschriften, Meldungen der DDR-Presse, Tagungsberichten und allen erreichbaren Unterlagen ein Industriearchiv aufgebaut, das viele sonst verstellte Einblicke in die Industrie der DDR ermöglicht hat. Dieses Archiv ist die Basis für viele Arbeiten über spezielle Industriebereiche, auch über die Umweltbelastung der DDR geworden.“

Donda, A. [8]

Vergleichende Darstellung und Bewertung der Statistik der BRD und der DDR nach dem Stand der achtziger Jahre

„War das statistische Amt der DDR eine Fälscherwerkstatt?

Nach gründlicher Recherche kam das Statistische Bundesamt zu folgender Einschätzung über die Validität der DDR-Statistik: „Mit anderen Worten: Statistik zeichnete im wesentlichen die Realität nach, der Plan folgte der Wirklichkeit“[5]

Der von der Eppelmann-Kommission eingesetzte Gutachter der DDR-Statistik bemängelt in seinem Gutachten[6] zunächst einmal eine Reihe von tatsächlichen aber auch eingebildeten

Unzulänglichkeiten der DDR-Statistik. Das was an seiner Kritik richtig ist, betrifft vor allem falsche und von der internationalen Praxis abweichende Definitionen, die der DDR-Statistik ausschließlich von Mittag aufgezwungen wurden, um das Bild der DDR zu schönen. Das wurde unter anderem von mir mehrfach öffentlich dargelegt, und zwar lange vor Erarbeitung des Gutachtens[7].

Insoweit also nicht viel Neues. Aber ich teile die Verurteilung dieser Vorkommnisse und bedauere sehr, daß ich sie nicht verhindern konnte. Derartiges darf sich niemals wiederholen. Aber ich füge hinzu, ich hätte von Herrn von der Lippe als Wissenschaftler erwartet, daß er gleichzeitig auch auf folgendes hingewiesen hätte, um ein vollständiges und vor allem reales Bild der DDR-Statistik zu geben, was er in keiner Weise getan hat.

* Es gab im Statistischen Amt stets einen ganz erheblichen Widerstand, wenn uns unrichtige oder unübliche Definitionen von Mittag aufgezwungen werden sollten. In der Mehrzahl der Fälle haben wir uns auch durchgesetzt. In einigen Fällen habe ich mich auch geweigert, Anweisungen von Mittag durchzuführen, z.B. das produzierte Nationaleinkommen auch als Zeitreihe nur zu effektiven Preisen auszuweisen ohne das kenntlich zu machen[8].

- Dieser Widerstand war möglich und erfolgreich, weil alle wesentlichen Mitarbeiter des Statistischen Amtes dahinter standen, einige wichtige Persönlichkeiten, wie z.B. der Ministerpräsident, Willy Stoph, uns deckten und wir sogar oft im Apparat des ZK Unterstützung fanden.
- Im Gutachten wird zwar nicht gesagt, aber durch die Darstellungsweise der Eindruck erweckt, daß die Anwendung falscher Definitionen das Vorherrschende in der DDR-Statistik war. In Wahrheit war es aber die Ausnahme. Mir sind maximal nicht einmal 20 derartige Fälle bekannt, die sich oft auch nur auf ein Jahr bezogen, wie z.B. der nicht vollständige Ausweis der Entwicklung der Industrieproduktion im Rahmen eines Ministeriums. In jedem derartigen Falle hat aber die DDR-Statistik auch die richtige Kennziffer zusätzlich ermittelt. Das ging natürlich nur, weil es sich um eine eng begrenzte Zahl von derartigen Fällen handelte. Auf dieser Grundlage konnten deshalb die realen, vernünftigen statistischen Werte nachträglich schnell ermittelt und ausgewiesen werden.
- Und schließlich wäre doch die Anmerkung angebracht, daß mit dem letzten statistischen Jahrbuch der DDR, also noch zu DDR-Zeiten, eine vollständige Korrektur erfolgte. Also hat doch nicht Herr von der Lippe das alles „erforscht“.

Nicht laßte ich dagegen Herrn von der Lippe an, daß er in dem Zusammenhang überhaupt nicht darauf eingeht, daß in der BRD nur in Ausnahmefällen die amtliche Statistik verantwortlich für die Definitionen der Kennziffern ist. Dafür zeichnet vielmehr das fachlich zuständige Ministerium verantwortlich, das auch den entsprechenden Gesetzentwurf einbringt. Wie kann sich die Bundesstatistik gegen falsche Definitionen wehren und tut sie es?

Es gibt doch auch in der BRD falsche Definitionen, sogar bei ganz wichtigen Problemen. Denken Sie doch bitte nur daran, wie ein Arbeitsloser definiert wird und wieviel Hunderttausende echte Arbeitslose nicht als Arbeitslose statistisch ausgewiesen werden. Des weiteren habe ich bereits darauf hingewiesen, daß es Fälle gibt, in denen letztlich nicht das Statistische Bundesamt entscheidet, was wann veröffentlicht wird.

Aber wir müssen uns noch einem Problem, dem Hauptvorwurf des Gutachters zuwenden, denn auf Seite 38 des Gutachtens schreibt Herr von der Lippe: „Für Nichtstatistiker besteht

der spektakulärste Fall einer Fälschung von Statistiken natürlich in der nachträglichen Änderung von Daten, möglichst auch noch mit Hinweisen auf Vertuschungsaktionen. So ein krasser Mißbrauch der Statistik ist zumindest in einem Fall, nämlich bei den Außenhandelsdaten m.E. unzweideutig aus den Akten der SZS nachweisbar."

Also nicht nur unübliche und teilweise unmögliche Definitionen von Kennziffern sowie keine Veröffentlichung von einer Reihe wichtiger statistischer Angaben, sondern sogar der Vorwurf der direkten Fälschung, wenn auch nur in einem Fall. Ich nehme meine Hauptantwort vorweg: Das Statistische Amt der DDR fälschte auch hier nicht, aber es wird sichtbar werden, daß bei der Statistik des Außenhandels ein unvorstellbar schlimmer Zustand herrschte und daß ein Mann, der in der DDR den größten Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet besaß, überheblich-arrogant und zugleich außerordentlich dumm gehandelt hat.

Herrn von der Lippe kann hier nicht vorgeworfen werden, leichtfertig etwas in die Welt gesetzt zu haben, denn es war alles darauf angelegt, wesentliche Quellen für einen erheblichen und schnell wachsenden Teil des Außenhandels nicht offen zu legen. Dem Gutachter mache ich aber eines doch zum Vorwurf. Auf seine Bitte hin, fand am 5. Oktober 1993 in meiner Wohnung ein etwa vierstündiges Gespräch statt, in dem ich nach meiner Meinung alle seine vielen Fragen offen, ausführlich und eindeutig beantwortet habe. Zur Außenhandelsstatistik stellte er aber nicht eine einzige Frage, das heißt, auf das entscheidende Gebiet der Kritik kam er mit keinem Wort zu sprechen.

Als Anfang 1994 in vielfachen Presseveröffentlichungen mit Bezug auf den Gutachter von Fälschungen des Statistischen Amtes der DDR auf dem Gebiet des Außenhandels gesprochen wurde, habe ich versucht, sowohl beim Gutachter als auch beim Statistischen Bundesamt, Einblick in das Gutachten zu erhalten. Das wurde mir versagt und ich wurde an die Eppelmann-Kommission verwiesen.

Dementsprechend habe ich mich zweimal schriftlich an den Vorsitzenden der Kommission, Herrn Eppelmann, gewandt. In seinem Auftrag antwortete unter dem 21. Februar 1994 und dem B. August 1994 eine Frau oder ein Herr Sattler. Obwohl mein Interesse an diesem Material auf Verständnis stieß, konnte ich es auch selbst nach erfolgter Vorlage an den Deutschen Bundestag nicht erhalten. Erst später gelang mir die Einsichtnahme. Ich halte diese Feststellung für wichtig, denn ein solches Material, das doch irgendwie mit der Authentizität des Bundestags versehen ist, sollte doch nicht als „Ein-Mann-Arbeit" ohne Stellungnahme der Betroffenen zu den Akten des höchsten Organs des Staates genommen werden. Heute verstehe ich die Haltung schon besser: Wahrscheinlich war eine Gegendarstellung gar nicht erwünscht. Doch nun zur Sache selbst:

Anfang der achtziger Jahre merkten wir im Statistischen Amt der DDR, insbesondere aufgrund von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, daß uns offenbar Angaben über Teile des Außenhandels, insbesondere über den Export, nicht berichtet wurden. Ich habe mich daraufhin bei Mittag telefonisch angemeldet, natürlich mit Angabe des Grundes. In kürzester Zeit wurde ich empfangen, und zwar im Gegensatz zu allen bisherigen Aussprachen allein, also Gespräch unter vier Augen. Ich konnte offenbar verständlich darlegen, daß der tatsächliche Export um mehrere hundert Millionen Mark größer war, als uns gemeldet wurde. Er sagt mir, daß er sehr erstaunt sei, daß wir dieses festgestellt hatten, und er erklärte mir, daß er im Auftrag von Erich Honecker den Bereich Kommerzielle Koordinierung, der ausschließlich ihm unterstand, angewiesen habe, nicht alle Umsätze, besonders nicht alle Exporte, für die Statistik zu melden. Er setzte sich zunächst über alle meine Gegenargumente hinweg. Erst als ich ausführte, daß es unglaubwürdig erschiene und zugleich ein ungünstiges

Bild von der DDR ergebe, wenn die volkswirtschaftliche Entwicklung sich schneller vollzöge als der Außenhandel wachse, und darauf verwies, daß eine negative Handelsbilanz ausgewiesen werden könnte, und das alles im Gegensatz zur tatsächlichen Praxis. Hier wurde er nachdenklich und schließlich sagte er, daß er veranlassen wird, daß wir vom Außenhandelsministerium eine Nachmeldung erhalten werden.

Dieses geschah dann auch[9].

Nach einigen Monaten wiederum ein Vier-Augen-Gespräch bei Mittag. Er habe mit Honecker gesprochen und es sei nötig, künftig anders bei der Außenhandelsstatistik vorzugehen. Es muß unbedingt berücksichtigt werden, daß keine weiteren Personen über den vollen Umfang des Außenhandels des Bereiches Kommerzielle Koordinierung informiert werden, auch nicht der Außenhandelsminister, der Vorsitzende der SPK oder Stoph, also der Ministerpräsident. Darum werde ich in Zukunft vom Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung vierteljährlich nach Ende jedes Quartals die zusätzlichen Angaben für Export und Import nach Währungsgebieten sowie die entsprechenden Angaben für Erdöl erhalten. Ich hätte dann diese mit den mir vorliegenden Angaben über den Außenhandel zusammenzufassen und ihm schriftlich vorzulegen für eine Bestätigung, aber so, daß niemand aus dem Schreiben eine Beziehung zum Bereich Kommerzielle Koordinierung herstellen könne. Es sollte ausschließlich mit den Entwicklungsgrößen und dem Außenhandelssaldo argumentiert werden. Er müsse das dann Honecker vorlegen, der sich die Entscheidung vorbehalten habe. Und so lief das dann einige Jahre. Einige dieser Briefe an Mittag hat Herr von der Lippe gefunden und zur Grundlage seiner Aussage gemacht: Das Statistische Amt fälschte Außenhandelsdaten.

Steht nun Aussage gegen Aussage? Schriftliche Weisungen zu diesem unmöglichen und schandbaren Vorgehen gibt es natürlich nicht. Doch es existiert ein zwar indirekter aber überzeugender Beweis: Unter Leitung von Gerhard Schürer, der Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und auch Leiter der Zahlungsbilanzkommission des Ministerrates war, wurde durch eine von Egon Krenz eingesetzte Fünf-Mann-Arbeitsgruppe, der ich angehörte, eine umfassende Analyse über die Lage der DDR ausgearbeitet[10]. In dieser Analyse wurde von einer Verschuldung der DDR gegenüber den nichtsozialistischen Ländern von 49 Mrd. DM ausgegangen, das war also der Erkenntnisstand der Zahlungsbilanzkommission[11]. (Das Statistische Amt kannte die Zahlungsbilanz der DDR erst ab Oktober 1989).

Diese Analyse wurde am 31.10.1989 im Politbüro der SED unter Vorsitz von Egon Krenz behandelt. Ab November 1989 stellte sich in einigen Etappen heraus, daß die Verschuldung der DDR gegenüber den nichtsozialistischen Ländern viel zu hoch angesetzt war, weil viele Guthaben des Bereiches Kommerzielle Koordinierung nicht enthalten waren, sie waren auch der Zahlungsbilanzkommission und dem Vorsitzenden der SPK nicht bekannt

Die gegenwärtigen Erkenntnisse besagen, daß die Verschuldung der DDR nur bei 13 - 14 Mrd. Dollar also ca. 26 Mrd. DM gelegen hat. Diese Reduzierung der Verschuldung von 49 auf 26 Mrd. DM kann grundsätzlich nur durch nicht ausgewiesene Exporte des Bereiches Kommerzielle Koordinierung erklärt werden[12]. Dabei handelt es sich also um rund 13 Mrd. Dollar, die auch nicht in den ursprünglich dem Statistischen Amt übergebenen Außenhandelsangaben enthalten waren. Es zeigt sich also, daß die auf Anweisung von Mittag durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung ergänzenden Zusatzangaben für Export und Import in der Größenordnung auf jeden Fall richtig waren. Das Statistische Amt hat also auch hier nicht gefälscht, sondern sich bemüht, die ökonomischen Prozesse umfassend und richtig darzustellen.

Natürlich ist das „Wie“ in der DDR zu den Außenhandelsangaben gekommen werden mußte kaum nachvollziehbar, ja unvorstellbar. Arroganz und Dummheit, Menschen- und Demokratieverachtung sowie Scharlatanerien bei wichtigsten Staatsgeschäften übertreffen sich hier gegenseitig. Wir vom Statistischen Amt haben stets versucht, dem Manne entgegenzutreten, wenn er Unsinniges, Falsches oder Dummes verlangte, wir hatten ihn, nämlich Günter Mittag, nie hofiert, das geschah woanders. Natürlich hatten wir damit nicht immer ein leichtes Leben, aber wir waren natürlich auch keine Opfer, unser Handeln war nicht gegen die DDR gerichtet, sondern gegen einen Mann, der ihr schadete und einen miesen menschenverachtenden Charakter hatte.

Deshalb weise ich auch die Meinung von Herrn von der Lippe zurück, daß meine Kollegen im Statistischen Amt und insbesondere ich Opfer und Täter zugleich seien. Wir haben uns stets auch dem „Ehren-Codex der Statistiker“, der vom Internationalen Statistischen Institut 1985 beschlossen wurde, verpflichtet gefühlt, nicht zuletzt auch darum, weil ich Mitautor dieses Codex war.

Nur kurz noch eine Passage aus dem Gutachten, um Stil und Beweiskraft des Herrn von der Lippe darzulegen. Im Buch „ohnMacht“ habe ich auf Seite 42 folgendes geschrieben: „Auf die Einwohnerzahl bezogen, hatte die DDR z.B. mehr Forscher als die BRD. Aber je Erzeugnis waren es bedeutend weniger. Ausgereifte internationale Arbeitsteilung erbrachte eben weit größere Effekte als unser isoliertes Werkeln“. 7) Darauf konterte Herr von der Lippe sehr scharf und mit aller verfügbaren Logik auf Seite 54 seines Gutachtens: „In Abwandlung des Titels, unter dem das wiederholt zitierte Interview mit Donda publiziert wurde, nämlich „Zahlen lügen nicht“, soll abschließend ein Aspekt der Manipulation oder gar Fälschung angesprochen werden, der schon subtilerer Art ist. Es ist, um nur ein Beispiel zu nennen, durchaus zutreffend, daß die DDR Ende der 80er Jahre mehr Wissenschaftler, Forscher, hochqualifizierte Ingenieure usw. hatte als die BRD (wobei das natürlich auch eine Frage der Definition ist), wie dies Donda in dem o.g. Interview gesagt hatte.

Es mag paradox klingen: Das ist nicht falsch, was die Zahlen betrifft, wohl aber eine Verfälschung. Denn es gibt genügend Hinweise darauf, daß die Effizienz dieser Personen vergleichsweise gering war, so daß die richtige Zahl eine falsche Information darstellt.“ 6) Ein Kommentar ist überflüssig, aber es ist sicherlich verständlich, daß ich vermieden habe, diese Ausarbeitung als Expertise zu bezeichnen. Verabschieden wir uns nun von diesem Kritiker, der zum Systemvergleich der Amtlichen Statistik nichts weiter zu sagen hat und schon gar nichts was weiterhilft. Denn auch der Fakt, daß die Statistik in der DDR, insbesondere von einigen Personen aus der DDR-Führung, bei Reden und Propagandaaktionen mißbraucht wurde, hatten wir schon vor vielen Jahren gegeißelt 13.

Und das Statistische Amt der DDR hat seit Oktober 1989 daraus anerkannte Schlußfolgerungen gezogen. Wenn man trotzdem das, was in der DDR obwohl nicht typisch und vorherrschend, doch eben leider auch vorkam, immer und immer wieder hervorholt und (sachlich durchaus berechtigt) an den Pranger stellt, muß man auch den Mut haben, denn allein das helfe heute, vor der eigenen Tür zu kehren. Nur zwei Beispiele. Es ist doch erst weniger Monate her, daß überzeugungsstark der für Rentenfragen verantwortliche Bundesminister erklärte: „Unsere Renten sind völlig sicher“, und wie ist heute die Lage? Man kann sogar auf den Bundeskanzler verweisen, der nicht nur rasch blühende Regionen im Osten Deutschlands versprach, sondern sich zu erlauben können glaubte, das Beitrittsgebiet im letzten Jahr zu einer der blühendsten Wachstumsregionen Europas zu ernennen. Und das nachdem durch die Wirtschaftspolitik der BRD die Industrie der DDR plattgewalzt wurde, der westdeutschen Industrie Entlastung von der Konkurrenz verschafft wurde sowie neue

Absatzmärkte im Beitrittsgebiet erschlossen wurden (Gleichzeitig wurden mehrere zehntausend Arbeitsplätze zu Ungunsten der neuen Bundesländer in den alten Bundesländern erhalten oder geschaffen). Anlaß dieser „zumindestens“ verfehlten Erklärung war, daß nach Jahren des Rückgangs bis 1992 erstmals wieder 1994 ein begrüßenswerter, sichtbarer Anstieg der Produktion des produzierenden Gewerbes stattfand. Aber es muß doch zumindestens für den zuarbeitenden Referenten peinlich sein, wenn er vergessen hat hinzuzufügen, daß damit gerade 41 % des bereits 1989 vorhandenen Niveaus (erst) wieder erreicht wurden. Oder wollte man damit sagen, daß es 1989 in der DDR im Verhältnis zur BRD sehr blühte? Dann muß ich widersprechen“.

Enquete-Kommission des Bundestages (12. Wahlperiode)

Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland [9]

1. Bericht

„Die Planungstätigkeit auf Betriebsebene erbrachte eine durchgängig „weiche“ Planung, d.h. eine möglichst niedrige Ansetzung der eigenen Produktionsangebote, um die voraussehbaren Mindestanforderungen und Risiken - z.B. bei der Bereitstellung von Zulieferungen - niedrig zu halten und die Erfüllung der Pläne sicherzustellen [-> Expertise Gutmann]. Die Produktion war in vielen Bereichen durch monatliche Diskontinuität gekennzeichnet: Am Monatsanfang trat (sofern nicht noch für die bereits gemeldete Planerfüllung des Vormonats gearbeitet wurde) wegen Materialmangels Arbeitsausfall auf (ohne daß etwa nicht „gearbeitet“ wurde), und am Monatsende wurden (bezahlte) Überstunden erforderlich und Arbeitskräfte der „nicht produzierenden Bereiche“ (z.B. auch aus Forschung und Entwicklung) in „die Produktion“ abgestellt [→ Protokoll Nr. 27].

Das Verfahren der Preisbildung und der Leistungsabrechnung durch Plankennziffern führte dazu, daß die Betriebe in dem Bestreben, hohe Arbeitsergebnisse abzurechnen, an der hoher. Ansetzung ihrer Kosten und Leistungen interessiert sein mußten [Expertise Gutmann]. Dies führte zu einer in der volkswirtschaftlichen Gesamtbilanz erheblichen, von außen gleichwohl kaum einschätzbaren künstlichen Wertaufblähung, die die wirtschaftliche Leistungskraft der DDR schönte und bis zu der Fehleinschätzung führen konnte, die DDR nehme in der Reihe der Industriestaaten den zehnten Rang ein [→ Expertise von der Lippe].

Einer der wesensbedingten Mängel dieses Systems war dessen Innovationsfeindlichkeit. Ein wirtschaftspolitisches Hauptziel bestand in den beiden letzten Jahrzehnten darin, technischen Fortschritt durch schwerpunktmäßige Investitionen bei wechselnden Schlüsselindustrien, verbunden mit teilweise außerordentlich hohen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung durchzusetzen. Einerseits wurden wissenschaftliche Einrichtungen mit erheblicher zentraler staatlicher Förderung weitgehend in Forschungs- und Entwicklungsaufgaben für die Industrie einbezogen (z.B. Akademie der Wissenschaften, Universitätsinstitute). Andererseits hemmten auch hier Bürokratie (Entwicklungsstufen mit Berichten und Kontrollen) und politisches Mißtrauen schnelle und hochwertige Neuentwicklungen. Aktuelle Fachliteratur zu beziehen oder Gespräche mit NSW-Betrieben auf der Leipziger Messe zu führen, war nur ausgewählten Kadern nach besonderer Verpflichtung und mit anschließender Berichterstattung erlaubt.

Technischen Fortschritt einzuführen, brachte zudem auf betrieblicher Ebene das Risiko der Planverfehlung mit sich, mit möglichen Konsequenzen persönlicher und materieller Art. Darüber hinaus war auch der den technischen Fortschritt vorantreibende internationale Wettbewerb systembedingt nicht vorhanden, weder in der DDR selbst noch - wegen weitgehender ökonomischer Abschottung nach Westen - außenwirtschaftlich [-> Expertise Schüller].

Die ideologisch legitimierte, quasi kostenlose Nutzung der Umwelt durch die Betriebe stellte eine Ressourcenverschwendung größten Ausmaßes mit teilweise bis heute nachwirkenden katastrophalen Folgen dar. Die Umwelt nahm im wirtschaftlichen Zielkatalog der Partei- und Staatsführung keinen nennenswerten Platz ein [→ Expertise Jordan]."

2. Anhörung

Alles auf Pump - und trotzdem morsch

„Doris Cornelsen, bis 1993 Leiterin der Abteilung DDR und Osteuropa beim Deutschen Institut fair Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, wies darauf hin, daß auch westliche Experten lange Zeit die DDR für das zehntgrößte Industrieland der Welt hielten. Diese Position sei ihr in den 70er Jahren von der Weltbank eingeräumt worden. Bundesdeutsche Wissenschaftler hätten um die Unzulänglichkeiten des Datenmaterials aus der DDR gewußt. Das bestätigte auch Hanns-Jörg Buck, der im früheren Gesamtdeutschen Institut die Wirtschaftslage in der DDR analysiert hatte. Allerdings konnte er nachweisen, daß es mit einigen Mühen auch möglich war, neben dem gefälschten Zahlenmaterial wesentlich gehaltvollere Informationen über die Wirtschaftsentwicklung in der DDR zu bekommen".

Fischer, P. [10]

Entwicklung der amtlichen Statistik in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR - 1945 bis 1990

„Mit der normalen Übergabe der wesentlichen Aufgaben der SMAD auf die sogenannte provisorische Regierung der DDR am 7. Oktober 1949 wurden im neu geschaffenen Ministerium für Planung die bisherige Hauptverwaltung Planung und das Statistische Zentralamt der DWK vereint. In offiziellen Dokumenten wurde betont, daß damit die entscheidende Wende der Statistik in ein Instrument der sozialistischen Planwirtschaft eingetreten sei. Diese Grunddoktrin wurde im weiteren Verlauf der Entwicklung der amtlichen Statistik in der DDR immer deutlicher sichtbar, indem sie zunehmend als Kontroll- und Überwachungsinstrument eines zentralistischen Staates ausgebaut wurde und damit eindeutig politische Funktion übertragen bekam. So war es eine ihrer Hauptaufgaben, die Enteignung und Kollektivierung zu verfolgen, die gekennzeichnet war durch den Übergang von der bäuerlichen Einzelwirtschaft zu Genossenschaften und Staatsgütern, die Bildung halbstaatlicher Betriebe und ihre Überführung in Volkseigentum. Grundlinien der

Wirtschaftspolitik wurden in der weiteren Entwicklung immer stärker durch die Parteitage der die Gesamtentwicklung dominierenden SED periodisiert, was sich auch in entsprechenden Schwerpunktbildungen im Rahmen der amtlichen Statistik abzeichnete. Diese Entwicklung soll im weiteren knapp skizziert werden.

Die zentrale Steuerung der amtlichen Statistik der DDR bedingte zwangsläufig, daß neben der Feststellung der durchzuführenden Statistiken und zu erhebenden Merkmale auch die Erhebungsformulare durch die SZS entwickelt, gedruckt und verteilt wurden. Neben vorgegebenen Merkmalen traten häufig auch Leerfelder auf, die nur auf gesonderte Anweisung der SZS auszufüllen waren Kennzeichnend für die Entwicklung der Erhebungsunterlagen war aber ihre zunehmend einheitliche und auch aus der Sicht der technischen Abarbeitung der Belege zuverlässige und bearbeitungsfreundliche Gestaltung. Einige dem Beitrag beigefügte Erhebungsunterlagen machen das deutlich. Wenn es auch unmöglich ist, im Rahmen eines derartigen Beitrages eine umfassende Beurteilung der amtlichen Statistik der DDR vorzunehmen, kann doch festgestellt werden, daß:

- das Grundanliegen darin bestand, eine möglichst umfassende und permanente sowie rasche Abrechnung der wesentlichsten Kennziffern der betrieblichen und kombinatlichen Pläne im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft zu sichern,
- „Der Partei- und Staatsführung“ ein umfassendes Datenmaterial bereitzustellen, das bis zu Einzeldaten hinunterreichte, um auf diese Art und Weise gezielte Einflußnahmen auf einzelne Wirtschaftseinheiten zu ermöglichen,
- gleichzeitig ideologisch zu sichern war, daß nur solche Daten veröffentlicht wurden, aus denen keine Rückschlüsse auf eine negative Entwicklung der Volkswirtschaft insgesamt und einzelner ihrer Gebiete möglich waren und
- dem einzelnen Bürger nur begrenzt die Möglichkeit gegeben wurde, sich über die Gesamtentwicklung zu informieren.

Zur Ehrenrettung der Mehrzahl der in der amtlichen Statistik Tätigen der DDR muß jedoch gesagt werden, daß trotz dieser Zielstellungen ein umfassendes Datenmaterial sowohl auf der Ebene der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik als auch der Bezirks- und Kreisstellen vorlag und die Sicherheit dieser Ausgangsdaten durchaus den an eine amtliche Statistik zu stellenden Forderungen entsprach.

Mit wechselnden Vorgaben wurden, ausschließlich bestimmt durch politische Zweckmäßigkeitserwägungen, unterschiedliche Publikationen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik herausgegeben. Das erste Statistische Jahrbuch der DDR 1955 erschien im Jahre 1956. Um den gewachsenen Bedarf an entsprechenden detaillierten Informationen zu befriedigen, wurde zudem ab dem 1. Quartal 1957 eine Reihe „Vierteljahreshefte zur Statistik der DDR“ herausgegeben, doch zeigte sich bald, daß durch diese detaillierten Ausgaben entsprechende kritische Beurteilungen der Wirtschaftslage möglich wurden, so daß sehr rasch und zwar mit dem Heft 3/4 1959 das Erscheinen dieser Vierteljahreshefte wieder eingestellt wurde. Einzelschriften in Gestalt von Verzeichnissen und Berichten wurden ab 1957 herausgegeben, allerdings standen sie der Allgemeinheit nicht zur Verfügung, abgesehen von dem im April 1957 erschienenen Gemeindeverzeichnis. Das allgemein erkennbare Interesse an Publikationen der amtlichen Statistik führte dazu, daß auch die Bezirksstellen der SZS sowie einige Kreisstellen statistische Jahres- bzw. Taschenbücher herausgaben, ebenso wie ein statistisches Taschenbuch der DDR zunächst nur in deutscher Sprache, später aber auch in einigen Fremdsprachen herausgegeben wurde. Trotz der erheblichen Nachfrage nach derartigen Publikationen wurde vornehmlich aus ideologischen Erwägungen die Herausgabe der Statistischen Jahrbücher der Bezirke Ende der 70er Jahre

wieder eingestellt.

Nicht übersehen werden kann dabei, daß die amtliche Statistik der DDR in den letzten zehn Jahren kaum öffentlichkeitswirksam geworden ist. Das liegt vor allem daran, daß die wesentlichen statistischen Informationen durch die Partei- und Staatsführung einer intensiven Kontrolle unterzogen wurden, um Informationen, die nicht mit der verkündeten Staatspolitik in Einklang standen, von vornherein der Öffentlichkeit zu verschließen. Kennzeichnend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß Ende der 70er Jahre die Monatszeitschrift „Statistische Praxis“ ohne Begründung ihr Erscheinen einstellte, wobei angenommen werden muß, daß insbesondere die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Monatszahlen der Stein des Anstoßes waren. Hinzu kam, daß der dominierende Einfluß der Planung auf Inhalt und Form der Abrechnung entsprechender Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit häufig zu unkorrekter, Definitionen und damit auch entsprechender Erfassungen führten. Diesen Zustand charakterisierende Kennziffern waren unter anderem „Erneuerungsgrad der Produktion“ und „Produktion und Einsatz von Industrierobotern“. Die in diesen und anderen Bereichen ermittelten Informationen müssen heute als absolut wertlos betrachtet werden. Differenziert sind auch die in den einzelnen Wirtschaftseinheiten erhobenen Daten zu bewerten. Häufig standen sich hier Forderungen nach einwandfreien Daten mit nicht in Übereinstimmung zu bringenden Plangrößen gegenüber. Doch ist der Grad der Verfälschung dieser Ausgangsdaten nur schwer zu beurteilen und es kann davon ausgegangen werden, daß bei der Bilanzierung des volkswirtschaftlichen Gesamtproduktes und Nationaleinkommens derartige Fehlrechnungen sich in der Summe weitgehend aufhoben.“

Freitag, H. [11]

Vorstellungen der Wirtschaft zum vordringlichen Informationsbedarf über die DDR und die aus ihrer Sicht zu treffenden Maßnahmen

Bei der DDR-Statistik betritt der Statistiker der Bundesrepublik absolutes Neuland

„Vergleiche mit der Statistik bis 1945 greifen nicht, galten doch während dieser Zeit zum Beispiel noch Bürgerliches und Handelsgesetzbuch als Legalisierung wirtschaftlicher Freiräume. Die DDR-Verordnung über das Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 20. Oktober 1966 band hingegen ausnahmslos alles an die zentralverwaltungswirtschaftliche Ideologie des Sozialismus (siehe §1) [3]. Gewaltenteilung und -kontrolle waren ihr fremd: Legislative und Exekutive setzten gemeinsam durch Unterschriften das Statistikgesetz in Kraft. Amtliche Statistik ist hier auch zuständig für das betriebliche Rechnungswesen; Statistik ist Betriebswirtschaft und Betriebswirtschaft Statistik. Unternehmensbilanzen waren kein Zertifikat unternehmensindividueller Entscheidungen, sondern Reflex staatlicher Zentralplanung (hierzu mehr in: Die Buchhalter haben ihre eigene Terminologie für das Rechnungswesen und den Jahresabschluß entwickelt, von W. Schruff/W. Freygang in Sonderbeilage zum Handelsblatt Nr. 48 vom B. März 1990, S. B 36). Markt fand nicht statt; Kernstück der Statistik waren Produktbilanzen, in denen „gesellschaftlich erwünschte“ und mengenmäßig erforderliche Güterproduktionen

festgeschrieben wurden. Dienstleistungen gehörten nicht zur Wertschöpfung; die Bewertung von DDR-Unternehmen stützte sich ausschließlich auf physische (Mengen) Einheiten, wie zum Beispiel Arbeitskräftezahl, Stundenzahl, Stückzahlen und Tonnen oder Alter des Maschinenparks. Preise waren Ausdruck politisch vorgegebener Knappheitsverhältnisse, und Geld hatte nur die Aufgabe, „der Warenwelt das Material ihres Wertausdrucks zu liefern oder die Warenwerte als gleichmäßige Größen darzustellen“ (Karl Marx).

Die Diskussion um die Warentheorie des Geldes wie überhaupt um Begriffs- und Definitionsinhalte für Statistik und Betriebswirtschaft aus der Sicht sozialistischer Ideologie ist wohl endgültig - auch wissenschaftlich, theoretisch - abgeschlossen. Der Vertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion setzt in jeder Beziehung nun einen kompromißlosen Neuanfang. Den Vorstellungen der Wirtschaft zum vordringlichen Informationsbedarf über die DDR liegen marktwirtschaftliche Verfassungs- und Ordnungsvorstellungen zugrunde.

Betriebliches Rechnungswesen - Auskunftsquelle, nicht Bestandteil der Statistik

Ob „progressive Momente der theoretischen und praktischen Arbeit der Statistik der DDR“ im Sinne von Prof. G. Heske (Sonderdruck als Beilage in WiSta 4/1990: „Statistik der DDR im Umbruch“) in einem Neuanfang wirklich einzubringen sind, muß bezweifelt werden. Denn wenn der „Entwicklungsstand der Statistik in der DDR durch das in der Vergangenheit geschaffene System von Rechnungsführung und Statistik bestimmt“ wird, sind Bedenken aus unserer Sicht voll gerechtfertigt. Es geht nämlich genau um die Entkopplung von Statistik und Betriebswirtschaft, ohne die eine Anwendung unseres Statistiksystems in der DDR nicht möglich ist. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR hat dies bereits sehr früh erkannt. In einem Brief ihrer Abteilung Rechnungsführung und Statistik der Betriebe und Kombinate vom 23. Januar 1990 an den BDI heißt es: „Die eingeleitete Wirtschaftsreform in der DDR stellt auch das betriebliche Rechnungswesen vor neue Aufgaben. So ist beispielsweise die vorherrschende Ausrichtung auf volkseigene Eigentumsformen zu überwinden, die Rechnungslegung für gemischte Unternehmen ist zu konzipieren, und die Gründung einer Berufsvereinigung steht auf der Tagesordnung. Unternehmen aller Rechtsformen benötigen ein hochentwickeltes Rechnungswesen, insbesondere eine aktuelle, aussagefähige und international angepaßte Kostenrechnung bis hin zu Bilanzen sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung.“ Der Bitte um kollegiale Zusammenarbeit wurde inzwischen entsprochen; der BDI-Industriekontenrahmen und die Empfehlungen zur Kosten- und Leistungs-Rechnung bilden die Grundlage des Dialogs.“

Freitag, H. [12]

„Dr. Freitag (Bundesverband der Deutschen Industrie, Köln) machte darauf aufmerksam, daß dem Verhältnis „Rechnungslegung und Statistik“ keine Marktpreise unterstellt seien und daß man daher diese nicht als Wertgröße für die Statistik verwenden könne.“

Fritz, W. [13]

Die amtliche Erwerbstätigenstatistik in der DDR

„Glaubwürdigkeit der statistischen Daten

Wenn es um die Glaubwürdigkeit4 der Daten aus der amtlichen DDR-Statistik geht, so reicht in schriftlichen Verlautbarungen wie mündlichen Meinungsäußerungen das Spektrum der Urteile von globaler Verunglimpfung bis zu unkritischer Apologetik. Dazwischen sind Vorurteile und Fehlurteile immer noch recht verbreitet, Unwissenheit führt zu Unsicherheit und all das hemmt den zielstrebigen und zielsicheren Umgang mit Vorhandenem, so dessen Existenz überhaupt bekannt ist. Das Problem soll hier mit einiger Ausführlichkeit behandelt werden, hat es doch für potentielle Nutzer grundsätzliche Bedeutung. Es geht schlicht um die Frage: Sind die Daten brauchbar?

Eine Reihe erfahrener, profilierter Autoren hat sich zu dieser Frage bereits geäußert. Sehr schnell mußte das Statistische Bundesamt eine Antwort finden, denn einerseits wurde es als fachlich zuständiges Organ primär mit der Problematik konfrontiert und andererseits waren die geplanten und dringend erforderlichen umfangreichen Rückrechnungen nur dann sinnvoll, wenn die entsprechenden Prüfungen positiv ausfielen. Aus diesem Grunde führte das Statistische Bundesamt im Produzierenden Gewerbe, im Einzelhandel und in der Landwirtschaft Untersuchungen durch. Das Ergebnis der Studie wurde anläßlich eines Pressegesprächs am 11. April 1991 in Hannover der Öffentlichkeit vorgestellt. In seinem Statement konnte der damalige und langjährige Präsident des Statistischen Bundesamtes summarisch feststellen, daß die Statistik im wesentlichen die Realität nachzeichnete (Hölder 1992, Seite 304). An anderer Stelle bekräftigte Hölder: „Die DDR-Statistik hat die Wirklichkeit im wesentlichen widergespiegelt; war realistisch in der Nachzeichnung von Entwicklungen“ (Seite 310). In einem Vortrag auf der 62. Jahreshauptversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 26. September des gleichen Jahres stellte Kockel fest, „daß in der überwiegenden Zahl der Fälle die erfaßten Daten - unter Berücksichtigung der vorgegebenen Definitionen - im wesentlichen der Realität entsprachen“ und schlußfolgerte daraus: „die Datenlage und die Kenntnis der Methodik der Kennziffern erlaubten es also den Statistikern der SZS durchaus, ein realistisches Bild der Volkswirtschaft der ehemaligen DDR zu zeichnen“ (1992, Seite 7). Dieser Auffassung schloß sich Lachnit unter dessen unmittelbarer Leitung der Großteil der Rückrechnungsarbeiten durchgeführt wurde, in seinem Beitrag auf der Statistikertagung im Mai 1992 in Berlin an (1993, Seite 65). Schließlich kam auch Angermann, zeitweilig Leiter der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes und erfahrener Kenner der amtlichen Statistik der DDR, zu keinem anderen Ergebnis (1994, Seite 342). Völlig zu Recht wird von Fischer eine differenzierte Herangehensweise bei der Einschätzung der Zuverlässigkeit der Ergebnisse der einzelnen Sachgebiete der Statistik gefordert und sowohl vollständige Akzeptanz als auch pauschalierte Ablehnung verworfen (1994, Seite 609). Zusammenfassend aber stellt er fest: „Zur Ehrenrettung der Mehrzahl der in amtlicher Statistik Tätigen der DDR muß jedoch gesagt werden, daß ... ein umfassendes Datenmaterial .. vorlag und die Sicherheit dieser Ausgangsdaten durchaus den an eine amtliche Statistik zu stellenden Forderungen entsprach“ (Seite 607). Soweit das in den Grundzügen übereinstimmende Urteil kompetenter Fachleute.

Völlig unbeeindruckt davon zeigt sich von der Lippe Von den rd. 500 Seiten seines 1996 in 5. Auflage erschienenen Standardwerkes „Wirtschaftsstatistik“ widmete er immerhin 3 Seiten der amtlichen Statistik der DDR (Seiten 16 ff). Dort wird ein meiner Meinung und meinen Kenntnissen nach völlig unrealistisches, ja abschreckendes Bild gezeichnet. Von (hier nicht zu kommentierenden) Einzelerscheinungen der amtlichen Statistik der DDR wird auf die Gesamtheit geschlossen, nicht vordergründig, aber durch völlig undifferenziertes, einseitiges Herangehen und durch die Darstellungsweise. Oder welchen Eindruck soll man gewinnen, wenn man einen Satz liest wie diesen: „Über die krasse Fälschung hinaus bediente man sich in der DDR-Statistik so gut wie aller Manipulationsmöglichkeiten der Statistik“ (Seite 18). Dagegen findet sich nicht der geringste Hinweis auf die Brauchbarkeit bestimmter Arbeitsergebnisse der amtlichen Statistik der DDR. Es ist völlig unverständlich, wie nach über einem halben Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung ein solches Globalurteil, entgegen vielfältig geäußerter Expertenmeinung und auch entgegen den bisher bei der Arbeit mit den Daten der amtlichen Statistik der DDR gesammelten Erfahrungen, noch aufrechterhalten werden kann. Letztendlich besteht insbesondere in der Vermittlung eines solchen Falschbildes im Rahmen der akademischen Ausbildung eine nicht zu unterschätzende Gefahr, führt doch die Verbreitung von Fehlurteilen ohne Zweifel zur Verunsicherung potentieller Nutzer und damit schließlich zur Behinderung der historischen Forschung. Das Gegenteil aber wäre wünschenswert.

Für das hier behandelte Spezialgebiet der Statistik kann in Übereinstimmung mit den angesprochenen allgemeinen positiven Einschätzungen zunächst grundsätzlich festgestellt werden, daß die vorliegenden Daten überwiegend den Ansprüchen an eine solide Statistik genügen und bei Kenntnis der methodischen und erhebungstechnischen Rahmenbedingungen eine solide Basis für eine erfolgreiche Forschung darstellen. Dieses Urteil wird nicht zuletzt gestützt durch die bei der Rückrechnung und bei den bisherigen Forschungen gesammelten Erfahrungen. Die Betriebe haben in aller Regel in dem gegebenen methodischen Rahmen ordnungsgemäß abgerechnet. Manipulationen durch die Organe der amtlichen Statistik gab es, sieht man von einer Ausnahme ab, nicht. Bevor auf die gemachten Einschränkungen näher eingegangen wird, sei in diesem Zusammenhang ein kleiner Exkurs gestattet. Häufig begegnet man der Auffassung, daß das gelegentliche Bestreben der Unternehmen, im Rahmen statistischer Erhebungen nicht wahrheitsgemäß zu berichten, ein spezifisches Leiden amtlicher Statistik in zentralisierten Planwirtschaften sei. Dem ist nicht so, wohl aber mag es in unterschiedlich organisierten Gesellschaften jeweils neben systemneutralen spezifische Motivationen geben. Allgemeingültig ist aber, was Winkler bereits 1931 feststellte: „Menschen sind eigennützig und bequem; sie machen falsche Angaben, wo sie irgendein eigenes Interesse berührt glauben und entziehen sich überhaupt gerne einer nicht für notwendig gehaltenen Arbeit“ (Seite 156). „Die Menschen lügen auf allen Gebieten des Lebens, warum denn gerade nicht auf demjenigen der Statistik?“ (Seite 160). Dem Statistiker aber sind Mittel in die Hand gegeben, die so hervorgerufene Beeinträchtigung der Wahrhaftigkeit dergestalt zu begrenzen, daß die Glaubwürdigkeit der Daten nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird. Die Statistiker der DDR haben davon gezielt und erfolgreich Gebrauch gemacht, was auch von der Lippe im Zusammenhang mit der Aufzählung von Leistungskriterien (der DDR-Statistik) für eine gute amtliche Statistik offensichtlich anerkennt (1996, Seite 17). Im Zusammenhang mit der Behandlung einiger Fragen der Technologie der amtlichen Statistik der DDR wird darauf noch eingegangen. Letztlich wird ein weiterer Aspekt der hohen Datensicherheit in Verbindung mit der Darstellung der Spezifika der Erwerbstätigenstatistik der DDR anzusprechen sein. Hier sei nur noch darauf verwiesen, daß es für die Unternehmen bei den Statistiken über Beschäftigung und Beschäftigte kaum eine Motivation für Falschmeldungen gab. Der Arbeitskräfteplan gehörte ja zu den wenigen Planteilen, bei denen inhaltsbedingt eine

Untererfüllung wünschenswert gewesen wäre, nicht zuletzt vielleicht auch im Sinne einer freundlicheren Darstellung der Produktivitätsentwicklung. Von Manipulationen in dieser Richtung hatten die Unternehmen jedoch keine Vorteile zu erhoffen, sondern durch den Zusammenhang von Abrechnung/Plan des Folgejahres/Bildung des Prämienfonds Nachteile zu befürchten - eine wirkungsvolle Prävention.

Auf drei Schwach- bzw. Gefahrenpunkte hinsichtlich der Qualität der Daten bzw. bei der Arbeit mit den Daten sei hier besonders eingegangen. Sie sind sowohl durch spezifische Motivationsstrukturen und Motivationsebenen, als auch hinsichtlich der unterschiedlichen Auswirkungen auf die Glaubwürdig- und Nutzbarkeit der statistischen Daten gekennzeichnet.

Zum Ersten einige Bemerkungen zum sogenannten X-Bereich. Man verstand darunter jene aus der Sicht der Parteiführung der SED sensiblen Teile der Gesellschaft, deren statistische Erfassung der amtlichen Statistik bis einschließlich 1988 prinzipiell untersagt war. Die Ergebnisse der Berufstätigenerhebung und die darauf fußenden veröffentlichten Daten enthalten also keine Angaben über den X-Bereich, was natürlich gleichermaßen auch auf alle anderen Erhebungen der hier behandelten Fachstatistik zutrifft. Angaben über die Beschäftigten in diesem Bereich sind lediglich unter Verwendung von Volkszählungsangaben rekonstruierbar. Eine Ausnahme bildet das Jahr 1989, in dem auf der Grundlage von Beschlüssen des Politbüros der SED und des

Ministerrates Teilerfassungen durchgeführt wurden5. Der Hintergrund dazu war, daß der X-Bereich auch nicht Gegenstand der zentralen Planung der Arbeitskräfte und der Nettogeldeinnahmen war. Da der nicht erfaßte Bereich inzwischen nahezu eine Dreiviertelmillion Erwerbstätige umfaßte, war die Wirksamkeit dieser Planteile von vornherein stark beeinträchtigt. Bestandteile des XBereiches waren:

- Ministerium für Nationale Verteidigung, Nationale Volksarmee, Grenztruppen, Zivilbeschäftigte, Zivilschutz,
- Ministerium des Innern, Polizei, Feuerwehr, Strafvollzug, - Staatssicherheit,
- Zollverwaltung,
- Staatsrat und Ministerrat einschließlich unterstellter Betriebe und Einrichtungen,
- Bereich kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel,
- Spezialbau Potsdam,
- SDAG Wismut,
- Parteien und deren Betriebe, gesellschaftliche Organisationen und
- Kirchen (nur Pfarrer, Priester, Bischöfe; Arbeiter und Angestellte wurden im Rahmen der Berufstätigenerhebung erfaßt).

Im Jahre 1989 waren lt. Rückrechnung in diesem Bereich 726,9 Tausend Erwerbstätige beschäftigt. Die wirtschaftssystematische Gliederung nach Rechenbereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigt folgende Strukturen (in Prozent):

Übriger Bergbau	5,9
Druckerei, Vervielfältigung	3,6
Bauhauptgewerbe	0,6

Großhandel	0,4
Verlagsgewerbe	1,0
Organisationen ohne Erwerbszweck	20,2
Gebietskörperschaften	41,4
Soldaten	27,0

Die regionale Verteilung ergibt folgendes Bild (in Prozent):

Brandenburg	18,9
Mecklenburg-Vorpommern	16,1
Sachsen	21,9
Sachsen-Anhalt	11,5
Thüringen	14,3
Berlin (Ost)	17,3

Obwohl es dem Charakter der vorliegenden Arbeit widerspricht, wurden dennoch die obigen Daten hier dargestellt, weil naturgemäß der Bedarf nach derartigen Angaben sehr groß ist. Eines kommt noch erschwerend hinzu. Es war der amtlichen Statistik nicht nur die Erfassung, sondern auch jeglicher Hinweis auf die Nichterfassung einschließlich der präzisen Definitionen des XBereiches untersagt. So findet man eine einigermaßen treffende Beschreibung des Bereiches letztmalig im Statistischen Jahrbuch 1957 (SZS 1958, Seite 161). Ab 1962 findet sich in den Statistischen Jahrbüchern lediglich noch der Hinweis, daß Beschäftigte gesellschaftlicher Organisationen nicht enthalten seien (SZS 1962, Seite 167). Aber nicht nur die Publikationen, auch die Originalergebnisse enthalten keinerlei Hinweis auf die Nichterfassung des X-Bereiches, geschweige denn seine genaue Umschreibung. Genau genommen liegt hier eine zentrale Manipulation vor, und zwar in einer speziellen Erscheinungsform. Nicht Daten wurden gefälscht, sondern das dazugehörige Erfassungsfeld wurde bewußt falsch umrissen. Damit wurden statistische Angaben fehldeutbar, obwohl die Daten für die erfaßten Bereiche eine hohe Genauigkeit aufweisen. Es ist daher auch bei der Arbeit mit Originalergebnissen wichtig, stets die möglichen Konsequenzen für die Deutung der Daten zu bedenken und so sie nicht quantifizierbar sind, sie zumindest verbal zu umschreiben.

Ein Beispiel soll das verdeutlichen. Frerich/Frey bringen in ihrem Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland für die Jahre 1952 bis 1989 eine Tabelle über die Berufstätigen nach Eigentumsformen der Betriebe (1996, Seite 71). Daraus ergibt sich z.B. für das Jahr 1989 ein Anteil der in privaten Betrieben Beschäftigten von 4,8 Prozent. Dieser ohnehin geringe Anteil würde sich aber bei Berücksichtigung der Beschäftigten im X-Bereich noch weiter verringern, und zwar auf 4,4 %. Ein Verweis auf mögliche Konsequenzen

hinsichtlich der ablesbaren Aussagen bei Berücksichtigung des X-Bereiches fehlt jedoch. Nicht so bei Hülser. Hier wird bei der Analyse der Frauenerwerbstätigkeit richtig verbal auf die Auswirkungen der Nichterfassung des XBereiches hingewiesen, die sich aus dem niedrigen Frauenanteil in diesem Bereich ergeben. In der Tat sind die jeweiligen Abweichungen erheblich. So betrug der Anteil der Frauen an den Beschäftigten des X-Bereiches 1989 lediglich 18,9 %. Für die Erwerbstätigen insgesamt ergab sich in der Rückrechnung ein Anteil der weiblichen Erwerbstätigen von 47 Prozent. Wäre nun der X-Bereich unberücksichtigt geblieben, so würde dieser Anteil um 2,3 Prozent höher liegen. Resümierend kann festgehalten werden, daß es sich bei der Handhabung des X-Bereiches in der amtlichen Statistik zwar um eine spezifische Form der Manipulation, zentral vollzogen, handelt, die Daten aber nicht verfälscht wurden und bei Kenntnis der Gegebenheiten durchaus aussagekräftig sind; Konsequenzen für die angestrebte Aussage sind, so sie sich überhaupt ergeben, größenordnungsmäßig oder zumindest tendentiell abschätzbar.

Völlig anders liegen die Dinge bei dem zweiten anzusprechenden Problemkreis. Hierbei handelt es sich um Kennziffern, die zur Darstellung des Standes und der Entwicklung der sozialistischen Rationalisierung herangezogen wurden. Derartige Kennziffern waren beispielsweise die Arbeitszeiteinsparung aus Maßnahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Gewinnung von Arbeitskräften für neue Aufgaben durch die Einsparung von Arbeitsplätzen oder die Arbeitsplatzum- bzw. Neugestaltung. Sie wurden außerhalb des statistischen Dienstes stark ideologisiert, seitens der Parteiführung der SED mit einer Bedeutung belastet, der sie nicht zu entsprechen vermochten. Somit handelte es sich letztendlich mehr um politische (wenngleich auch als solche unwirksame), denn um handhabbare ökonomische Kennziffern. Unter dem politischen Druck sowie dem Zwang zur Anpassung an die Planung6 kamen nur unzulängliche Definitionen zur Anwendung, die einen nicht zu akzeptierenden Spielraum für Manipulationen durch die Unternehmen ließen, zumal die Definitionsmängel auch nur ungenügende Möglichkeiten für die Primärdatenerfassung, für die Nachweisführung in Rechnungsführung und Statistik der Unternehmen boten. Trotz all dieser Mängel wurde die Leistungsbewertung der Unternehmen in hohem Maße mit der Erfüllung der Vorgaben zu den sogenannten Rationalisierungskennziffern verknüpft. Hinzu kamen z.T. überhöhte, unrealistische Planvorgaben. Aus all dem ergab sich eine überdurchschnittlich hohe Motivation zur Manipulation der Daten. Die Unternehmen machten schließlich auch in einem derartigen Umfang von den Manipulationsmöglichkeiten Gebrauch, daß die erhobenen statistischen Daten trotz aller Bemühungen der statistischen Organe kaum bzw. gar nicht (in Abhängigkeit von der Kennziffer) für solide Forschungen brauchbar sind. Fischer spricht sogar von ihrer absoluten Wertlosigkeit (1994, Seite 609).

Drittens müssen einige Bemerkungen zum Leitungs- und Verwaltungspersonal (LVP) gemacht werden. Diese Beschäftigtenkategorie wurde Ende 1974 in Verbindung mit der Rahmenrichtlinie für die neue Gliederung der Beschäftigten geboren und 1975 (erstmalige Erfassung) bzw. 1976 (Beginn der Gültigkeit der Rahmenrichtlinie lt. Gesetz) schrittweise in allen Bereichen der Volkswirtschaft eingeführt7)7 [10]. Zunehmend nun setzte sich die Erkenntnis durch, daß der Anteil des LVP an den Gesamtbeschäftigten zu hoch sei. Die gelegentlich anzutreffende Auffassung, es handele sich dabei lediglich um die Folgen der Planungsbürokratie, war nicht stichhaltig (so betrug 1988 in den Unternehmen der Industrieministerien der Anteil des im Arbeitsbereich Planung tätigen Verwaltungspersonals am Verwaltungspersonal insgesamt nur 5,8 Prozent). Das Problem war komplexer. Offensichtlich war die Produktivitätsentwicklung in der Verwaltung wesentlich langsamer verlaufen, als in der materiellen Produktion. Zudem waren die Leitungsstrukturen auf ihre Rationalität hin zu überprüfen. Ziel war in der Endkonsequenz die Freisetzung von (fälschlicherweise als unproduktiv bezeichnetem) LVP zugunsten des Einsatzes in der

unmittelbaren Produktion. Die notwendige Rationalisierung der Leitungs- und Verwaltungsarbeiten stellte natürlich auch die amtliche Statistik vor bestimmte Aufgaben. Schließlich galt es u.a. Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten sichtbar werden zu lassen, Grundlagen für Normierungsarbeiten zu schaffen und die erreichten Effekte darzustellen. Zu diesem Zwecke war eine möglichst langfristige Stabilität der methodischen Regelungen sowie eine ausreichende Qualität der statistischen Daten zu sichern und die analytische Arbeit entsprechend auszurichten. All dies wurde im Prinzip getan. Dabei stieß man jedoch auf einige Schwierigkeiten.

Man kann sagen, daß die Ergebnisse bis etwa 1987 durchaus solide sind. Für 1988 und 1989 ergibt sich ein etwas differenzierteres Bild. In diesen Jahren muß zumindest auf niedriger Aggregationsebene und bei mikroökonomischer Betrachtung die Gefahr von Falschmeldungen ins Kalkül gezogen und die mögliche Auswirkung auf das Betrachtungsergebnis eingeschätzt werden. Bei makroökonomischer Betrachtungsweise erscheinen die Daten zu Großteilen brauchbar, nur in Einzelfällen bleiben berechtigte Zweifel“.

Grohmann [14]

„Prof. Dr. Grohmann äußerte die Ansicht, daß man aus dem Vortrag● den Eindruck gewinnen könne, daß die Primärdaten korrekt seien und die Fälschung des erhobenen Datenmaterials erst später eingesetzt habe. Er vermutet jedoch, daß der Prozeß der Manipulation schon vor der Zentralstelle begonnen habe. Ihm fehlte eine eindeutige Begründung dafür, daß die Primärdaten korrekt seien .... Herr Kockel wolle zwar keine Garantie für die Richtigkeit der Primärdaten übernehmen, aber seines Wissens hat die „Doppelgleisigkeit“ erst bei der Zentrale begonnen, die selbst fast ausnahmslos mit den korrekten Zahlen (Aufschreibepflicht der Betriebe, kein Grund zur Übergabe falscher Daten, Kontrollinstanzen, etc.) vorab bedient worden sei.“

Güttler, M. [15]

Das statistische Informationssystem der DDR

„Die Materialien, die mit der Auflösung der DDR zugänglich wurden, ermöglichen nunmehr eine genaue Analyse des Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, Statistik und EDV in einem sozialistischen Staat. Im Verlaufe der Untersuchung zeigte sich aber bald, daß die in der DDR gemachten Erfahrungen auch für die amtliche Statistik in demokratischen Staaten von größtem Wert sein können. ...“

Gutmann, G./Buck, H.F. [16]

Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz

„Trotz immer neu entdeckter und genutzter statistischer Aufblähungstricks erreichte die DDR-Wirtschaft 1986 bis 1989 nur noch zwei Drittel des Wachstums des produzierten Nationaleinkommens als im Zeitraum der fünf Jahre zuvor ...

Realistisch betrachtet, hätten somit im Osten die Verschleißquoten um mindestens zehn bis 15 Punkte höher angesetzt werden müssen, als dies in der geheimen Statistik über das Anlagevermögen der DDR-Wirtschaft geschehen ist.

Ebenso wie die westlichen Marktwirtschaften benötigten bekanntlich auch die sozialistischen Zentralplanwirtschaften zur Zielvorgabe und Leistungsbemessung aggregierte Kennziffern. Diese brachten zusammenfassend zum Ausdruck, welche Gesamtleistung der Staat während einer Planperiode von den Kombinaten und Kombinatsbetrieben verlangte. Solche in Wertgrößen (Geldpreisen) festgelegten globalen Vorgaben umfaßten naturgemäß stets eine (komplex zusammengesetzte) Vielzahl einzelner Leistungskomponenten. Gerade diese unumgängliche Verwendung von „Hauptkennziffern im Wertausdruck“ bot den Staatsunternehmen stets eine Fülle von Möglichkeiten, um solche Leistungsbemessungsgrößen teilweise nur nominell durch Aufblähungstricks zu erfüllen. Hinter dieser nur auf dem Papier nachgewiesenen und gemeldeten Planerfüllung stand somit keine reale, verteilbare (güterwirtschaftliche) Leistung.

So konnten z.B. die Hauptkennziffer „Industrielle Warenproduktion eines Betriebes zu Industrieabgabepreisen“ und die Kennziffer gefahrene Tonnenkilometer im Werksverkehr“ allein schon dadurch in die Höhe getrieben werden, indem bei Transporten für die Durchführung von Montageleistungen statt drei vollbeladener Lastwagen sechs halbleere eingesetzt wurden. Hochbeliebt und enorm erfolgreich war auch, bei den als Prüfungsinstanz für Preiskalkulationen eingesetzten und hierdurch meist überforderten Preisbehörden Preissteigerungen für „neue oder weiterentwickelte Erzeugnisse“ durchzusetzen, die in keinem Verhältnis zu der erreichten geringen Erhöhung der Gebrauchswerte dieser Erzeugnisse standen. Dieser ständige Kampf der Plan- und Wirtschaftsbehörden gegen die Gefahr, durch manipulierte Planangebote und Planerfüllungsmeldungen hereingelegt zu werden, erklärt auch, weshalb die Planbehörden in der DDR das Spektrum der vollzugsverbindlichen Kennziffern des Betriebsplanes von Planperiode zu Planperiode nach Art, Anzahl und Inhalt geändert haben.

Die ständige Täuschung der Plandiktatoren auf Zentralstaatsebene durch die Planträger war somit ein unausrottbarer, systembedingter Konstruktionsmangel der Zentralplanwirtschaft der DDR.

Begünstigt wurde diese effizienzmindernde Fehlleitung der betrieblichen Erfolgsinteressen viertens auch noch durch folgendes Dilemma. In sämtlichen Planbehörden war die Wissensbasis, welche diesen eine realistische Planausarbeitung an der Grenze der betrieblichen Leistungsmöglichkeiten erlaubt hätte, stets zu klein. Infolgedessen waren Über- oder Unterschätzungen der betrieblichen Leistungsmöglichkeiten üblich. Deshalb und infolge der ständigen Täuschungsmanöver konnten die Planbehörden den Berichten der Kombinate und Betriebe nicht zuverlässig entnehmen, ob die von ihnen gemeldeten Erfolge auf eine gewachsene Leistungsbereitschaft zurückzuführen waren oder auf von vornherein günstig zurechtgebogenen Planauflagen (Kennziffern) beruhten.“

Hacker, J. [17]

Deutsche Irrtümer

Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur

„Hamachers Studie „DDR-Forschung und Politikberatung 1949-1990“ favorisiert die von Ludz entwickelte immanente DDRForschung „die auf DDR-Daten und -Sichtweisen – zum eigenen Schaden der Forscher, wie wir heute wissen – aufgebaut hat.*

Erst nach der friedlichen Revolution in der DDR und aufgrund der inzwischen zugänglichen offenen Quellen wurde das ganze Ausmaß sichtbar, mit dem die Ost-Berliner-Staats- und Stasi-Macht die Erforschung der DDR durch westdeutsche und ausländische Wissenschaftler rigoros verhindert hat“

Haendtcke-Hoppe-Arndt, M. [18]

Bilanz der Ära Honecker: Die ökonomische Hinterlassenschaft der SED

„Diesen Rückstand♦ annähernd exakt auszudrücken, hatten in der Vergangenheit sowohl die fragwürdige Aussagekraft der DDR-Statistik als auch die unterschiedlichen Berechnungsmethoden des Sozialprodukts in Ost und West außerordentlich erschwert“.

Heide, B.-H. [19]

Der große Schwindel um die DDR-Roboter

„Jeder DDRler kennt das noch: Monat für Monat trieb die SED-Führung das gleiche Propaganda-Spiel. Über alle Medien wurde dem staunenden Publikum via „Statistischer Monatsbericht“ die „ständig wachsende Leistungskraft der Volkswirtschaft“ verkündet. Tenor: Es geht allseits voran, keine Probleme. Mit Wut im Bauch reagierten darauf viele Verbraucher – angesichts ihrer oft genug vergeblichen Jagd nach vielen Dingen des täglichen Lebens.

Einmal fehlten die Zahnbürsten im Laden, ein anderes Mal das Toilettenpapier, fast immer Qualitäts-Fleischprodukte, vom neuen Schalldämpfer für „Wartburg“ oder „Lada“ ganz zu schweigen. Hinzu kam der oft chaotische Materialfluß in den Betrieben, der zu Riesenverlusten führte.

Zwischen alle Stühle gerieten dabei die DDR-Statistiker, denn die lieferten ja die Zahlen und standen so in dem schlimmen Verdacht, die eigentlichen „Fälscher der Nation“ zu sein.

Einer, der es genau wissen muß, weist diesen schweren Vorwurf entschieden und weit von sich: Prof. Dr. Arno Donda, von 1963 bis zum DDR-Ende Chef von rund 1 000 Mitarbeitern im DDR-„Zentralamt für Statistik“. „Wir haben korrekt gearbeitet, unser Material war weder geschönt noch unwahr, es hatte hohe Qualität. Wo wir gezwungen waren; falsche Kennzifferndefinitionen anzuwenden, haben wir grundsätzlich außerdem wissenschaftlich begründete Kennziffern angewendet. So entstanden manchmal zwei Statistiken über die gleiche Sache. Nur dadurch konnten bis jetzt durch das Statistische Bundesamt neunzehn Bände mit vergleichbaren Statistiken für die Ex-DDR veröffentlicht werden.“

Sehe man von einigen Mogelpackungen auf Betriebsebene ab („Da standen schon mal auf dem Papier ein Paar Dutzend Kühe mehr im Stall“), so seien die DDR-Statistiker weitgehend gegen Betrug gefeit gewesen. Umfangreiche datenbankgestützte und operative Kontrollmechanismen, erhebliche Sanktionsmöglichkeiten auf allen Ebenen sowie die Tätigkeit der Hauptbuchhalter in den Betrieben hätten für die Richtigkeit der Zahlen gebürgt.

Aus all diesen Gründen, so Donda rückblickend, habe er nicht zu bereuen – und wenn, dann aus heutiger Sicht nur dies: „Wir haben wie Hunderttausende DDR-Bürger engagiert und ehrlich für nicht schlechte Ideale gearbeitet. Aber das System stimmte – ich glaube, weltweit – nicht und wurde moralisch und ökonomisch von einigen pervertiert. Das mitgeduldet zu haben, ist auch mein Problem“.

Klingt das alles nach „Reinwaschen“ in eigener Sache? Nein, so bin ich nach unserem Gespräch überzeugt. Der bis auf den heutigen Tag auch international anerkannte Fachmann macht mir klar: Wenn der Erfolg her muß, und das mußte er in der DDR fast immer, dann geht das ganz schnell zusammen: die Wahrheit und das „Sich-in-die-Tasche-Lügen“. Die richtigen Zahlen der Statistiker wurden nicht selten zu unwahren Aussagen mißbraucht.

Noch heute spüre ich die Wut und die Empörung des Wissenschaftlers, wenn er von der „arroganten Einmischung und dem Druck“ spricht, die das für Wirtschaftsfragen zuständige SED-Politbüromitglied Günter Mittag und einige seiner Mitarbeiter gegenüber dem Amt ausübten.

Ein Beispiel: Als weltweit die Industrieroboter auf dem Vormarsch waren, da durfte die DDR-Wirtschaft nicht zurückstehen. Da aber der Leistungskraft der DDR-Wirtschaft die anspruchsvollen internationalen UN-Roboter-Kriterien entgegenstanden, erfand Mittag kurzerhand eigene DDR-Parameter. „Dadurch wurde plötzlich eine normale Melkmaschine zum Industrieroboter“, weiß Arno Donda. „Wir haben trotzdem in unserer Statistik auch das Ergebnis nach den UN-Kriterien erarbeitet, aber das wurde natürlich nicht veröffentlicht.“

Ergebnis dieser ökonomisch widersinnigen Manipulation: Nicht einmal jeder fünfte DDR-Roboter war auch einer. Donda: „Zur Wahrheit gehört aber auch, daß von der DDR-Regierung keinerlei rigide Eingriffe in die Statistikarbeit erfolgten.“

Obwohl die DDR-Statistiker jede Menge Fakten über die Lage im Lande an die politische Führung übermittelten (pro Monat 200 Seiten Zahlen und Analysen), hatten sie selbst dennoch keinen lückenlosen Gesamtüberblick. Denn: über die Zahlungsbilanz sowie über den sogenannten X-Bereich (Stasi, Armee, Staatsapparat und Parteien) durfte nicht „erhoben“ werden. Und aus dem Koko-Imperium konnten Angaben nur auf abenteuerliche Weise

beschafft werden.

Die gängigste Methode der Statistik-Verdreher war die „Arbeit“ mit der Halbwahrheit. Hatte z.B. das Donda-Amt ermittelt, daß 80 Prozent der Chemie-Betriebe beim Gewinn 90 Millionen (DDR-) Mark Planvorsprung erwirtschaftet hatten, so vermeldete man das mit gebührender Polit-Begleitmusik – und drückte zugleich die andere Seite derselben Medaille in den Skat: daß nämlich die 20 Prozent verbleibenden Betriebe mit 120 Millionen in der Kreide standen.

Angesichts solcher Tatsachen spricht der Wissenschaftler mit Blick auf Mittag von „ökonomischer Halbbildung und der Arroganz politischer Machtausübung“. Über die eigene Rolle im DDR-Staat macht sich der Professor indes keine Illusionen: „Wir Statistiker waren keine Widerstandskämpfer in der DDR, aber wir haben versucht, Schlimmes, was von Mittag ausging, zu verhüten.“

So auch, als Mittag einmal das Hochrechnen des Zuwachses an Nationaleinkommen auf 4,5 Prozent verlangte, obgleich der im betreffenden Zeitraum bei nur 3,5 Prozent lag. Mitgeteilter Grund: Honecker hatte die 4,5 beim Staatsbesuch dem spanischen König genannt. Donda lehnte das Ansinnen ab, aus dem Mittag-Büro klangen unverhohlen die Drohungen herüber: „Letzte Verwarnung“ oder „Gelbe Karte“ – diese Formulierungen waren eindeutig.

Arno Donda erinnert sich, daß es derartiges in den 60er Jahren nicht gab. „Es begann Ende der siebziger Jahre und wurde in den Achtziger unerträglich“, sagt er und sieht einen Grund dafür in der immer rasanteren internationalen Verschuldungsfahrt der DDR-Wirtschaft. „Aus fünf Milliarden Mark wurden in der Honecker-Ära schließlich mehr als 20 Milliarden.“

Stolz ist Arno Donda, der heute im Seniorenstand lebt, auf die Umbruch-Jahre 1989 bis 1991. In dieser Zeit bewältigten er und seine Mitarbeiter die Riesenaufgabe, das DDR-Statistik-System auf das bundesdeutsche umzustellen. Und es wurde der Wahl-Marathon (vier Wahlen in einem Jahr!) bis zur Bildung des Bundestages im geeinten Deutschland absolviert.

Apropos Wahlen: Das gefälschte Kommunalwahl-Ergebnis von 1989 (Donda: „Das nenne ich eine Schweinerei“) hatte auch für das Statistikamt ein Nachspiel: Anfang 1990 untersuchte der DDR-Generalstaatsanwalt den möglichen Anteil des Amtes an der Fälschung. Ergebnis: Fehlanzeige. Für Arno Donda war das natürlich keine Überraschung, freilich im Nachhinein ein aktenkundiger Beweis für die korrekte Arbeit der DDR-Statistiker auch in diesem Falle.“

Hertie, H.-H. [20]

Vor dem Bankrott der DDR

„Eine Bestandsaufnahme oder gar Analyse der SED-Wirtschaftspolitik, die die DDR faktisch „deindustrialisierte“ und sich mit Schönfärbereien und gefälschten Bilanzen einen oberen Platz in der Tabelle der Industrienationen erschummelte, leistete Modrow ... nicht“.○

Heske, G. [21]

Einige Aspekte einer Wertung des Datenmaterials der ehemaligen DDR-Statistik

„Durch das Statistiksystem der ehemaligen DDR wurde eine Fülle von Datenmaterial produziert, das im Prozeß der Datensicherung und Rückrechnung einer bestimmten Einschätzung unterzogen werden muß. Unter Berücksichtigung der über Jahrzehnte andauernden Konfrontation unterschiedlicher Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden und vor dem Hintergrund weltweiter Entwicklungen ist es nur natürlich, daß zur Statistik der ehemaligen DDR, ihren Methoden, ihrer Organisation und ihren Ergebnissen äußerst widersprüchliche Auffassungen von Vertretern der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft geäußert wurden und werden. Diese Wertungen gehen von der Ablehnung der Ergebnisse der amtlichen Statistik als ideologisch befangen bis hin zu einer differenzierten Einschätzung für verschiedene Bereiche der Statistik3

Das Bild der breiten Öffentlichkeit über die ehemalige DDR-Statistik wurde vor allem durch diejenigen statistischen Informationen geprägt, die publiziert wurden. Als relativ selbständige Institution trat die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der ehemaligen DDR in den letzten zehn Jahren nur mit drei periodischen Veröffentlichungen auf: das jährlich erscheinende „Statistische Jahrbuch der DDR“ und das „Statistische Taschenbuch“ sowie – die im wesentlichen halbjährlichen – Presseberichte über die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne.

Die darin enthaltenen statistischen Informationen unterlagen in ihrer Auswahl und Interpretation einer Kontrolle und Zensur durch die Partei- und Staatsführung. Damit wurde das Informationsmonopol der herrschenden Personengruppe gesichert. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik war nicht berechtigt, weitere statistische Daten herauszugeben.

Die veröffentlichten Informationen stellten aber nur einen Bruchteil der von der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR – bestehend aus der Zentralstelle in Berlin, 15 Bezirksstellen und 220 Kreisstellen – monatlich, vierteljährlich und jährlich erfaßten statistischen Informationen dar. Will man den Wert der von der amtlichen Statistik erfaßten Daten einschätzen, muß man deshalb von der Gesamtheit aller ermittelten statistischen Informationen ausgehen und nicht nur von dem Teil, der publiziert wurde. Deshalb wird bei den Arbeiten zur Rückrechnung von Daten für das Gebiet der ehemaligen DDR auf das gesamte vorliegende Datenmaterial zurückgegriffen. Das Image der ehemaligen DDR-Statistik wurde auch sehr stark durch die enge Kopplung zwischen Leitung, Planung und Statistik beeinflußt. Die Statistik wurde dadurch zu wesentlichen Teilen zum Instrument der Plankontrolle umfunktioniert. Das führte dazu, daß sich auf einigen Gebieten die amtlich veröffentlichte statistische Information nur im Plan-/Ist-Vergleich erschöpfte.

Besonders deutlich zeigte sich der negative Einfluß der Planung in den Definitionen und Abgrenzungen solcher statistischer Kennziffern, wo sich planerisches Wunschdenken in unpräzisen Definitionen bei der Planung und der statistischen Erfassung äußerte. Typische Beispiele solcher Deformationen in der Abgrenzung bei der statistischen Datenerfassung waren Kennziffern über Innovationsprozesse im Zusammenhang mit der Wirkung von Wissenschaft und Technik. Das betraf z. B. die Kennziffern „Erneuerungsgrad der Produktion“ oder „Produktion und Einsatz von Industrierobotern“. Diese statistischen

Informationen waren zum größten Teil wertlos.

Ein weiterer Aspekt wird häufig bei der Einschätzung der Daten der ehemaligen DDR-Statistik erwähnt, und zwar der subjektive Einfluß leitender Wirtschaftsfunktionäre der Betriebe, Kombinate und Ministerien auf die Exaktheit der erfaßten statistischen Daten. Da die statistischen Daten auch der Kontrolle und Rechenschaftslegung über die wirtschaftlichen Ergebnisse der Unternehmen dienten, bestand ein Interesse der Wirtschaftsfunktionäre daran, ein gutes Abrechnungsergebnis zu erreichen. Es ist schwer, das quantitative Gewicht dieses Einflusses einzuschätzen. Bekannt ist, daß in der ehemaligen DDR existierende Kontrollorgane, wie z. B. die Staatliche Finanzrevision, aber auch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, ständig Verstöße gegen die Abrechnungsmethodik aufdeckten und auch Bestrafungen der dafür Verantwortlichen erfolgten. Teilweise führte dies auch zu gerichtlichen Verfahren. Andererseits darf der Einfluß dieses systematischen Fehlers auf die Aussagefähigkeit der makroökonomischen volkswirtschaftlichen Daten nicht überschätzt werden. Im Rahmen der Bilanzierung des Gesamtproduktes und Nationaleinkommens konnten derartige Fehlabrechnungen, soweit sie Größenordnung hatten, zumeist in ihrer Auswirkung eliminiert werden, weil die Bilanzkonten nicht aufgingen (Aufkommen und Verwendung).

Viele volkswirtschaftliche Kennziffern werden statistisch durch Wertangaben widergespiegelt. Dabei wird im allgemeinen von dem real bestehenden Preissystem der Volkswirtschaft ausgegangen. Im Preissystem der ehemaligen DDR existierten bei Bewertung gleicher oder ähnlicher materieller Prozesse starke Unterschiede, die vor allem mit dem planerischen Steuerungssystem der Volkswirtschaft und den gesetzten politischen Prämissen zusammenhingen.

So bestanden in der Bewertung der Produktionsdaten der gewerblichen Wirtschaft mit sogenannten „Betriebspreisen“ und „Industrieabgabepreisen“ infolge des bestehenden Abgabe- und Umverteilungssystems wesentliche Unterschiede. Gleiches trifft auf die Sphäre der Bewertung des produktiven Verbrauchs und der Unternehmensbilanzen zu.

Diese preislichen Bewertungssysteme hatten zum Teil erhebliche Auswirkungen auf die Größe und Entwicklung der ausgewiesenen statistischen Kennziffern, wie z. B. den Nettoproduktionswert. Besonders markant tritt die Bewertungsfrage bei der Nutzung von Außenhandelsdaten der ehemaligen DDR auf, wobei inzwischen mit der letzten Ausgabe des „Statistischen Jahrbuches der DDR“ bereits neue Bewertungen mit weitgehend realen Währungskursen erfolgten.“

Historikertag (40) in Leipzig am 30.09.1994
[22]

Resolution zur Sicherung und Dokumentierung der statistischen Datenbestände der DDR

(verabschiedet von der Mitgliederversammlung während des 40. Historikertages in Leipzig

am 30.9.1994)

„Die Mitglieder des Verbandes der Historiker Deutschlands schließen sich der „Kölner Erklärung der Deutschen Statistischen Gesellschaft zur Sicherung und Dokumentation der statistischen Datenbestände der ehemaligen DDR“ an und verabschieden folgende Resolution: Mit der Vollendung der deutschen Einheit am 03. Oktober 1990 ging die mehr als 40jährige Geschichte der DDR zu Ende. Das vorherrschende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche System hat die Lebensverhältnisse der dort lebenden Menschen wesentlich und nachhaltig geprägt. Über diese Epoche liegt eine Fülle von statistischen Daten und sonstigen Materialien vor.

Der Verband der Historiker Deutschlands sieht es als einmalige historische Aufgabe an, dieses Datenmaterial zu sichern, zu dokumentieren und so aufzubereiten, daß künftige Forschungen möglich werden, insbesondere über:

- die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in diesem Teil Deutschlands aus historischer Sicht,
- die Funktion und Wirkungsweise einer sozialistischen Planwirtschaft im Vergleich zu einer sozialen Marktwirtschaft.

Das vorhandene Datenmaterial muß sachkundig erschlossen werden unter Mitwirkung von Fachleuten, die noch die Interna und die sachlichen Rahmenbedingungen des Entstehens der Daten kennen.

In den vergangenen drei Jahren hat sich vor allem das Statistische Bundesamt dieser Aufgabe angenommen. Die Fortführung der Arbeiten ist akut gefährdet, weil die dafür vorgesehenen Bundesmittel ab 1994 nicht mehr zur Verfügung stehen und damit das vorhandene Expertenwissen verloren zu gehen droht. Der Verband der Historiker Deutschlands appelliert an Staat, Öffentlichkeit und private Einrichtungen der Wissenschaftsförderung, sich der geschichtlichen Verantwortung zu stellen und für die Sicherung und ausführliche Dokumentation der Datenbestände über die ehemalige DDR Sorge zu tragen. Der Verband der Historiker Deutschlands ist bereit, den Sachverstand seiner Mitglieder in die Entwicklung eines Gesamtkonzepts und in Forschungsprojekte einzubringen.“

Hölder, E. [23]

Amtliche Statistik im vereinten Deutschland – Teil der europäischen Statistik

„Stellung und Ansehen der Statistik gilt es insbesondere in den neuen Bundesländern zu festigen, da die Statistik jahrelang als „Diener der Regierung“ mißbraucht worden ist. Die enge Verquickung der statistischen Arbeiten mit der Kontrolle der Planerfüllung und die propagandistische Ausrichtung statistischer Informationen hatten zu einer Glaubwürdigkeitskrise der amtlichen Statistik in der DDR geführt“.

Jürgs, M. [24]

Die Treuhänder – wie Helden und Halunken die DDR verkauften

„Was die Kombinate im klassischen Sinne verdienen, falls sie denn einen Ertrag haben und nicht nur zwecks Planerfüllung die Bücher frisieren, dürfen sie nicht etwa für Investitionen in ihren VEB einsetzen, sondern müssen sie abführen an den Staatshaushalt.

Da laut Staatsideologie kein Werktätiger entlassen werden durfte, blieben alle im Werk auch dann noch tätig, wenn es nichts mehr zu tun gab.

Die Staatsräson West half sogar bei der Schönschreibung einer anderen Statistik: Da die DDR laut Grundgesetz nicht als Ausland betrachtet wurde ..., tauchten bei den in Westdeutschland veröffentlichten Auslandsverbindlichkeiten der DDR nie die Summen auf, die sie der Bundesrepublik schuldig war“ (gemeint ist der Überziehungskredit – Swing)

Das alles hatten zwar, weil trotz verlogener Statistik über Planerfüllungen nicht verblödet, die Kombinatsdirektoren, sogenannte Praktiker der DDR-Wirtschaft, schon lang erkannt.

Daß regelmäßig mit Statistiken gelogen und die Wirklichkeit schön geschrieben wird, ist bei den wenigen Informationen in der DDR kein Geheimnis.

Die ersten seriösen Analysen Ende 1990 – als man endlich richtige Zahlen hat – besagen, daß in der DDR eine verdeckte Arbeitslosigkeit von rund fünfzehn Prozent geherrscht hat ... Nur 25 Prozent der DDR-Betriebe waren mit ihren Produkten von der Qualität her im Westen konkurrenzfähig....

Innerhalb hermetisch geschlossener Grenzen in einem System, wo außer dem offenkundigen Wetter eigentlich alles geheim war, konnte das lange gutgehen. Da wurden bereits verrostete Maschinen aus dem Jahre 1936 in der Bilanz nicht etwa mit einer Mark angesetzt, weil längst schon abgeschrieben, sondern einfach mit tausend Mark ... oder eine gerade noch funktionierende veraltete Melkmaschine in irgendeiner LPG wurde flugs für die Statistik zum Industrieroboter ernannt.“

Kockel, K. [25]

Ausgewählte Probleme der früheren DDR-Statistik

„Bis zur Wende war die amtliche Statistik geprägt einerseits von einer straffen Organisation der Datenerfassung, Aufbereitung und Auswertung bis in die Betriebe hinein mit einer Fülle von Daten über die gesellschaftlichen und ökonomischen Prozesse und andererseits von einer scharfen Kontrolle und Auswahl der für die Öffentlichkeit bestimmten Informationen durch die „Partei- und Staatsführung“. Es bestand faktisch ein Informationsmonopol der herrschenden Personengruppe. Die amtliche Statistik der DDR war nicht berechtigt, darüber

hinausgehende Informationen eigenständig zu veröffentlichen. Es gab eine bis ins Unerträgliche gehende Bevormundung der Statistiker und einen agitatorischen Mißbrauch der von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) erarbeiteten Informationen.

Insofern ist es verständlich, daß die Wertungen über die DDR-Statistik, die von westlichen Vertretern der Politik, der Wissenschaft und der Wirtschaft geäußert wurden, meist negativ waren. Oft wurden alle Ergebnisse der ehemaligen amtlichen DDR-Statistik – insbesondere ausgehend von den publizierten Angaben – pauschal als unbrauchbar, nicht zuverlässig und nichtssagend verworfen. Inzwischen werden jedoch – und das sicher in dem Maße, wie die vorhandenen Daten der DDR-Statistik wissenschaftlich aufgearbeitet werden – die Ergebnisse für einzelne Bereiche differenzierter eingeschätzt.

Man kann resümieren, daß aus der Sicht des Statistikers von den inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen her gute Bedingungen für die statistische Arbeit bestanden. Diese Arbeitsgrundlagen sicherten auf der Grundlage der Berichtspflicht und der kurzen Terminstellungen auf vielen Gebieten eine lückenlose und aktuelle statistische Übersicht. Es kann auch festgestellt werden, daß in der überwiegenden Zahl der Fälle die erfaßten Daten – unter Berücksichtigung der vorgegebenen Definitionen – im wesentlichen der Realität entsprachen. Das wurde auch durch stichprobenartige Nachfragen in Betrieben durch Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden bestätigt.

Natürlich gab es Versuche von Betriebsfunktionären, das Abrechnungsergebnis zu „verbessern“, da die statistische Berichterstattung auch der Kontrolle und Rechenschaftslegung diente. Deshalb waren die damals in der DDR existierenden Kontrollorgane – wie z. B. Staatliche Finanzrevision, Arbeiter- und Bauerninspektion, aber auch die SZS – ständig bemüht, etwaige Verstöße gegen die Abrechnungsmethodik aufzudecken. Die Verantwortlichen wurden zur Rechenschaft gezogen; das reichte von Ordnungsstrafverfahren bis hin zu gerichtlichen Verfahren.

Die Datenlage und die Kenntnis der Methodik der Kennziffern erlaubten es also den Statistikern der SZS durchaus, ein realistisches Bild der Volkswirtschaft der ehemaligen DDR zu zeichnen. Es war sogar ein Schwerpunkt in der Arbeit der ehemaligen SZS, die vorhandenen Daten analytisch auszuwerten.

Die weltverbreitete Annahme, daß die statistischen Ergebnisse bzw. das tatsächlich erreichte Ist manipuliert und dem Plan angeglichen wurden, entspricht in der Regel nicht den Tatsachen. Vielmehr wurde der Plan korrigiert und so immer eine volle Erfüllung und Übererfüllung der Pläne ausgewiesen.

Bis zum Ende der 70er Jahre widerspiegelte der Produktionsindex – wie gesagt, unter Berücksichtigung der gegebenen Definition – die Entwicklung der Produktion weitgehend realistisch. Zu Beginn der 80er Jahre, als sich das Tempo der Produktionsentwicklung verlangsamte, wurden durch entsprechende Beschlüsse der „Parteiführung“ (immer umgesetzt in Ministerratsbeschlüsse) sowohl in der Planung als auch in der Abrechnung Vorschriften modifiziert, so daß sie von den ursprünglichen Begriffsdefinitionen abwichen. Sie wurden nur z. T. publiziert. Vom Index der Produktion, der eigentlich die Entwicklung des physischen Produktionsvolumens unter Beachtung der Qualitätsentwicklung widerspiegeln sollte, wurde gefordert, daß er auch eine Kennziffer sein sollte, die die wirtschaftliche Leistung von Betrieben und Unternehmen darstellt. Davon ausgehend wurden mit der Begründung, daß von den „Betriebskollektiven“ unbeeinflußbare Faktoren sich nicht nachteilig auf die Betriebe auswirken dürfen, die Angaben des Vorjahres so verändert, als hätten bereits die Bedingungen

des Berichtsjahres gegolten. (Bis dahin war es nur bei der Gelegenheit der Zusammenlegung bzw. Trennung von Betrieben zu legitimen Korrekturen gekommen.) Die Methode der korrigierten Vorjahresbasis wurde z. B. auch bei Importeinschränkungen und Havarien angewandt.

Diese „Hätte"-Rechnungen waren durchaus von Interesse als zusätzliche Information für analytische Untersuchungen. Gegen den Willen der SZS mußten sie aber an die Stelle der realen Angaben gesetzt und veröffentlicht werden, ohne daß ein Hinweis auf die Nichtübereinstimmung mit der gültigen Definition erfolgte. Die SZS hat aber immer gesichert, daß neben diesen Daten auch die Daten nach der ursprünglichen Definition ermittelt worden sind.

Die Preise in der ehemaligen DDR waren allein wirtschaftspolitischen Aspekten untergeordnet und konnten sich nicht am Markt bilden. Sie waren durch Subventionen und produktgebundene Abgaben erheblich verzerrt. Die Entwicklung verlief dahingehend, daß die Stützungen ständig zunahmen, die Abgaben dagegen abnahmen. Die überdurchschnittlich steigenden produktgebundenen Preisstützungen erhöhten das Wachstumstempo der Nettoproduktion auf Basis der Betriebspreise; die abnehmenden produktgebundenen Abgaben verminderten das Wachstumstempo des Nettoprodukts berechnet auf Basis der IAP. Das machte jährlich einen Unterschied von durchschnittlich zwei bis drei Prozentpunkten aus. Darüber hinaus wurde für die Industrie hier – aber auch bei anderen Kennziffern – durch den Ausweis von verschiedenen Berichtsbereichen rechnerisch korrekt ein höheres Wachstum ausgewiesen.

Die Beispiele zeigen, daß zur Verheimlichung der zunehmenden Diskrepanz zwischen Zielstellungen und der Realität in der ehemaligen DDR auch die Statistik – zumindest in ihren Publikationen – von der „Partei- und Staatsführung" manipuliert wurde. Hinzu kam, daß über eine Reihe von wichtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Vorgängen – z. B. Wanderungen über die Grenzen, Außenhandel – seitens der Statistik gar nicht oder nur lückenhaft informiert werden durfte. Die bisher nicht veröffentlichten Angaben stehen natürlich jetzt zur Verfügung. Hinsichtlich der verfälschten Zahlen hoffe ich, sichtbar gemacht zu haben, daß in den meisten Fällen die Angaben der zurückliegende Jahre auf ihre Ursprungsdefinition zurückgeführt werden können. Das natürlich unter dem prinzipiellen Gesichtspunkt, daß viele Angaben wegen methodischer und konzeptioneller Unterschiede trotzdem nicht direkt mit denen der Bundesstatistik vergleichbar sind. Sie sollen erst im Rahmen von Rückrechnungen soweit möglich und soweit Bedarf besteht, entsprechend den Methoden, Konzepten und Gliederungen, der Bundesstatistik dargestellt werden".

Koschyk, H. [26]

Traurige Bilanz der DDR-Wirtschaft

„Die zentrale Planung beruhte weitgehend auf gefälschten oder geschönten Erfüllungsberichten der Vorjahre ...".

Krakat, K. [27]

Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986-1989/90)

„Fallbeispiel 1: Planerfüllung „mit dem Bleistift“

Die Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Ministerrat, Abteilung Inspektion, hatte 1987 im VEB Schuhfabrik Lobenstein „erhebliche Mängel und Mißstände“ aufgedeckt und in einer Information über Verletzungen der staatlichen Ordnung beim Umgang mit Material und Fertigerzeugnissen zusammengestellt. Politbüromitglied Krolikowski sah sich genötigt, dem Wirtschaftssekretär Mittag per handschriftlichem Zusatzvermerk mitzuteilen, daß er den zur Diskussion stehenden „Skandal morgen im Ministerrat behandeln und entsprechende Schlußfolgerungen veranlassen werde.“ Dem Betrieb wurden Planverstöße jeglicher Art „mit Wissen der Kombinatsleitung“ weit über das allgemein übliche Maß hinaus vorgeworfen. U. a. wurde festgestellt:

„Der VEB Schuhfabrik Lobenstein wurde den Qualitätsvereinbarungen gegenüber dem Handel nicht mehr gerecht, und es kam zum enormen Anstieg der Reklamationen und der Anhäufung von Fertigerzeugnissen. Diese Situation war sowohl den leitenden Kadern des Betriebes als auch der Kombinatsleitung bekannt. Sie duldeten Manipulationen in der Abrechnung zur Verschleierung der tatsächlichen Situation des Betriebes. So wurde der Plan in den meisten Fällen den erreichten Ergebnissen angeglichen, die Qualität der Erzeugnisse und die tatsächliche Reklamationsquote von 1984-1985 bewußt falsch ausgewiesen und erhebliche Unordnung in Teilbereichen der Abrechnung des Reproduktionsprozesses zugelassen. In den Jahren von 1984-1986 entstanden dem Betrieb dadurch Verluste in Höhe von 2,63 Mio. Mark. Trotz dieser erheblichen Verluste konnte der Betrieb durch eine entsprechende Plangestaltung mit Wissen der Kombinatsleitung die Hauptkennziffern der Leistungsbewertung über Jahre als erfüllt abrechnen. Die Nichterfüllung der ursprünglich geplanten Mengenleistungen, insbesondere in den Jahren 1985 und 1986, führten zu Mehrbeständen an Material per 31.12.1986 in Höhe von 0,9 Mio. Mark.

Laut Inventurprotokoll vom 30.04.1987 wurden allein im Reklamationslager 21 389 Paar Schuhe im Wert von 2,5 Mio. Mark nachgewiesen. Darüber hinaus wurden im Betriebsteil Neundorf 2 589 Paar Rindbox-Damensandalen festgestellt, die letztmalig 1985 inventurmäßig erfaßt worden sind“.

Kremendahl [28]

„Als Vertreter des Senats von Berlin begrüßte der Staatssekretär für Wirtschaft und Technologie, Dr. Kremendahl die Tagungsteilnehmer .... Es erhob sich danach die Frage, wie die Lage jenseits aller Parolen und Täuschungen konkret aussah. ... Die Statistik war eingezwängt zwischen Plansoll und Planerfüllung und diente in erster Linie der Legitimation. Die Daseinsberechtigung der zentralistischen Statistik entfiel, als die Zweckentfremdung der Statistik, die praktisch den Bau Potjomkinscher Dörfer diente, durchschaut war. ... Es sei daher nicht verwunderlich, daß die ersten realitätsgetreuen Statistiken einen Prozeß der Desillusionierung in Gang setzten“.

Kühn, W. [29]

Wie vertrauenswürdig sind Statistische Daten der DDR?

Goethe glaubte noch, „daß Zahlen uns belehren, ob die Welt gut oder schlecht regiert werde". In Zeiten der Datenflut besitzt die Statistik nicht mehr die Glaubwürdigkeit wie ehedem für den Geheimrat aus Weimar. Dies gilt um so mehr, wo sie im Rufe steht, Reklame- oder Propagandazwecken zu dienen. Das greise Politbüro unter Führung Erich Honeckers hat mehr ungeschickt als geschickt das Herrschaftsinstrument der Zahlen und Tabellen genutzt. Seinen marktschreierisch aufgemachten „Roboter"Statistiken Glauben zu schenken, galt schon damals als eine Torheit Doch soll aus diesem Grund das umfangreiche Datenmaterial des Statistischen Amtes der DDR wie andere Hinterlassenschaften der DDR zu Abfall erklärt werden? Müssen die Historiker auf diesen Fundus von Daten über diesen Teil deutscher Geschichte verzichten, nur weil mit ihm Schindluder getrieben wurde? – Fragen, die in der Praxis bereits ihre Antwort gefunden haben In den zurückliegenden Jahren nutzte eine Reihe offizieller Institutionen der Bundesrepublik diese Daten:

- Die Deutsche Bundesbank bediente sich zur Vorbereitung der Währungsunion der Daten über die Spareinlagen der Bevölkerung und über die Geldzirkulation in der DDR;
- der Bundeswahlleiter benötigte zur Aufstellung von Wahllisten im Dezember 1990 und Wahlbenachrichtigungen im Dezember 1990 die Angaben des Einwohnerdatenspeichers des Statistischen Amtes der DDR;
- die gleiche Datenquelle nutzte die Bundeswehr, um die Wehrpflichtigen zu erfassen;
- das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung verwendete zur Rentenberechnung die DDR-Daten über Löhne und Gehälter.

Zweifel an der Korrektheit dieser Verfahren traten dabei nicht zu Tage, obwohl oft unterstellt wurde, die Angaben seien manipuliert, gefälscht oder nicht exakt ermittelt. Auch die Zahlen zum Außenhandel der DDR in den Jahrgängen 1990-1995 des Statistischen Jahrbuchs der Bundesrepublik Deutschland korrespondieren exakt mit denen aus dem letzten Statistischen Jahrbuch der DDR von 1990, und zwar vom ersten Kapitel „Bevölkerung" bis zum letzten Kapitel „Umwelt" – ein Fall von Nachlässigkeit. Zu diesem Schluß müßte gelangen, wer die Einschätzung der DDR-Statistik teilt, die Peter von der Lippe, Professor für Wirtschaftsstatistik an der Universität Gesamthochschule Essen unlängst veröffentlicht hat. Er hatte sich der Aufgabe gewidmet, „die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED" zu untersuchen und zu werten. Seine Arbeit ist Teil eines achtzehnbändigen Werkes, herausgegeben von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Felgen der SED-Diktatur in Deutschland".

Von der Lippe, der seine Erkenntnisse zum Teil im Stile eines Enthüllungsjournalisten präsentiert, kommt zu folgendem Resümee: „Man ging, wie gesagt, bisher nicht nur in West- sondern wohl auch in Ostdeutschland davon aus, daß die amtliche Statistik der DDR unter dem Druck der Parteiführung zwar zu einer (unseriösen) Erfolgspropaganda gezwungen war, aber daß sie nicht direkt 'gefälscht" war. Diese Meinung konnte sich wohl deswegen schon fast als Vorurteil fest etablieren, weil es wenig plausibel, wenn nicht gar undenkbar erschien, daß ein Staat seine eigene Funktionsfähigkeit beschädigen konnte, indem er hohe und höchste Funktionäre hinsichtlich statistischer Daten im Unklaren läßt oder gar mit falschen Daten rechnen. läßt. Aufgrund der hier zusammengetragenen Dokumente ist aber anzunehmen; daß genau das in der DDR in Kauf genommen wurde." (S. 2084)1

Begründet wird dieses Urteil mit dem Hinweis auf einige Aktenstücke über die Art und Weise der Manipulation der publizierten Außenhandelsstatistik in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – auf diese wird in jedem Abschnitt erneut Bezug genommen Der Autor räumt allerdings ein: „Wann man in der DDR dazu überging, Außenhandelsdaten effektiv zu fälschen, ist mir nicht bekannt." (S. 2031) Vor dem Hintergrund des offensichtlich umfangreichen Aktenstudiums durch den Gutachter überrascht diese Aussage.

In dem zum Gutachten gehörenden Dokumentenband (etwa 75 Seiten) sind nebeneinander handschriftliche Notizen, Briefe, Vorlagen für das Politbüro des ZK der SED und andere Schriftstücke gesammelt. Wie konnte Professor von der Lippe aber jenes wichtige Dokument der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 20. Dezember 1989 übersehen, in dem auf sechs Seiten alle Mängel der publizierten Außenhandelsstatistik bis 1988 genau aufgelistet wurden (übrigens mehr als der Gutachter glaubt gefunden zu haben)?'Es enthält Vorschläge zu ihrer Korrektur, die mit Zustimmung der damaligen Regierung Modrow auch sofort verwirklicht und auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurden.

Den Politbüro-Zahlen Glauben zu schenken, galt, wie gesagt, schon zu DDR-Zeiten als Torheit – für Professor von der Lippe aber war das kein Anlaß zur Recherche. Wenn er sich auch noch so ausführlich mit der DDR-Außenhandelsstatistik beschäftigt hat, so ist ihm doch entgangen, was hunderte Mitarbeiter in den statistischen Dienststellen Wußten: Es gab eine Exportberichterstattung der Betriebe, die der Planabrechnung diente und mit der publizierten Außenhandelsstatistik keineswegs identisch war. So einfach war hier der angebliche Widerspruch zwischen. Planabrechnungsdaten und publizierten Angaben zu lüften.

Der Essener Wirtschaftsstatistiker hätte aber auch, um sich ein reales Bild von der Glaubwürdigkeit der DDR-Außenhandelsstatistik zu verschaffen, außenstehende Nutzer dieser Angaben konsultieren können – beispielsweise das Bundesministerium für Wirtschaft. Nach der Währungsunion, als die Konten des Außenhandels der DDR mit den früheren RGW-Ländern von Valutarubel auf DM umgestellt wurden, wären Fälschungen bei der, damaligen Verhandlungen mit den Partnerländern doch sofort sichtbar geworden.

Merkwürdige Auffassung von Fälschung

Nicht nur die Außenhandelsangaben, auch andere Wirtschaftsdaten wurden laut von der Lippe gefälscht, sondern u. a. auch die Angaben zum Wohnungsbestand: (S. 2003). Die DDR-Statistik hatte unter dem Begriff „fertiggestellte Wohnungen" nicht nur die Summe der Neubauwohnungen sondern auch die modernisierten erfaßt. „Modernisierung" war allerdings im Statistischen Jahrbuch (Ausgabe 1988, S. 169) definiert und beinhaltete offensichtlich mehr als „ein neues Fenster einbauen", wie Professor von der Lippe meint. Jedenfalls konnte und kann jeder, der guten Willens und mit einem Minimum an statistischen Kenntnissen ausgerüstet die Jahrbücher studiert, einen realistischen Eindruck von der Zahl der Wohnungen erhalten.

Selbst die Schlüsselkennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der DDR, das Nationaleinkommen, sei zu Täuschungszwecken manipuliert worden, behauptet der Essener Gutachter. Jener Indikator besaß in den sozialistischen Ländern etwa den gleichen Stellenwert wie das Bruttosozialprodukt in den westlichen Industriestaaten. Wie wurde mit dieser Hauptkennziffer in der DDR Erfolgspropaganda betrieben? Den einzigen Hinweis fand von der L.ippe in einem Dokument vom 13. Juni 1988. Der Leiter der statistischen Behörde der DDR schlug damals in einem Brief dem Apparat des ZK der SED – seiner damaligen Aufsichtsbehörde – vor, in der vorzubereitenden Pressemitteilung über die Entwicklung des 1

Halbjahres 1988 ein Wachstum des Nationaleinkommens von 4 % auszuweisen. Die tatsächlich vorliegenden Berechnungen ergaben dagegen eine Wachstumsrate von 4,5 % Wie kommentiert der Gutachter diesen Vorgang? „In einer Pressemitteilung als Ergebnis der Statistik 4 Prozent statt 4,5 Prozent Wachstum auszuweisen, stellt natürlich eine Fälschung dar“ (S. 1990). Doch worin hat dabei der Dienst im Sinne der Erfolgspropaganda bestanden? Die Beweggründe für diese Fälschung“ waren andere: In der DDR gab es im Gegensatz zur Bundesrepublik keine saisonbereinigten Daten des Nationaleinkommens. Im ersten Halbjahr 1988 standen aber zwei Arbeitstage mehr zur Verfügung als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dadurch ergab sich ein „Ausreißer“ mit etwa 1,5 % in der Entwicklungsreihe – der die Korrektur erklärt.

Nun sind Berechnungen und Schätzungen komplexer volkswirtschaftlicher Indikatoren nicht so einfach wie das Zählen von Schweinen. In allen Statistischen Ämtern wird daher über mehrere Jahre mit vorläufigen, aber auch mehrmals korrigierten Angaben des Bruttosozialprodukts und seines Wachstums gearbeitet. Die OECD veröffentlicht generell nur gerundete Entwicklungsraten für das zurückliegende Jahr. Sind das auch Fälschungen?

Den vorgegebenen Auftrag sprengend, wurden westdeutsche Einrichtungen, die die DDR erforschten, vor allem das in Berlin ansässige Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), beurteilt. Mit ihnen geht von der Lippe hart ins Gericht: Die Bundesrepublik und die Bundesregierung seien von der westdeutschen DDR-Forschung jahrzehntelang falsch über die wirtschaftliche Situation in der DDR informiert worden. „Um es noch einmal deutlich zu sagen: das Problem ist nicht, daß man sich im Westen geirrt hat, sondern daß man sich hierzu nicht bekannt hat. Für die Irrtümer kann man Verständnis aufbringen, nicht aber dafür, daß die meisten 'Falschmelder und Verklärer des Sozialismus' in Wissenschaft und Publizistik später nach dem Zusammenbruch der DDR überhaupt keinen Anlaß verspürten, sich von ihren früheren Äußerungen zu distanzieren.“ (S. 2076)

Offensichtlich wird hier versucht, Schlachten des Kalten Krieges fortzusetzen. Das umfangreiche Datenmaterial des Statistischen Amtes der DDR soll wie vieles andere auch zu Schrott erklärt werden. Es gibt allerdings unter anerkannten Wissenschaftlern auch andere Auffassungen. Bereits 1992 wurde auf einer Statistikertagung in Berlin über die Nutzung statistischer Daten der DDR beraten. Sie seien gut geeignet, lautete das Urteil der Teilnehmer. Professor Wilhelm Krelle, der Nestor der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik – und unverdächtig, Verklären des Sozialismus“ zu sein –, begründete den Sinn und die Notwendigkeit, die DDR-Daten zu nutzen, unter anderem folgendermaßen: „Die Planwirtschaft war ein Großversuch gigantischen Ausmaßes – einmalig in der Geschichte. Will man daraus Lehren ziehen – auch für unsere Wirtschaftsordnung, bei der nicht alles vollkommen ist –, so benötigt man eine ungeschminkte Darstellung der tatsächlichen Entwicklung in diesem System.“2[a]

K. Lange und I. Klitzsch [29a]

Rolle der amtlichen/staatlichen* Statistik in der Gesellschaft

Die kritische Beleuchtung der Rolle der staatlichen Statistik der DDR wurde bereits von verschiedenen Autoren sowie aus unterschiedlichen Blickwinkeln vorgenommen. Veröffentlichungen befassen sich in der Mehrzahl mit fachlichen, organisatorischen sowie Datenerhebungs- und Datenflußaspekten1, aber auch mit ihrer politischen Rolle2.

Anstoß zu den folgenden Ausführungen erhielten wir durch einen Aufsatz v. d. Lippes in dieser Zeitschrift3. Als Hochschulstatistiker und zeitweilige Mitarbeiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR einerseits sowie als Hochschulstatistiker in der Bundesrepublik Deutschland seit 1991 andererseits haben wir intensiv mit Daten der staatlichen bzw, amtlichen Statistik gearbeitet. Aus diesen Erfahrungen heraus möchten wir zu ausgewählten Sachverhalten Stellung nehmen.

1. Nutzung der politischen Macht gegenüber der Statistik

In jedem politischen System nutzt die Politik die Ergebnisse der Statistik und versucht sie zu beeinflussen. In Abhängigkeit davon, ob es sich um einen zentralistischen Staat oder eine westliche Demokratie handelt, hat das unterschiedliche Auswirkungen. Eine alleinherrschende Partei im zentralistischen Staat wie in der DDR nutzte ihre Machtposition voll aus. Je selbstherrlicher und realitätsferner die Führung wurde, um so stärker wurde die einseitige Nutzung und Beeinflussung statistischer Ergebnisse bzw. deren Ignoranz.

Die westliche Demokratie hat den Vorteil, daß verschiedene Interessengruppen die Ergebnisse der Statistik nutzen Dadurch ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß eine realitätsnähere Darstellung der wirtschaftlichen Situation erreicht wird. Eine einseitige Ausnutzung der Machtposition durch die Politik gegenüber der Statistik und ihrer Ergebnisse ist kaum möglich.

2. Neutralität der Statistik

Neutralität der Statistik gibt es nicht. Das gesellschaftliche System ist eng mit dem Wirtschaftssystem und damit der Wirtschaftstheorie verbunden. Deren Fachbegriffe und die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen bilden die Grundlage für den Inhalt und die Methodik von statistischen Erhebungen. Demzufolge werden die Definition der Kennzahlen bzw. Indikatoren und die darauf aufbauenden konkreten statistischen Ergebnisse davon bestimmt.

Die statistischen Ergebnisse sind unterschiedlich stark beeinflußt. So ist die Kennzahl Bevölkerung „systemneutraler“ als z.B. Steuern, Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Preise, Arbeitslosigkeit.

Es ist der Deklaration zur Berufsethik des Internationalen Statistischen Institutes (ISI) zuzustimmen, „daß Wissenschaft niemals völlig objektiv sein kann; auch die Statistik bildet da keine Ausnahme“.4

Der Statistiker ist bei seiner Arbeit in das gesellschaftliche Wertesystem eingebunden. Unabhängig davon muß er sich stets um Objektivität bemühen, sich der Faktoren bewußt sein, die diesem Ziel entgegenstehen sowie die Grenzen der Aussage sichtbar machen.

3. Datenschutz und Öffentlichkeitsarbeit

V. d Lippe schreibt. „Nach „westlichem“ Verständnis der Rolle der amtlichen Statistik gilt, daß Einzelangaben der Befragten (Mikrodaten) der Geheimhaltung (Vertraulichkeit) unterliegen und nur in nicht-identifizierbarer Form in aggregierte Daten (Makrodaten) einfließen dürfen, währen, im krassen Gegensatz dazu die statistischen Ergebnisse (Makrodaten) jedermann zugänglich zu machen sind und wie ein öffentliches Gut, eine informationelle Infrastruktur, von deren Nutzung niemand auszuschließen ist, zu betrachten

sind“.5

In seinen Ausführungen heißt es dann weiter.

„In der ehemaligen DDR waren beide Prinzipien jeweils in ihr genaues Gegenteil verkehrt.“

Die Behandlung der statistischen Ergebnisse als öffentliches Gut und damit verbunden der relativ einfache Zugriff als Nutzer in der BRD ist von unschätzbarem Wert und das nicht nur für die wissenschaftliche Arbeit. In der DDR wurden vergleichsweise wenige statistische Daten veröffentlicht, die gezielt ausgewählt waren. Darüber hinaus konnten statistische Ergebnisse unterschiedlicher Geheimhaltungsstufen für die wissenschaftliche Arbeit genutzt werden, was jedoch die entsprechende Geheimhaltung der wissenschaftlichen Ergebnisse zur Folge hatte. Insoweit stimmen wir mit v. d. Lippe überein.

a. Einzelangaben von Privatpersonen (z.B. Einkommensstichproben, Ausgaben und Struktur der Haushalte). Diese flossen nur in aggregierte Daten ein. Einzelangaben wurden nicht veröffentlicht und ebenfalls nicht für nicht-statistische Zwecke genutzt.
b. Einzelangaben von Wirtschaftseinheiten. Hier findet das Wirtschaftssystem seinen Niederschlag. Die herrschende Eigentumsform war das Volkseigentum und das darauf aufbauende Wirtschaftssystem sozialistische Planwirtschaft. Demzufolge waren die Betriebe und Kombinate dem Staat rechenschaftspflichtig und ihre Daten wurden natürlich auch für die Zwecke der zentralen Planung genutzt. In Ausnahmefällen führte das auch zur öffentlichen Herausstellung bestimmter Ergebnisse einzelner Kombinate. Daraus aber zu schlußfolgern, daß die Einzeldaten als öffentliches Gut zu betrachten waren, ist falsch. Der Zugriff zur zentralen Datenbank in der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS), in der Daten der Betriebe und Kombinate über viele Jahre gespeichert waren, war z.B. für wissenschaftliche Zwecke nur mit Zustimmung des zuständigen Fachministers und des Leiters der SZS und mit Auflagen zur Geheimhaltung der Einzelergebnisse allerdings auch leider meist der aggregierten Ergebnisse verbunden. Die Eigentumsverhältnisse und die zentrale Planung führten darüber hinaus zwingend zu einem einheitlichen Konzept der Abrechnung, welches auch ein einheitliches Belegsystem einschloß. Privateigentum, Marktwirtschaft und Konkurrenz führen im Gegensatz dazu zwingend zum Datenschutz für Wirtschaftseinheiten, auch gegenüber dem Staat.

4. Statistische Fehler, Fehleinschätzungen und Fälschungen

Die Qualität der statistischen Daten ist im wesentlichen vom theoretischen Fachbegriff, den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, den Möglichkeiten der Operationalisierung der Begriffe, dem angewandten statistischen Verfahren, der praktischen Organisation sowie dem Verhalten der Befragten abhängig.

Dabei muß in allen Phasen mit größtmöglicher wissenschaftlicher Sorgfalt vorgegangen werden, um das statistische Ergebnis dem theoretischen Fachbegriff so nah wie möglich zu bringen.

In diesem Prozeß können Fehler auftreten; wobei das Ziel darin bestehen muß, diese klein zu halten. Soweit möglich, sind die Grenzen der Aussagefähigkeit sichtbar zu machen. Diese Prinzipien galten auch für die staatliche Statistik der DDR. Die Mehrzahl der statistischen Ergebnisse (nicht identisch mit veröffentlichten Ergebnissen) widerspiegelten die Realität in der DDR6.

Wie unter 1. ausgeführt, birgt die alleinige Machtposition einer Partei die potentielle Gefahr der bewußten Beeinflussung der statistischen Informationen in sich. Das hat zu verschiedenen Formen der Fälschung der statistischen Ergebnisse in der DDR geführt, wie sie auch in dem o.a. Artikel dargelegt werden.

Die Formen der Fälschung reichen von falscher Definition, über gezielte Selektion der Veröffentlichung von statistischen Ergebnissen bis zur bewußten Manipulation aggregierter Ergebnisse, die insbesondere dort praktiziert wurde, wo es um in- oder ausländische Veröffentlichungen ging.

Unter pluralistischen Machtverhältnissen kann in der Arbeit der amtlichen Statistik die Fälschung ausgeschlossen werden Nicht ausgeschlossen werden können statistische Fehler, Möglichkeiten von Fehleinschätzungen sowie die 'Täuschung mit richtigen Zahlen.7

Die letzte Art der Fehleinschätzung ist in der amtlichen Statistik der BRD ebenfalls nicht auszuschließen „Schuld“ daran ist das Zulassen von Lücken in der Erfassung wirtschaftlicher Sachverhalte aus den unterschiedlichsten Gründen. Dies können sein: unterschiedliche Zuständigkeit, gesetzliche Regelungen, schwierige, langwierige oder zu aufwendige Erfassungsmöglichkeiten bei kleinem Erfassungskreis, zeitaufwendige Gestaltung von gesetzlichen Grundlagen für neue Erhebungen u.a.

Dies sei hier nur an zwei Beispielen verdeutlicht:

a. Für die Fördergebietsabgrenzung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wurden für den Einkommensindikator in den jeweiligen Abgrenzungsrunden verschiedene Darstellungsmöglichkeiten geprüft und teilweise wieder verworfen. Derzeit wird als Einkommensindikator der Bruttojahreslohn der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verwendet. Am förderwürdigsten sind die Arbeitsmarktregionen, die den geringsten Bruttojahreslohn pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erzielen. (Dieser Indikator ist nur einer von vier Indikatoren, der für die Fördergebietsabgrenzung verwendet wird.) Die sich mit diesem Einkommensindikator ergebende Rangfolge der Arbeitsmarktregionen ist auf den ersten Blick überzeugend. Aber sie täuscht über die tatsächlichen Einkommensunterschiede, insbesondere dann, wenn man diesen Indikator für die Fördergebietsabgrenzung aller Arbeitsmarktregionen (also künftig Ost und West) verwenden will, und zwar aus folgenden Gründen,

- Die Struktur der Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Beruf (Erwerbstätigengruppe) ist sehr verschieden. Die Arbeiter und Angestellten machen in Ostdeutschland ca. 91 % und in Westdeutschland nur 84 % aus. Entsprechend umgekehrt ist der Anteil der Selbständigen und Beamten (9 bzw. 16 %).8
- Die Einkommensunterschiede zwischen den Erwerbstätigengruppen sind im Westen wesentlich stärker ausgeprägt als im Osten. Das Einkommen der Selbständigen und Beamten liegt im früheren Bundesgebiet mindestens 40 bzw. 45 % über dem der Arbeiter und Angestellten; in den neuen Bundesländern nur 24 bzw. 16
- Die Unterschiede in der Struktur nach Erwerbstätigengruppen und in der Ausprägung des Einkommensniveaus dieser Gruppen führen dazu, daß das Pro-Kopf
- Nettoeinkommen der Erwerbstätigen in den alten Bundesländern 34 % über dem der neuen Bundesländer liegt. Für die Arbeiter kund Angestellten beträgt der entsprechende Wert nur 28 %.

- Das Verhältnis des Pro-Kopf-Nettoeinkommens der Erwerbstätigen insgesamt zu dem der Arbeiter und Angestellten ist über mehrere Jahre in beiden Gebieten relativ konstant (1992-1994) Im früheren Bundesgebiet lag das ProKopf-Nettoeinkommen der Erwerbstätigen ca. 7 % über dem der Arbeiter und Angestellten, in den neuen Bundesländern knapp 2%

Daraus läßt sich schlußfolgern, daß mit dem Bruttojahreslohn der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Unterschiede im Erwerbseinkommen zwischen Ost und West zu niedrig ausgewiesen werden, da die Einkommensunterschiede bei dieser Erwerbstätigengruppe am geringsten ausgeprägt sind.

b. In der Regel und vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit wird das Arbeitsplatzdefizit mit Hilfe der Arbeitslosenquote zum Ausdruck gebracht und Veränderungen der Quote werden gleichgesetzt mit Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Die in die Arbeitslosenquote eingehenden Arbeitslosen sind folgendermaßen definiert und werden auch nur so erfaßt:

   Arbeitslose sind Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine kurzzeitige Beschäftigung (d h. von weniger als 18 Stunden wöchentlich) ausüben, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen (§ 6 Abs 3 i V m § 102 AFG), das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht arbeitsunfähig erkrankt sind, sich persönlich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet haben und die ein Arbeits- oder Heimarbeitsverhältnis von mehr als 7 Kalendertagen als Arbeitnehmer/in eingehen wollen.

   Als nichtarbeitslose Arbeitsuchende gelten Arbeitsuchende, die die Voraussetzungen für die Zählung als Arbeitslose nicht erfüllen, insbesondere Erwerbstätige einschließlich Soldaten, Wehr- und Zivildienstleistende, Schüler, Studenten, Teilnehmer an beruflichen Fortbildungsmaßnahmen, beschäftigte geförderte Arbeitnehmer in Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung oder Bezieher von Leistungen, die Arbeitslosigkeit im Sinne der Statistik ausschließen“.9

   Neben den Arbeitslosen ist ein weiterer Kreis ohne regulären Arbeitsplatz, z.B Umschüler, Teilnehmer an ABM bzw. 249 h sowie Kurzarbeiter (über Vorruheständler, Empfänger von Altersübergangsgeld sowie Ost/Westpendler kann man noch streiten), der in Ostdeutschland andere Größenordnungen hat

   Die an sich richtige Zahl Arbeitslosenquote, täuscht also über die reale Einschätzung des Arbeitsplatzdefizits. Eine Einschränkung der Ausgaben für den zweiten Arbeitsmarkt läßt z.B. die Zahl der Arbeitslosen ansteigen, ohne daß tatsächlich Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt verlorengingen. Der Verlust trat bereits früher ein. In Ostdeutschland betrug 1995 die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 15,5 %, die Unterbeschäftigtenquote10 lag dagegen bei 22,5 %. Die Vergleichswerte für Westdeutschland liegen bei 8,2 % für die Arbeitslosenquote und 10,7 %11 für die Unterbeschäftigtenquote.

Untersuchungen für Sachsen zeigen folgendes Bild:

Quote/Jahr	1993	1994
Arbeitslosenquote	14,9	15,7
Quote der Maßnahmeteilnehmer	10,8	7,2
Unterbeschäftigtenquote -	25,7	22,9

1994 stieg die Arbeitslosenquote gegenüber 1993, obwohl sich der Arbeitsmarkt entspannte, wie es in der Unterbeschäftigtenquote zum Ausdruck kam. Der anstieg der Arbeitslosenquote kam ausschließlich dadurch zustande, daß die Quote der Maßnahmeteilnehmer12 beträchtlich zurückging. Die Arbeitslosenquote kann damit über die reale Situation auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere seine Veränderung täuschen.

Die Reihe dieser Beispiele ließe sich fortsetzen.

5. Schlußbemerkungen

Unsere Erfahrungen mit zwei verschiedenen statistischen Systemen sowie internationale Tendenzen in der amtlichen Statistik lassen für die Zukunft insbesondere folgendes als wesentlich erscheinen.

a. Die Unabhängigkeit der Statistischen Ämter ist der Dreh- und Angelpunkt, um den Einfluß der politischen Macht zu verhindern. Hier ist v.d Lippe zuzustimmen, wenn er fordert, darüber nachzudenken, den Statistischen Ämtern eine Autorität und Unabhängigkeit nach Art der Bundesbank zu verleihen13. Die Statistischen Ämter sollten nur dem Parlament rechenschaftspflichtig und mit finanziellen und personellen Sachmitteln ausgestattet sein, über deren Einsatz sie selbständig entscheiden. Das schließt die Ausstattung mit Befugnissen zur selbständigen Durchführung von amtlichen Statistiken ein, ohne für jede einzelne Erhebung eine neue gesetzliche Grundlage schaffen zu müssen.
b. Die statistischen Ergebnisse müssen ein öffentliches Gut sein. Ihre Nutzung muß für jedermann möglich sein. Der Schutz der Individualdaten ist dabei zu sichern, ohne daß dieses zur Behinderung notwendiger statistischer Arbeiten führt.
c. Bei wachsender Bedeutung der Information für die Gesellschaft ist konsequent an der Weiterentwicklung der amtlichen Statistik im Hinblick auf Inhalt, Paßfähigkeit und Aktualität zu arbeiten. Zur Bereitstellung vielfältiger statistischer Ergebnisse sowie zu ihrer rationellen und kostengünstigen Erarbeitung sind die im Verwaltungsvollzug anfallenden Daten stärker zu nutzen. Dabei sollte man nicht nur über die passive Nutzung nachdenken, sondern auch versuchen, durch gegenseitige Abstimmung den Bedürfnissen beider Partner (Verwaltung und Statistik) rationell und inhaltlich zu entsprechen Analoge Überlegungen für die Betriebe sollten gleichfalls nicht ausgespart werden14.

Literatur

Deklaration zur Berufsethik des Internationalen Statistischen Instituts (ISI). Angenommen auf

der 45 Tagung des ISI, August 1985 in Amsterdam.

Holder, E. (1991), Statement des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes: DDR-Statistik: Schein und Wirklichkeit. Wiesbaden 1991, Pressemappe v. 11.4.1991.

Klitzsch, I (1995), Nutzung vergleichbarer Indikatoren für die Neuabgrenzung der Fördergebiete im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA).

Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Leipzig 1995.

Landesarbeitsamt Sachsen (1995), Jahresstatistik 1995, Teil Chemnitz 1996, Begriffserläuterungen.

v.d. Lippe, P. (1995), Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.) Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden 1995, Bd. II, Teilband 3, S. 1973-2193).

v.d. Lippe, P. (1996), Die politische Rolle der amtlichen Statistik in der ehemaligen DDR in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 215!6 (1996) S. 641 ff.

Mai, H. (1996), Das betriebliche Rechnungswesen als Quelle statistischer Informationen, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 1211996.

Statistischer Beirat (1996), Neuordnung der amtlichen Statistik. Vorschläge des Statistischen Beirates für ein Rahmenkonzept, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 4/1996.

Prof. Dir, Klaus Lange und Dr. habil. Irmtraud Klitzsch, Universität Leipzig, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Professur Statistik, Marschnerstr. 31, 04109 Leipzig.

Läuter, J. [30]

Statistik an den ostdeutschen Universitäten – Gegenwärtige Probleme –

„Die angewandte Forschung zur Statistik wurde an zahlreichen Orten gepflegt. Zentrum der ökonomischen Statistik war Berlin,

Es hat in der DDR in den vergangenen Jahrzehnten einen intensiven Gedankenaustausch auf statistischem Gebiet gegeben... Die wissenschaftlichen Kontakte litten jedoch unter der Abkapselung von der westlichen Welt. Nur ein ausgewählter Kreis von Reisekadern konnte direkte Beziehungen zur Bundesrepublik und zum westlichen Ausland unterhalten ... Auch der Zugang zur westlichen wissenschaftlichen Literatur und zu Computersoftware war erschwert, aus Kostengründen“.

v. d. Lippe, P. [31]

Gutachten

Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda

Einführung

a) Gegenstand und Aufbau des Gutachtens

Das Ziel der vorliegenden Studie ist es zu untersuchen, ob die amtliche Statistik der ehemaligen DDR vertrauenswürdig war, inwieweit sie durch Interventionen des Partei- und Staatsapparats in ihrer Objektivität und Neutralität beeinträchtigt war und ob (und in welchen Bereichen) sie mit ihren zahlenmäßigen Informationen die Öffentlichkeit im In- und Ausland getäuscht hat. Bei der zuletzt genannten Frage interessiert vor allem, inwieweit in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der amtlichen Statistik der DDR ein falsches Bild von der DDR entstanden ist.

Das Bild, das die DDR von sich selbst gezeichnet hatte und das Bild, das man sich in Westdeutschland hiervon machte, kann als weitgehend bekannt vorausgesetzt werden. Was hier und im Zusammenhang mit dem Auftrag der Enquete-Kommission. vielleicht mehr von Interesse ist und angesichts der erst jetzt zugänglichen Quellen auch erst jetzt erforscht werden kann, ist dagegen die nicht unproblematische Rolle der amtlichen Statistik der DDR bei dieser Selbstdarstellung der DDR.

Um zu Beurteilungskriterien für das Verhalten der DDR-Statistiker zu gelangen, sind im Kapitel 1 einige berufsethische Grundsätze und organisatorisch-institutionelle Voraussetzungen zu ihrer Verwirklichung dargestellt. Dabei zeigt sich; daß gegen sehr viele Grundsätze systematisch und vorsätzlich verstoßen wurde und daß die Arbeitsbedingungen der Statistiker so beschaffen waren, daß von Objektivität und Neutralität der Statistik nicht gesprochen werden konnte.

Im Kapitel 2 wird versucht, möglichst vollständig alle Möglichkeiten der politischen Manipulation der Statistik aufzuzeigen. Es kann belegt werden, daß sie alle von der SED genutzt wurden und daß sich dies auch dahingehend ausgewirkt hat, daß die veröffentlichten statistischen Daten in politisch bedeutsamen Bereichen unseriös, irreführend und z. T. sogar offen gefälscht waren. Das wirft die Frage auf, wann man von „falschen“ Statistiken sprechen kann (vgl. hierzu Abschn. b).

Kapitel 3 dokumentiert das Verhalten der Statistiker und weist nach, daß (und in welcher Form) unseriöse Manipulationen von diesen mit getragen oder gar angeregt wurden.

Kapitel 4 wird anhand von Aussagen über ausgewählte Indikatoren wie Arbeitsproduktivität und Lebensstandard untersucht, ob und inwiefern in Westdeutschland ein falsches Bild von der DDR durch die Verwendung von DDR-Statistiken entstanden ist.

Kapitel 5 versucht eine abschließende Würdigung des Verhaltens der Statistiker abzugeben und Konsequenzen für das Verständnis der amtlichen Statistik zu ziehen.

In allen diesen Punkten, seriöses Veröffentlichen, verantwortungsvolle und gründliche Begutachtung mit Statistiken und methodische Weiterentwicklungen, die für die amtliche Statistik wesentliche Leistungsmerkmale darstellen, hat die Statistik der DDR keineswegs immer gute Leistungen vollbracht und sie hat massiv gegen den Ehrenkodex der Statistik verstoßen. Das ist sicher zum großen Teil, aber auch nicht ganz, mit der Machtstruktur des SED-Staates entschuldbar.

c) Bisheriger Stand unseres Wissens über die DDR-Statistik

In Westdeutschland herrschte die Ansicht vor, daß die vergleichsweise wenigen Statistiken, die veröffentlicht wurden, korrekt seien, schon deshalb, weil sie im eigenen Lande fair Planungszwecke verwendet wurden und weil eine dauerhafte, konsequente Fälschung unverhältnismäßig aufwendig gewesen wäre. Von Fälschung, so glaubte man, könne also weniger gesprochen werden als von gezielter Zurückhaltung bei der Veröffentlichung.

Diese u. a. vom DIW vertretene Einschätzung klingt nicht nur plausibel, sie wurde auch offenbar in der DDR geteilt. Gleichwohl halte ich sie nicht für richtig. Sie übersieht, daß in der DDR bewußt differenziert wurde zwischen Material, das sehr wenigen ausgewählten Funktionären der Partei übergeben wurde und Material, das veröffentlicht wurde. Man hat sogar bewußt in Kauf genommen, daß nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch der Staatsapparat nur ein sehr unvollständiges Bild der Wirklichkeit hatten und evtl. sogar mit falschen Daten Berechnungen anstellten. Hinzu kommt, daß die Benutzung der statistischen Veröffentlichungen, auch wenn sie nur in den einfachsten Auswertungen bestand, unterbunden wurde wenn dies der Partei nicht genehm war. Und das Verhalten der Statistiker in der DDR war bei keineswegs so harmlos und politisch neutral, wie das die erwähnte Einschätzung der Seriosität der amtlichen Statistik vermuten läßt.

Einer verbreiteten Auffassung zufolge ist anzunehmen, daß eine Statistikbehörde, die in so erheblichem Maße Kontrollfunktionen ausüben kann; auch eine Gewähr dafür hat, daß die von ihr ermittelten Daten richtig sind. Es soll im folgenden gezeigt werden, daß dem nicht so ist.

Es ist weiter eine verbreitete Ansicht, daß eine Behörde, die ihrerseits nur ein Kettenglied in einer Befehlshierarchie darstellt, für den Mißbrauch der Statistik nicht verantwortlich zu machen ist. Auch das ist, abgesehen von der juristisch-moralischen Problematik des Befehlsnotstandes, erheblich differenzierter zu betrachten. Es gibt genügend Belege für eine Art von Kumpanei zwischen der SZS und den übergeordneten Stellen und es läßt sich zeigen, daß selbst in relativ ideologiefernen Fachfragen mit vorauseilendem Gehorsam unqualifizierte und parteiliche Stellungnahmen erarbeitet wurden.

Wie bereits erwähnt, war die SZS ein zentrales Staatsorgan, das zudem wie D 1.6 zeigt, nicht sonderlich hoch angesiedelt war, sie war aber überwiegend mit Aufträgen der Partei befaßt und wurde von der Partei als Befehlsgeber auch bis ins Detail überwacht und gegängelt. Der Leiter der SZS mußte für die Partei neben regelmäßigen Arbeiten zur Statistik und Planabrechnungen auch zahllose adhoc-Ausarbeitungen machen.

Die Geheimhaltung von Daten war seit jeher eine „Krankheit“ der DDR-Statistik (Gespräch D). In den Akten des Staatsarchivs in Potsdam finden sich viele Briefe aus den früheren 50er Jahren, nicht nur von Westdeutschen oder von „einfachen“ DDR-Bürgern, sondern auch von

Organen von Staat und Partei der DDR oder von prominenten Vertretern der amtlichen Statistik des Auslands (z. B. Gini, Italien) mit der Bitte um die Überlassung von Daten (D 9.7 - D 9.13). Aber fast alle Bitten wurden abgelehnt.

Es hat immer wieder in Westdeutschland und offenbar auch in der DDR die Auffassung gegeben, daß kritische Zahlenangaben zwar unterdrückt wurden, aber die wenigen veröffentlichten Daten im Rahmen der ihnen zugrundeliegenden Definitionen und Methoden korrekt waren, und zwar vor allem aus folgendem Grund: weil sie in der veröffentlichten Form auch innerhalb der DDR für weitergehende Analysen verwendet wurden.

Dieses Argument steht und fällt damit, daß Staat und Partei bei einer veröffentlichten Zahl keine andere Zahlenangabe als diese zur Verfügung stand und daß man nicht die paradoxe Situation in Kauf nehmen wollte, daß auch große Teile des Staatsapparates auf der Basis falscher Zahlen Analysen vornahmen. Wie sehr beides westlichen Beobachtern aufgrund ihrer in westlichen Verhältnissen gebildeten Denkgewohnheiten plausibel erschien, zeigt das folgende Zitat vom DIW:

Es wird „. . häufig der Einwand erhoben, daß die von amtlichen Stellen der DDR veröffentlichten Zahlen schon deshalb nur bedingt verwendbar seien, weil sie von der SED-Führung als Propagandainstrumente eingesetzt würden. Daß dieser Einwand für die kurzfristige Berichterstattung z. B. in den jährlichen Planerfüllungsberichten berechtigt ist, läßt sich in der Tat an einigen Beispielen nachweisen, es spricht jedoch für die Korrektheit der Statistiken, daß wirtschaftspolitische Entscheidungsunterlagen, Modelle und Prognosen in der DDR hauptsächlich unter Verwendung des veröffentlichten Materials erarbeitet wurden. Die Verwendung der amtlichen Statistiken erscheint somit vertretbar“ (37, 102).

Es mag sein, daß in der Tat der größte Teil des veröffentlichten Materials korrekt war. Ein Beweis, daß alle Angaben korrekt waren, ist mit solchen an westlichen Verhältnissen orientierten Plausibilitatserwägungen jedoch nicht zu erbringen. Wie später in dieser Studie gezeigt wird, war diese Vermutung in der Tat nicht zutreffend.

Zu den spektakulären Eingriffen der Partei in die Statistik gehört natürlich das Vorschreiben von Methoden und Ergebnissen der Statistik. Grundsätzlich bieten sich in diesem Zusammenhang wohl nicht viel mehr Möglichkeiten an als diese:

1. Aufforderungen an die Statistiker, auf bestimmten Gebieten Methoden zu wählen, die bestimmte von der Partei gewünschte Ergebnisse erwarten lassen oder Ablehnung und Unterbindung von Methoden der Statistik, die nicht oder nicht mehr die Ergebnisse liefern, die die Partei haben möchte;
2. Vorschriften, wie bestimmte Erhebungstatbestände zu definieren sind, so daß die entsprechenden Zählungen zu den politisch gewünschten großen oder kleinen Zahlen führen (die bereits bekannten Beispiele dafür sind die gefaßten Begriffe „fertiggestellte Wohnungen“, „Industrieroboter“ oder „CAD/CAM-Anlage“) und
3. Anweisungen, daß korrekt ermittelte Zahlenangaben für die Veröffentlichung um bestimmte Beträge nach oben oder unten zu „korrigieren“ sind.

Für alle drei Eingriffsmöglichkeiten lassen sich Beispiele finden.

Die internationale statistische Zusammenarbeit der DDR wurde grundsätzlich nicht auf Gegenseitigkeit angelegt. Die DDR versuchte sich einseitig Vorteile zu verschaffen durch offenen Zugang zu Daten des Gegners, aber gleichzeitig diese Maßstäbe für sich nicht gelten,

zu lassen.

Die einseitige Herangehensweise war auch typisch für die Mitarbeit in der UNO oder in anderen internationalen Gremien, in denen auch westliche Länder mitwirkten. Die DDR fühlte sich an internationale Standards in puncto Statistik, selbst wenn sie ihnen zugestimmt hat, keineswegs gebunden. Das zeigt sich deutlich bei:

- ihrer Außenhandelsstatistik, die auf Weisung von G. M. (aus dem Jahre 1976, D 4.2) nur Umsätze meldete,
- bei der konstanten Weigerung, eine Zahlungsbilanz preiszugeben und besonders kraß natürlich bei
- der Fälschung von Statistiken (Kap. 3).

Es gab einige wiederkehrende kritische Anmerkungen zur Statistik der SZS in westlichen empirischen Arbeiten. Sie betrafen insbesondere

- bestimmte Gebiete der Statistik, wie die Preisstatistik, insbesondere die Preisbereinigung (Deflationierung) und die Außenhandelsstatistik
- Unklarheiten bei der verwirrenden Vielfalt der Begriffe (z. B. Investitionen in den verschiedensten Abgrenzungen) sowie eine Kritik der Uneinheitlichkeit der Begriffe in Plänen und Planerfüllungsberichten
- erkannte Einseitigkeit und Schönfärberei in verbalen Darstellungen sowie Sparsamkeit bei der Angabe methodischer Details (z. B. die Kritik, daß nicht deutlich wird, ob die Daten arbeitstäglich bereinigt sind (118)),

alles Mängel der DDR-Statistik, die gewollt waren (was man damals natürlich im Westen nur vermuten konnte). Es gab auch gelegentlich recht unbestimmte Zweifel, weil 'Ungereimtheiten, Verzerrungen und offensichtliche Fehler“ (171) vermutet wurden.

Zweifel an der Seriosität der DDR-Statistik wurden nach der beschriebenen Wende in der DDR-Forschung zur „systemimmanenten“ Analyse seltener geäußert als vorher. Hans Dieter Schulz vom Berliner Deutschlandfunk, der sehr kritisch der DDR-Statistik gegenüber eingestellt war (53, 403), sprach von einer proletarischen und patriotischen Pflicht, „den Klassenfeind zu täuschen“ (136, 113) und stellte auch fest, was nach unserer Erkenntnis richtig sein dürfte, daß mit wachsenden ökonomischen Problemen in der DDR die Statistik noch weniger vertrauenswürdig wurde (136, 138). Abgesehen von Zweifeln im Detail galt generell jedoch die Feststellung von Doris Cornelsen, es herrsche unter den DDR-Forschern in der Bundesrepublik „weitgehende Einigkeit darüber, daß die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik veröffentlichten Daten von dieser nicht bewußt verfälscht oder manipuliert wurden“ (31, 42). Diese Einschätzung der Statistik sozialistischer Länder war allerdings seinerzeit auch in anderen westlichen Ländern nicht unüblich: „Bewußte Fälschungen werden außer von der Moskauer Polemik gegen China, heute meist nicht mehr unterstellt (17, 20).

Statistische Ungereimtheiten, die in Westdeutschland, insbesondere auch dem DIW aufgefallen sind, betrafen vor allem die

1. vermutlich überhöhten wertmäßigen Angaben bei der Produktion (aufgrund der Preise bzw Preisbereinigung, aber auch aufgrund von Abgrenzungen) und auch vermutlich überhöhte Wachstumsraten;
2. Außenhandelsstatistik: z. B. Abweichungen aggregierter von nicht aggregierten Daten,

oder von Angaben der DDR einerseits und von den Handelspartern andererseits usw.

Zu 1:

Es war im Westen bekannt, daß die Abgrenzung und Bewertung der Produktion undurchsichtig war und wohl auch zu überhöhten Ergebnissen führte. Abgrenzungen, wie (Produktion) im Bereich der Industrieministerien“ oder „zentralgeleiteter Betriebe“ wurden als verwirrend empfunden, Konzepte wie Bruttoproduktion und Industrielle Warenproduktion (IWP) sind nicht ohne Doppelzählungen aggregierbar und das Verfahren der Preisbereinigung (Bewertung der Produktion zu „vergleichbaren“ Preisen, bzw., in westlicher Terminologie: zu „konstanten“ Preisen) durch die Betriebe, d. h. die Befragten selber wurde mit Mißtrauen betrachtet. Hinzu kam, daß die Betriebe auch Preiszu- und -abschläge bei Qualitätsveränderungen vornehmen sollten. Vermutet wurde auch, daß der „Preiseffekt“ bei der Nettoproduktion stärker zu Buche schlägt als bei Bruttoproduktionswerten (197, 59). Vermutungen, daß Produktionsdaten aufgrund der Preise überzeichnet seien, wurden schon früh geäußert (68) und auch gelegentlich quantifiziert (aus 32 ergibt sich, daß die jährliche Wachstumsrate der IWP um etwa 0,6 % überhöht sein könnten). Auch bei Preisvergleichen (vgl. Absch. c zur Berechnung der Kaufkraftparität durch das DIW) war man sich im Westen bewußt, daß die Preisstatistik der DDR zahlreiche Schwachstellen hatte und daß Faktoren, wie Defizite bei Dienstleistungen, Aufwand zur Warenbeschaffung, nichtmarktliche Versorgung (z. B. Schattenwirtschaft) usw, zu berücksichtigen sind, aber die Quantifizierung solcher Einflüsse war im Westen natürlich kaum möglich.

Zu 2:

Unstimmigkeiten in der Außenhandelsstatistik sind im Westen durchaus aufgefallen und es ist auch bemerkt worden, in welche Richtung (Aggregate erhöhend oder senkend) offenbar bestimmte Fehler in der Statistik wirken könnten. Aber es bestand stets Unsicherheit darüber, worauf Abweichungen der offiziellen Außenhandelszahlen der DDR von Schätzungen des Westens zurückzuführen sind. Manipulationen der DDR konnte man zwar vermuten, nie aber wirklich beweisen. Bekannt war, daß die Abweichungen von Angaben der Partnerländer des internationalen Handels oft erheblich waren, daß die Export- und Importangaben der DDR offenbar überhöht waren, andererseits aber z.B. der innerdeutsche Handel vermutlich aus politischen Gründen zu niedrig ausgewiesen wurde und bekannt war schließlich auch, daß Unklarheiten in den Daten über Erdölimporte (Mengen) bestanden (38, 58, 195).

Daß ausgerechnet bei Außenhandelsdaten Unstimmigkeiten der DDR-Statistik im Westen aufgefallen sind, also genau auf dem Gebiet, auf dem in dieser Studie Fälschungen nachgewiesen werden konnten, dürfte wohl daran liegen, daß man in der (alten) Bundesrepublik, insbesondere im DIW viel Mühe auf die Sichtung und Überprüfung von Statistiken verwandt hat und daß auf diesem Gebiet noch am ehesten von außen Kontrollen möglich waren. Damit ist zwar nicht bewiesen, daß die DDR-Statistik auf anderen Gebieten zuverlässiger war, es spricht nur dafür, daß krasse Manipulationen bei der Außenhandelsstatistik auf die Dauer wohl schwerer durchzuhalten sind als auf anderen Gebieten.

Bei der Frage nach den Ursachen für Abweichungen der DDR-Statistik war man im Westen auch gerne bereit, diese eher in westlichen Statistiken zu suchen. Fälschungen durch DDR-Statistiken mußte man nicht gleich vermuten. Denn es gab genügend andere Gründe, die man dahinter vermuten konnte: die Abgrenzung des Handels (General-/Spezialhandel), die Ländergliederung, die Verbuchung von Dreiecksgeschäften, getrennte

Umrechnungskoeffizienten für Devisen bei Export und Import und vor allem die Bewertung (der Kurs) der künstlichen Recheneinheit „Valutamark“ (38, 182, 213).

Zusammenfassend kann man sagen: gerade auf dem Gebiet des Außenhandels gab es zwar die Möglichkeit, unabhängige Kontrollrechnungen aufzumachen und so die Plausibilität der DDR-Angaben zu überprüfen, gerade auf diesem Gebiet gab es aber auch viele Möglichkeiten, bei Unstimmigkeiten ganz harmlose methodische Unterschiede als Ursache zu vermuten.

e) Fazit

Zusammenfassend kann man – das hat diese Untersuchung gezeigt – mit einer gewissen Berechtigung feststellen, daß zur Zeit der wohl für alle überraschend eingetretenen Wende in der DDR, die Politiker der Bundesrepublik kaum ein zutreffendes Bild von der DDR haben konnten30. Die Gründe dafür sind:

1. die mangelhafte und bewußt geschönte Darstellung der wirtschaftlichen Lage in der DDR durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS), deren Aufgabe es ja auch gewiß nicht war, die Bundesregierung zutreffend zu informieren und deren propagandistische Funktion im Westen offenbar nicht (mehr) richtig gesehen wurde,
2. eine den Systemunterschied unterschätzende, technokratisch-statistische Berichterstattung über die DDR im Westen, die sich über die wahren Defizite der DDR-Wirtschaft nicht selten täuschte und wohl auch politische Rücksichten nahm.
3. hinzu kommt, daß der Umsturz in der DDR verbunden war mit tiefgreifenden Umwälzungen im gesamten sozialistischen Lager, deren Tempo und Tragweite wohl kaum vorhersehbar war, was zusätzlich zur Einführung der Marktwirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ganz neue Daten setzte (auch zutreffende Aussagen über die Wirtschaft der DDR hätten damit ihre Gültigkeit verloren).

Alle genannten Faktoren waren dazu angetan, die DDR eher zu über- als zu unterschätzen. Die Fehlerquellen waren auch nicht unabhängig. Die SZS stand unter einem enormen Druck, irre Statistik politischen Erwägungen unterzuordnen und sie hat sich aller Möglichkeiten der Manipulation bedient, die überhaupt denkbar sind, bis hin zur Fälschung von Zahlen, die an die UNO und das RGW geliefert wurden. Im Westen herrschte ein zu großes Vertrauen in veröffentlichte statistische Daten der DDR. Erst jetzt gibt es die Möglichkeit, die Seriosität dieser DDR-Statistik zu prüfen. Erst jetzt kann man belegen, daß das Vertrauen nicht gerechtfertigt war. Diejenigen, die früher im Westen der DDR-Statistik grundsätzlich mißtrauten, konnten nicht beweisen, daß das Mißtrauen gerechtfertigt war. Hinzu kommt; daß man um die Benutzung dieser Statistiken nicht herum kam, denn es gab keine Möglichkeiten, sich unabhängig von der SZS statistische Daten über die DDR zu verschaffen.

Zusammenfassung

Es war bisher, auch in der Enquete-Kommission, ziemlich unstrittig, daß die Statistiker in der ehemaligen DDR ihre Statistiken wohl nicht bewußt gefälscht hatten. In der 27. Sitzung der Kommission haben sich z. B. die Sachverständigen Harry Maier und Herbert Wolf entsprechend geäußert (35, 36 f, 76 f) Bekannt war, daß die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) auf Weisung der Partei viele Daten zurückhalten mußte, also nicht veröffentlichen durfte. Auch sind nach der Wende einige Beispiele dafür bekannt geworden,

daß auf Geheiß der SED-Spitze den statistischen Erhebungen Definitionen zugrunde zu legen waren, die im Ergebnis zu „geschönten“ Daten führen mußten: fertiggestellte Wohnungen, Industrieroboter oder auch CAD/CAM–Arbeitsplätze sind solche Beispiele. Bekannt wurden auch verschiedene „Tricks“ der Statistiker bei ihren Berechnungen, die auch Zweifel an der Seriosität rechtfertigen. Solche Tricks waren z. B. die Änderung der Warenauswahl bei der Preis- und Produktionsstatistik oder die „Basisbereinigung“. Stieg der Preis einer Ware (oder sank die Produktion), so wurde diese Ware durch eine andere ersetzt und bei der Berechnung von Wachstumsraten wurde, damit diese größer erschienen, nicht selten der jeweilige Basiswert (z. B. der Vorjahreswert) nachträglich verringert. Aber „Fälschungen“ waren das wohl kaum. Das gilt auch, wenn die Daten schon im Stadium der Erhebung problematisch sind, weil etwa die Antworten der Befragten interessengeleitet sind, wenn die Methoden anfechtbar sind oder wenn die Daten nur die „halbe Wahrheit“ wiedergaben und die andere Seite bewußt verschwiegen wurde. Auch wenn die Benutzer der Statistik über mögliche Fehlinterpretationen und methodische Details im Unklaren gelassen werden, so ist dies zwar ein schlechter Stil, aber von einer dreisten Fälschung noch weit entfernt.

Neu ist demgegenüber die Beobachtung, daß offenbar die Parteispitze in Absprache mit dem Leiter der SZS (gewiß wohl korrekt ermittelte) statistische Daten nachträglich manipulierte und ganz bewußt veränderte Daten an internationale Organisationen weitergegeben hatte. Zumindest im Falle von Daten über den Außenhandel der DDR legen die Archivunterlagen diesen Schluß nahe, denn ihnen sind auch Formulierungen zu entnehmen, die deutlich zeigen, mit welchen politischen Motiven dies geschah und mit welchen Überlegungen versucht wurde, dies zu vertuschen. So wurde wiederholt aus einem Außenhandelsdefizit (Importüberschuß) ein Plus (Exportüberschuß) durch nachträgliche „Korrekturen“ gemacht und dabei wurde auch in den hier dokumentierten Schreiben ganz offen darüber spekuliert, ob diese Manipulationen vom Ausland durchschaut werden könnten oder nicht, d. h., ob es den kapitalistischen Ländern z. B. mit Kontrollrechnungen möglich ist, die angegebenen Größen zu überprüfen und ob die veränderten Daten angesichts früherer (ebenfalls manipulierter) Daten, die bereits von der DDR veröffentlicht waren., noch plausibel sein könnten.

Die Konflikte, in die man sich damit begab, waren schon rein statistisch nicht einfach zu bewältigen. Eine Analyse der Texte Und Zahlenzusammenstellungen ergab, daß ganz offensichtlich versucht wurde, gleichzeitig wachsende Exporte, beständig einen Exportüberschuß und im Zeitablauf auch einen stetig zunehmenden Exportüberschuß gegenüber dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (NSW) statistisch nachzuweisen. Es sollte also vermieden werden, daß im Ausland der Eindruck entstehen könnte, die DDR habe, wenn auch nur vorübergehend einmal in einem Quartal ein Außenhandelsdefizit hinnehmen müssen Es ist klar, daß die Produktion von „Statistiken“, die allen diesen Nebenbedingungen genügten, die Statistiker vor keine leichte Aufgabe stellte Hinzu kommt, daß die Realität dem Auftrag (Je, Partei ziemlich genau entgegenstand: die Erfolge der DDR bei den Westexporten haben deutlich nachgelassen und die Statistiken sollten das Gegenteil zeigen.

Man ging, wie gesagt, bisher nicht nur in West-, sondern wohl auch in Ostdeutschland davon aus, daß die amtliche Statistik der DDR unter dem Druck der Parteiführung zwar zu einer (unseriösen) Erfolgspropaganda gezwungen war, aber daß sie nicht direkt „gefälscht war. Diese Meinung konnte sich wohl deswegen schon fast als Vorurteil fest etablieren, weil es wenig plausibel, wenn nicht gar undenkbar erschien, daß ein Staat seine eigene Funktionsfähigkeit beschädigen könnte, indem er hohe und höchste Funktionäre hinsichtlich statistischer Daten im Unklaren läßt oder gar mit falschen Daten rechnen läßt. Aufgrund der gier zusammengetragenen Dokumente ist aber anzunehmen, daß genau das in der DDR in Kauf genommen wurde

Es scheint nicht eindeutig so zu sein, daß die Statistiker immer nur widerwillig auf Druck der Partei eil; zu gutes Bild vom Entwicklungsstand und Lebensstandard der DDR zeichneten. Aus internen Papieren der SZS geht auch hervor, daß die Statistiker offenbar gelegentlich selbst der von ihnen mitgetragenen Propaganda erlagen. So hat z. B. die SZS noch Ende der 80er Jahre dem ZK einen internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität vorgelegt, wonach diese in der DDR höher war als in Japan und Japan sich nur auf dem relativ niedrigen Level der Sowjetunion befand.

VA. Lippe, P. [32]

Die politische Rolle der amtlichen Statistik

Die folgende Darstellung fußt auf einer Arbeit, die der Verfasser im Auftrag der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland des Deutschen Bundestages vor allem im Sommer und Herbst 1993 durchgeführt hat Nachdem die Kommission ihre Protokolle und Expertisen inzwischen veröffentlicht hat, ist es jetzt auch möglich hier über diese Arbeit zu berichten und Dokumente daraus zu veröffentlichen5.

Es ist gleich zu Beginn der folgenden Darstellung etwas auf die Wertmaßstäbe der Statistik einzugehen. Denn es sollte nicht vergessen werden, daß sie in Ost- und Westdeutschland ganz unterschiedlich waren. Gemessen an den eigenen, von einer Planwirtschaft geprägten Maßstäben war die DDR-Statistik gut, aber gemessen an Maßstäben einer westlichen Demokratie“, wie sie inzwischen auch auf internationaler Ebene wiederholt formuliert worden sind9, war sie r zumindest in Teilen – sehr anfechtbar. Man muß die Unterschiedlichkeit der Maßstäbe unbedingt im Auge behalten, weil sonst ein „westlich“ geprägter Statistiker vorschnell geneigt sein könnte, zu unrecht seinem östlichen“ Kollegen Vorwürfe zu machen.

Die Arbeitsbedingungen der Statistiker, aber auch deren (ideologisch geprägtes) Selbstverständnis waren einer Objektivität und Neutralität der amtlichen Statistik nicht förderlich.

Fast täglich erhielt die SZS vom ZK der SED Aufträge für Ausarbeitungen, spezielle Anfragen; z B. zu Meldungen aus der westlichen Presse, oder auch für Reden von Spitzenfunktionären. Und entsprechend gab es auch fast täglich Schreiben, Informationen, Berichte von der SZS an das ZK, die dann im Büro Mittag wieder begutachtet und kritisiert wurden. Dabei wurden nicht selten auch die Vorlagen der Statistiker gerügt, auch methodisch kritisiert, mit anderen Daten verglichen und mit erheblichen Auflagen zur Wiedervorlage zurückverwiesen.

Die Einflußmöglichkeiten der Partei waren gegeben durch

1. die Personalpolitik,
2. die Handhabung des Informationsmonopol der Partei; die Praxis detailliert vorzuschreiben. wer welche Informationen erhalten sollte (die Vorschriften über „Verteiler“, die Nomenklatur über die Geheimhaltungsstufen usw)
3. die Verfahrensweise bei Veröffentlichungen der SZS,
4. die verstärkte Bildung inoffizieller statistischer Informationskanäle von Partei und Staat, und – politisch besonders brisant – schließlich
5. die direkte Einflußnahme auf Definitionen und Methoden der Statistik, beginnend mit

der milderen Form der Kritik bestehender Methoden, bis hin zur Anordnung (ohne Begründung), wie künftig zu verfahren sei und zu; Durchführung disziplinarischer Maßnahmen

Dem steht eine, allerdings allmählich immer bedeutsamer gewordene Grenze der Macht der SED über die Statistik gegenüber das Ausland die Mitwirkung in internationalen Organisationen (die der DDR sehr wichtig war) und die von ihnen gestellten Forderungen nach „Zahlenlieferungen“ (welche die DDR zunehmend irritierte und in immer größere Verlegenheit brachten).

Die SED konnte die öffentliche Verbreitung statistischer Daten voll nach ihrem Ermessen steuern. Es ist gänzlich verfehlt, die Verheimlichung oder Schonung von Statistiken für weniger bedenklich zu halten al:: die Fälschung von Statistiken. Die Geheimhaltung von Daten war seit jeher eine Krankheit' der DDR-Statistik Irr den Akten des Staatsarchivs in Potsdam finden sich viele Briefe aus den früheren 50er Jahren, nicht nur von Westdeutschen oder von einfachen“ DDR-Bürgern, sondern auch von Organen von Staat und Partei der DDR oder von prominenten Vertretern der amtlichen Statistik des Auslands (z B. Gini. Italien) mit der Bitte um die Überlassung von Daten, die fast ausnahmslos abgelehnt wurden.

Zu den spektakulärsten Eingriffen der Partei in die Statistik gehört natürlich das Vorschreiben von Methoden und Ergebnissen der Statistik. Nach der Wende wurde bekannt, daß es Vorschriften gab. wie bestimmte Erhebungstatbestände so zu definieren sind, daß die entsprechenden Zählungen zu den politisch gewünschten großen oder kleinen Zahlen führen. Die bekannten Beispiele dafür sind weit gefaßte Begriffe für „fertiggestellte Wohnungen“ 2" „Industrieroboter“, „Mikroprozessortechnik“ oder „CAD/CAM-Anlagen“ sowie Eingriffe bei der Abgrenzung der Industriellen Warenproduktion“ und damit auch der Messung der Produktivität nach der Kombinatsbildung28.

Im Abschnitt 3 wurden Eingriffe der Partei dargestellt, die man noch nicht unbedingt als „Fälschung“ bezeichnen mag. Im folgenden wird gezeigt, daß es aber auch Anweisungen der Partei bzw. Vorschläge der Statistiker gab, die darauf hinausliefen, korrekt ermittelte Zahlenangaben für die Veröffentlichung um bestimmte Beträge nachträglich nach oben oder unter zu 'korrigieren“, wobei es außerdem auch noch Hinweise zu geben scheint, daß man dies vertuschen wollte. So etwas hat es wohl zumindest in einem Fall gegeben32, nämlich bei der Lieferung von Außenhandelsdaten an internationale Organisationen. Ein Vorgang dieser Art ist auch in die Dokumentation zu diesem Aufsatz aufgenommen worden33.

Es spricht viel dafür, daß die SZS ehrlich davon überzeugt war, daß die DDR im internationalen Vergleich besser dastand, als sie es in Wirklichkeit tat So wurden z B. dem ZK Berechnungen vorgelegt, wonach die DDR hirnsichtlich des Nationaleinkommens je Einwohner53 (nicht je Beschäftigten) Großbritannien und bei Arbeitsproduktivität und Wohlstand Italien überrundet hat. 1985 hat die SZS in einem internen Papier54 für das ZK eine Rechnung vorgelegt, wonach die Arbeitsproduktivität der DDR in den Jahren 1970, 75, 80 und 1983 höher war als in Japan, ein Land, dessen Arbeitsproduktivität man auf dem Niveau der UdSSR ansiedelte.

d) Was heißt Fälschung“ von Statistiken?

Das wirft die Frage auf nach dem Unterschied zwischen den zuletzt angesprochenen Fehlern

(genauer. Angabefehler) und einer Fälschung. Entscheidend ist dabei wohl der damit verfolgte Zweck Fehler, sind ein Thema der Statistik, sogar ein sehr zentrales, aber Fälschungen nicht. Fehler sind meist nicht vermeidbar, sie sind in jedem Fall moralisch unbedenklich und sie stellen die Statistik nicht grundsätzlich in Frage, für Fälschungen gilt das alles nicht.

Wenn man auf die Absicht, den verfolgten Zweck bei dieser Abgrenzung abstellt, dann begibt man sich allerdings auf ein nicht unproblematisches Terrain. Es ist mit W. Neubauer58 sicher eine legitime Aufgabe der Wirtschaftsstatistik darin zu sehen, daß man mit ihr „selektive Erkenntnisse“ gewinnen kann, sie zur Unterstützung von Argumenten benutzen kann. Würde man das ablehnen, so wäre die Statistik eines Großteils ihres „praktischen“ Nutzens beraubt. „Statistiker, die als Argumentationsfabrikanten ... angestellt sind, üben ein ebenso honoriges Gewerbe aus wie jeder Rechtsanwalt.

Aufgabe des Rechtsanwaltes ist es nicht, die wahre Rechtslage zu beschreiben, sondern die rechtlichen Argumente zu suchen, die zugunsten seines Mandanten durchschlagen“59. Der Rubikon wird m.E. erst dann überschritten, wenn sich die amtliche Statistik dies zu eigen macht. Ihre Aufgabe sollte es sein, um in dem Bild zu bleiben, die wahre Rechtslage zu beschreiben.

Laien in puncto Statistik sind bekanntlich schnell dabei, jede Art von Statistik als „Lüge“ zu bezeichnen. Dabei ist „Lüge“ durchaus in einem anderen, zumindest weiteren Sinne gemeint als 'Fälschung“, denn sie hängt mit grundsätzlichen Defiziten selektiver Erkenntnisse“60 zusammen, und „Lüge“ umfallt z.B. auch den unsachgemäßen, naiven, nicht nur böswilligen Umgang mit Statistik, ja sogar die freiwillige „Selbsttäuschung“ von Zahlengläubigen, wie oben im Falle der SZS dargestellt (oder auch im Falle des DIW in Westdeutschland). Eine andere Frage ist, ob eine so verstandene „Lüge“ beim Konsumenten von Statistiken eher zu verzeihen ist als beim Produzenten, weil man vom letzten ja auch mehr „Sachkenntnis“ erwartet. Aber was ist Sachkenntnis bzw. Methodenkenntnis, wenn die Sache oder Methode selbst nicht unumstritten ist61?

Bei „Fälschung“ fällt den meisten Menschen nur der sehr spezielle Fall einer bewußten, nachträglichen Veränderung von (vermutlich richtigen) Daten ein. Neben einem solchen vorsätzlichen und großen Verstoß gegen den Ehrenkodex der Statistiker hat es in der DDR aber auch viele andere, mildere Varianten einer unseriösen Statistik gegeben, die m.E. zu unrecht gerne als Kavaliersdelikt abgetan werden. Denn auch dabei wurde versucht, in Kenntnis der wahren Situation, in der Öffentlichkeit ein falsches Bild zu erzeugen, und zwar mit der Autorität einer amtlichen Statistik.

Es kann z.B. nicht angehen, daß man Nichtveröffentlichung; irreführende Begriffe, unklare Abgrenzungen, unzureichend erläuterte, Methoden und Definitionen bewußt einsetzt, um den „Klassengegner“ zu täuschen. Denn das sind genau die Fälschungsmöglichkeiten, die am einfachster; und Undurchsichtigsten sind. Sie verlangen – im Unterschied zu groben Fälschungen – keine aufwendigen Aktionen der Vertuschung, man braucht sich auch keine Gedanken darüber zu machen, ob die Zahlenangaben gegenüber anderen Angaben und irr. Zeitablauf konsistent sind, und man glaubt auch weniger oder gar keinen Anlaß für Skrupel haben zu müssen. gleichwohl halte ich auch schon ein solches Vorgehen für verwerflich deshalb, weil es das Vertrauenskapital der „amtlichen“ Statistik ruiniert. Es ist wichtig, daß es eine amtliche Statistik gibt und diese Vertrauen genießt.

c) Der Wert der Unabhängigkeit Statistischer Ämter

Die Erfahrung mit der DDR-Statistik lehrt auch, wie verführerisch es ist, der Statistik vorzuschreiben, welche Ergebnisse sie zu liefern hat und nicht genehme Ergebnisse zu unterdrücken. Je mehr es bergab ging mit der DDR, desto fragwürdiger wurden die Gegenstände der Erhebungen und deren begriffliche Abgrenzung (z.B. „Industrieroboter“, „Anteil der Spitzenleistungen“, „erzielter Nutzen aus Neuerbewegung“ usw.) und desto mehr wurde auch mit Worten und mit Zahlen geschönt.

Der einzig wirksame Schutz vor dieser Gefahr ist die Unabhängigkeit der Statistischen Ämter. Das abschreckende Beispiel der Herrschaft von G M. und der SED über die SZS sollte Anlaß sein, darüber nachzudenken, den Statistischen Ämtern mehr Autonomie zu geben, ihnen z3, eine Autorität und Unabhängigkeit65 nach Art der Bundesbank zu verleihen und mehr Zurückhaltung zu üben, wenn es darum geht, die amtliche Statistik ohne entsprechenden Ausgleich mit Zusatzaufgaben zu belasten oder von ihr methodisch fragwürdige Berechnungen zu fordern.

Bei der Volkszählungsdebatte wurde statt dessen in völlig falscher Sicht der Dinge einseitig versucht, die amtliche Statistik zu verrechtlichen, ihr Fesseln anzulegen, als ob sie in erster Linie eine Gefahr für den freien Bürger sei. Daß sie dagegen ein Instrument des freien Bürgers ist und daß eine: unabhängige Statistikbehörde genauso ein Element der Demokratie ist wie die Meinungsfreiheit, wurde demgegenüber kaum gesehen. Man sah die Gefahr des Mißbrauchs von Individualdaten, nicht aber die Gefahr der Monopolisierung und Politisierung der Statistik und des Verlusts an Orientierung durch eine unbrauchbare Statistik Die Beschäftigung mit der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR könnte hilfreich sein, um auch künftig die Gefährlichkeit solcher Erscheinungen deutlich zu sehen“.

Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland
[33]

„Einführung: Probleme der Statistik

Zusammenfassung

Der empirische Vergleich von Niveau und Entwicklung der Wirtschaft in der Bundesrepublik und in der DDR muß sich in erster Linie auf das veröffentlichte statistische Material stützen. Dabei ist die veröffentlichte Wirtschaftsstatistik in der Bundesrepublik sehr ausführlich, die in der DDR sehr dürftig,

Die Zuverlässigkeit der Statistik wird generell durch systematische Fehler berührt Sie hängen ab von den Bedingungen, unter denen das Material gesammelt wird, außerdem entstehen sie bei der Auswertung von Daten, wenn sich das technologische Umfeld rasch verändert. Diese Fehler sind nicht auf die DDR beschränkt, ihr Umfang und ihre Richtung sind überall ungewiß. Dagegen besteht weitgehende Einigkeit darüber, daß willkürliche Manipulierungen und Verfälschungen der Statistik nicht vorgenommen werden. Die DDR greift im Fall ungünstiger Entwicklungen zum Mittel der Geheimhaltung.

Die Vergleichbarkeit wird durch unterschiedliche Begriffe und Abgrenzungen sowie durch die unterschiedliche Bewertung (Mark der DDR = D-Mark) beeinträchtigt. Dabei ist die

begriffliche Einheitlichkeit relativ leicht herzustellen Das Problem der Bewertung konnte nicht überall gelöst werden. Teilweise wurde es durch Rückgriff auf reale Tatbestände umgangen, in anderen Fällen wurde eine Preiskomponente geschätzt.

Einführung: Probleme der Statistik

Der empirische Vergleich von Niveau und Entwicklung der Wirtschaft in der Bundesrepublik und in der DDR muß sich in erster Linie auf das veröffentlichte statistische Material stützen. Zusätzliche Informationen aus Auswertungen anderer Quellen – z .B. Monographien, Fachzeitschriften, Pressemeldungen, Verbandsund Tagungsberichte - können zwar das Bild vervollständigen, gleichwohl ist die offizielle Statistik die wesentliche Grundlage für den Vergleich.

Wo immer eine Untersuchung auf Wirtschaftsstatistiken aufgebaut ist, erhebt sich die Frage nach der Aussagekraft, Vollständigkeit und Genauigkeit der zugrunde liegenden Daten. Dies gilt insbesondere bei zwischenstaatlichen Vergleichen, wenn Organisation und Struktur der Wirtschaft voneinander abweichen und die Sammlung, Aufbereitung und Auswertung des Materials unter unterschiedlichen Gesichtspunkten in verschiedenen Institutionen vorgenommen wird. Für den Vergleich Bundesrepublik Deutschland – DDR kommt hinzu, daß Statistiken aus der DDR im Westen häufig auf mehr oder weniger starke Vorbehalte treffen. So bedarf ihre Verwendung – zusätzlich zur Darstellung in den einzelnen Sachkapiteln - einer einführenden Erläuterung. Die meisten der dabei angesprochenen Probleme tauchen bei jedem zwischenstaatlichen Wirtschaftsvergleich auf, einige sind spezifisch für den hier angestellten deutsch-deutschen Vergleich. Als Kriterien werden Umfang, Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit der Statistiken herausgegriffen.

1. Umfang der veröffentlichten Statistik

Eine Bestandsaufnahme der veröffentlichten Wirtschaftsstatistik von Bundesrepublik Deutschland und DDR zeigt enorme Unterschiede. Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes umfassen:

- Zusammenfassungen

a. Allgemeine Querschnittsveröffentlichungen (z3. Statistisches Jahrbuch, die Monatsschrift Wirtschaft und Statistik, Statistischer Wochendienst),
b. Thematische Querschnittsveröffentlichungen,
c. Veröffentlichungen zu Organisations- und Methodenfragen

- 19 Fachserien mit jeweils mehreren Reihen
- Systematische Verzeichnisse (z. B. Betriebssystematiken Gütersystematiken).

Hinzu kommen Statistische Berichte der Statistischen Landesämter und Veröffentlichungen von Bundesministerien, anderen Bundesbehörden und Bundesbank.

Dagegen nimmt sich die veröffentlichte Statistik der DDR außerordentlich dürftig aus. Die einzige Quelle ist das Statistische Jahrbuch (und seine Kurzfassung, das Statistische Taschenbuch). Die Monatsschrift Statistische Praxis wurde 1979 (letztes Heft 2/1979) angeblich wegen Papiermangels eingestellt. Diese Zeitschrift war allerdings in den letzten

Jahren ihres Erscheinens nur noch wenig informativ.

Einige zusätzliche Informationen werden von der DDR an internationale Organisationen gemeldet und in deren Veröffentlichungen aufgenommen. Zu nennen ist hier das Statistische Jahrbuch des RGW (in russischer Sprache). Es enthält einen stark aggregierten Überblick über die Wirtschaft der einzelnen RGVV-Länder nach spezieller Methodik, in einigen Einzelfällen auch Informationen, die im Statistischen Jahrbuch der DDR nicht enthalten sind. Wenige zusätzliche Daten finden sich auch im Statistischen Jahrbuch der Vereinten Nationen. Eine weitere überregionale Statistik ist die monatliche Berichterstattung der Economic Commission for Europe (ECE), Genf, die ausgewählte Daten der hier zusammengeschlossenen Länder publiziert. Damit sind für einige Tatbestände monatliche und vierteljährliche Zahlen greifbar.

Der Umfang der nationalen Statistiken ist nicht selten ein Spiegelbild des Wohlstands eines Landes. Statistiken sind gewissermaßen ein Teil der Infrastruktur einer Volkswirtschaft. Länder mit einer hochentwickelten Wirtschaft können sich allgemein eine hochentwickelte Infrastruktur und darunter auch eine vergleichsweise umfangreiche Wirtschaftsstatistik leisten. Bei Ländern mit geringerer Wirtschaftskraft fällt die Kostenfrage stärker ins Gewicht. Das Kostenargument trifft jedoch für eine Planwirtschaft wie die DDR nicht zu. Sie ist für ihre Planung auf sehr detaillierte Aufzeichnungen angewiesen veröffentlicht jedoch nur einen kleinen Bruchteil davon. In der DDR-Literatur wurden früher gelegentlich spezielle Veröffentlichungen zitiert - z.B. Statistische Jahrbücher (Jahresberichte/Taschenbücher) der Bezirke und Kreise, Statistische Jahrbücher der Bevölkerung des Gesundheitswesens, des Bauwesens der Landwirtschaft und des Bildungswesens. Es ist nicht sicher, ob diese Publikationen auch heute noch herausgegeben werden, in jedem Fall sind sie nicht allgemein zugänglich.

Eine Standardquelle für Wirschaftsinformationen sind die Statistischen Jahrbücher. Damit wollen die Herausgeber eine Gesamtdarstellung aller gesellschaftlich und wirtschaftlich als relevant erachteten Merkmale des Landes bieten, soweit sie statistisch erfaßt sind und nicht geheimgehalten werden sollen. Der rein quantitative Vergleich der Jahrbücher von Bundesrepublik Deutschland und DDR zeigt folgendes Bild (am Beispiel der Jahrbücher von 1985):

- Gemessen an der Seitenzahl ist das Statistische Jahrbuch der DDR (Tabellenteil ohne internationale Übersichten: 424 S.) um ein Viertel kleiner als das Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland. Unterschiede im Format und im Druck erhöhen den Abstand geringfügig.
- 83 Seien (= 20vH des Gesamtumfangs) im Jahrbuch der DDR entfallen auf zwei vorangestellte Abschnitte mit Zusammenfassungen und regionalen Übersichten, in denen fast nur Daten aus den später folgenden Abschnitten enthalten sind.
- Dagegen auf die Wirtschaftsbereiche viel weniger Platz verwendet. Es sind in der Bundesrepublik 230, Seiten (= 40 vH des Gesamtumfanges), in der DDR 135 Seiten (= 32 vH des Umfanges).

Zur Aktualität: Das Statistische Jahrbuch der DDR steht (lt. Eingangsvermerk der Bibliothek des DIW) dem Benutzer jeweils im Oktober/November zur Verfügung; das Statistische Taschenbuch im September. Das Statistische Jahrbuch der Bundesrepublik trifft gewöhnlich im August ein.

Die Lücken in der DDR-Statistik sind groß. So fehlen beispielsweise wichtige Ergebnisse der

Volks-, Berufs- und Wohnungszählung von 1981, eine Einkommens-Gesamtrechnung; viele Daten der Industrie (tiefe Gliederung, Lohnsumme, Investitionen und Anlagevermögen, Export), Reihen über die Preisentwicklung, eine Umweltstatistik, eine Zahlungsbilanz, die außenwirtschaftliche Verflechtung und viele andere, im allgemeinen für selbstverständlich gehaltene Informationen. In einigen Fällen sinkt der Informationsgehalt durch die Reduzierung der absoluten Zahlen auf Anteil oder Indexreihen, in anderen ist die Aussagekraft nicht eindeutig, z. B. bei der Bewertung der Außenhandelsergebnisse in Valuta-Mark.

Die vergleichsweise karge Information aus der DDR ist sicherlich nicht - oder nicht in erster Linie - eine Kostenfrage. Vielmehr ist ein politisch motivierter Entschluß, dem „Klassenfeind einen weitergehenden Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verwehren. Mit dieser Handhabung steht die DDR in eklatantem Gegensatz zu der in der Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki festgelegten Absichtserklärung der beteiligten Länder (zu denen auch die DDR gehört!), Qualität, Quantität, Vergleichbarkeit und Aktualität der Informationen über Handel und Wirtschaft zu erhöhen. Tatsächlich hat die DDR nach der Konferenz ihre Informationen - jedenfalls über den Außenhandel - sogar noch eingeschränkt. Während die anderen RGW-Länder ein gesondertes Außenhandelsjahrbuch herausgegeben und z.T. monatlich über den Außenhandel berichten, ist die DDR das Land mit der dürftigsten Außenhandelsstatistik im RGW.

Teilweise konnten Informationslücken durch Auswertung der anderen anfangs genannten Quellen ausgefeilt werden. Insgesamt jedoch bedeutet die Knappheit der Statistik, daß für den Vergleich der Informationsgehalt der Statistik in der Bundesrepublik Deutschland bei weitem nicht ausgeschöpft werden konnte.

2. Zuverlässigkeit

Die Frage nach der Zuverlässigkeit von Statistiken ist heikel und läßt sich nicht eindeutig beantworten. Zuverlässigkeit ist nicht allein, abhängig von der statistischen Praxis, dem Stand der statistischen Arbeiten und der Ausbildung des Personals, sondern auch von den Bedingungen, unter denen das Material gesammelt wird, der Einstellung der Befragten und dem Gegenstand der Statistik. Generell ist einzuräumen, daß kein statistisches System fehlerfrei ist. Auch bei einem gut ausgebauten Berichtswesen und selbst in traditionellen Sparten, die zum Standardrepertoire der Statistik gehören, sind Fehler möglich. So sind sich die Experten in der Bundesrepublik darüber einig, daß die fortgeschriebene Bevölkerungszahl um 1 Million Personen oder noch mehr über der vermuteten richtigen Zahl liegen kann.

Die Zuverlässigkeit der Statistik soll hier unter zwei Aspekten diskutiert werden. Es geht um systematische Fehler, die im Material zwangsläufig enthalten sind sowie um Verzerrungen oder Verfälschungen von Statistiken, die willkürlich vorgenommen werden.

Systematische Fehler hängen ab von den Bedingungen, unter denen das Material gesammelt wird, außerdem entstehen sie bei der Auswertung von Daten, wenn sich das technologische Umfeld rasch verändert. Beide Arten systematischer Fehler sind ein generelles Problem und nicht auf die DDR beschränkt.

So ist in der Bundesrepublik seit längerer Zeit eine ausgeprägte Statistik-Aversion verbreitet. Ob dies auf die Sorgfalt bei den berichtenden Unternehmen abfärbt, ist nicht erforscht, auch die Richtung des daraus möglicherweise stammenden Fehlers ist ungewiß. In der DDR-Statistik ist ein derartiger Fehler vermutlich nicht vorhanden. Das bestehende einheitliche

System von Rechnungsführung und Statistik, strenge Vorschriften und ein engmaschiges Kontrollsystem dürften sicherstellen, daß die Ergebnisse der betrieblichen Abrechnung auch in die statistische Berichterstattung eingehen. Dabei gibt es jedoch die Gefahr eines anderen, nicht weniger schwerwiegenden Fehlers. Die statistischen Berichte der Betriebe sind - und das ist charakteristisch für das Berichtswesen der sozialistischen Planwirtschaft - identisch mit den betrieblichen Planerfüllungsberichten. Diese wiederum beeinflussen die finanzielle Situation der Betriebe (Fondsbildung) und damit auch die materiellen Vorteile für die Belegschaft. Die Betriebe, die Belegschaft und manchmal auch ihre zuständigen Ministerien haben somit unmittelbares Interesse an einer bestimmten Einschätzung ihrer Tätigkeit. Es gilt als sicher, daß damit ein spezifischer Fehler unbekannter Größe und Richtung in das Primärmaterial der DDR Eingang findet. Sicher versuchen die Kontrollinstanzen und die Zentralverwaltung für Statistik, dagegen anzugehen, weil ein fehlerhaftes statistisches Instrumentarium den Planungsprozeß tangiert. Inwieweit sie aber erfolgreich sind, kann schwer beurteilt werden.

Ein weiterer systematischer Fehler erwächst aus dem praktisch unlösbaren Problem der Bewertung bei sich veränderndem Produktionsprofil. Bei der üblichen Methode der Preisbereinigung werden die Produkte jeder Folgeperiode mit den Preisen einer Basisperiode bewertet. Das ist mißlich bei sich rasch ändernden technologischen Bedingungen und dem Erscheinen neuer Produkte, für die nichts Vergleichbares in der Basisperiode vorhanden ist. Die Problematik neuer Güter ist ein allgemeines statistisches Phänomen, sie wird allerdings im Fall der DDR zusätzlich verschärft. Dort wird seit 1983 - zur Durchsetzung und Stimulierung von technischen Fortschritten - die „Erneuerungsrate“ der Produktion als Plankennziffer vorgegeben; neue Produkte erhalten höhere Gewinnzuschläge und bieten auch die Möglichkeit der ungerechtfertigten Kostenzurechnung. Um den Plan zu erfüllen, werden sicherlich auch geringfügige Verbesserungen als Neuerung deklariert, mit höheren Preisen abgerechnet und mit größeren Zuwachsraten produziert als das Standardsortiment. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik hat dann die praktisch unlösbare Aufgabe, zwischen Preissteigerung und Qualitätsverbesserung zu unterscheiden Die inzwischen eingeführten strengen Maßstäbe bei der Einstufung als Neuerung dürften das Grundproblem nicht völlig aus der Welt geschafft haben. Der Umfang der Preissteigerungen, der damit als reale Entwicklung abgerechnet wird, ist nicht zu schätzen. Neuerungen gibt es insbesondere in solchen Bereichen, für die Mengenangaben wenig Aussagekraft besitzen. Im Grundstoffbereich ist der reale Produktionswert leicht mit Hilfe von Mengenangaben aus der Produktionsstatistik zu überprüfen. Bereiche wie die Elektrotechnik und der Maschinenbau entziehen sich dagegen einer solchen Gegenrechnung. Als Konsequenz ist festzuhalten, daß man wohl die Ergebnisse seit 1983 kritischer behandeln muß als die von früheren Jahren.

Verfälschungen, Verzerrungen, Lücken oder falsch dargestellte Statistiken sind z.B. aus Gründen der militärischen Sicherheit denkbar, oder auch, um den Mißerfolg einer Wirtschaftspolitik oder Wirtschaftsplanung zu verheimlichen Im Prinzip hat jede Regierung die ausgeprägte Neigung, die jeweils für sie günstigen Zahlen herauszustellen. So hat die Regierung in der Bundesrepublik durch eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes Arbeitslosen über 58 Jahren das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben erleichtert. Dadurch werden 1986 rund 50 000 Personen nicht mehr als Arbeitslose gezählt. In der DDR hat die Statistik ganz offiziell die politisch-ideologische Grundfunktion der Agitation und Propaganda, dies zeigt sich besonders klar bei der Auswahl der Daten und der Kommentierung in den Planerfüllungsberichten. Es besteht jedoch unter den DDR-Forschern in der Bundesrepublik Einigkeit darüber, daß die von der Staatlichen Zentralverwaltung veröffentlichten Zahlen nicht bewußt verfälscht oder manipuliert sind. Jedenfalls ist ein Beweis für eine Verfälschung noch nicht geliefert worden. Die DDR greift im Fall

ungünstiger Entwicklungen eher zum Mittel der Geheimhaltung. Das abrupte Verschwinden von Außenhandelszahlen für die Jahre ab 1977, die seitdem auch nicht mehr veröffentlichte Ausfuhrstruktur des Maschinenbaus nach Ländergruppen, das Verschweigen der umfänglichen Reexporte an Rohöl sind markante Beispiele dieses Vorgehens.

Gegen eine generelle Verfälschung der Tatsachen in der Statistik spricht, daß nach allen vorhandenen Informationen die publizierten Statistiken auch von der Wirtschaftsführung der DDR verwendet werden. Sie sind nicht nur die Basis für die empirische Forschung, sondern liegen auch der Volkswirtschaftsplanung zugrunde. Eine „doppelte Buchhaltung“ für die veröffentlichte Statistik und die Planung wird offenbar nicht geführt. Dies wird auch von Wissenschaftlern und Praktikern bestätigt, die aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt sind.

3. Vergleichbarkeit

Das Problem der Vergleichbarkeit hat zwei Aspekte:

- Vergleichbarkeit hinsichtlich der verwendeten Definitionen, Begriffe und Abgrenzungen,
- Vergleichbarkeit hinsichtlich der Bewertung.

Das Problem der Vergleichbarkeit der Begriffe ist international vielfach diskutiert worden. So enthält die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zum Problem der Wirtschaftsstatistik die Absichtserklärung, „die Arbeiten zur Angleichung von statistischen Nomenklaturen auf internationaler Ebene, insbesondere im Rahmen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, zu fördern“ Auch gibt es bereits umfangreiche Aktivitäten der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen sowie der OECD, der Europäischen Gemeinschaften und des RGW, ohne daß allerdings zufriedenstellende Lösungen gefunden worden sind.

Eine Gemeinsamkeit der Begriffe und Definitionen der Statistik von Bundesrepublik Deutschland und DDR ist trotz gemeinsamer Kultur und Ausgangslage heute nicht gegeben. Zu stark haben inzwischen die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme auch die Begriffswelt verändert. Die Schwerpunkte und Akzente der Statistik werden unterschiedlich gesetzt. Beispielsweise folgt die DDR in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dem in den RGW-Ländern allgemein gebräuchlichen Konzept des „Material Product System" (MPS), während in der Bundesrepublik - wie in den anderen westlichen Ländern - das „System of National Accounts“ (SNA) verwendet wird. Auch in den einzelnen wirtschaftlichen Teilbereichen sind Begriffe und Abgrenzungen unterschiedlich.

Die begriffliche Vergleichbarkeit kann aber durch Umstellung hergestellt werden. Die amtlichen „Definitionen für Planung, Rechnungsführung und Statistik“ (Loseblattausgabe) sind in der DDR zwar nicht frei im Handel, aber gleichwohl in der Bundesrepublik verfügbar. In den einzelnen Kapiteln des folgenden Leistungsvergleichs wird die DDR-Abgrenzung jeweils erörtert und der Vergleich je nach Zweckmäßigkeit entweder auf die Abgrenzungen der Bundesrepublik oder auf die der DDR abgestellt.

Gravierender ist das Problem der Leistungsbewertung. Die D-Mark und die Mark der DDR tragen zwar beide die Bezeichnung „Mark“, sie unterscheiden sich aber erheblich. Die D-Mark ist eine international konvertible Währung, die Preise der Waren und Dienstleistungen bestimmen sich überwiegend nach Angebot und Nachfrage. Im allgemeinen ist ein

internationaler Preiszusammenhang gegeben, und Wechselkurse zeigen den Außenwert der D-Mark.

Die Mark der DDR ist dagegen - wie die Währungen der anderen RGW-Länder - eine reine Binnenwährung. Die Preise werden von den zentralen Wirtschaftsbehörden autonom, nach den Bedürfnissen der nationalen Wirtschaftsplanung festgesetzt. Es gibt keinen ökonomisch begründeten und allgemein anerkannten Wechselkurs, weder gegenüber den übrigen RGW-Währungen, noch gegenüber den konvertierbaren westlichen Währungen. Aus diesen Gründen ist es nicht ohne weiteres möglich, die in den jeweiligen Währungseinheiten ausgedrückten statistischen Wertgrößen der beiden deutschen Staaten zu vergleichen.

Die Preisproblematik konnte in der vorliegenden Arbeit nur teilweise gelöst werden. In einigen Fällen konnte auf reale wirtschaftliche Tatbestände zurückgegriffen werden. Dies gilt z.B. für die Kapitel Bevölkerung und Beschäftigung, Energiewirtschaft, Landwirtschaft, Wohnungsbau. In anderen Fällen wurde versucht, Berechnungen und Schätzungen über die Preiskomponente durchzuführen. Dies geschieht sehr ausführlich im Kapitel Preise und Kaufkraft. Mit diesen Ergebnissen konnte auch im Kapitel Einkommen ein Vergleich der Realeinkommen durchgeführt werden. Für die Industrieproduktion wurde - zum ersten Mal in dieser Ausführlichkeit - eine Preiskomponente geschätzt. Bei einigen Kapiteln war die Preisproblematik jedoch unlösbar, z.B. für den Staatshaushalt, auch für Investitionen und Anlagevermögen. Hier mußte sich der Vergleich im wesentlichen auf Struktur und Entwicklung beschränken.

Przybylski, P. [34]

Tatort Politbüro

„Von Honeckers schlechtem Gewissen zeugte auch seine pedantische Einmischung in den Text des „Statistischen Jahrbuches der DDR“ und andere Veröffentlichungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS). Schon bald nach seinem Aufstieg zum Parteichef verfügte er, daß die zur Veröffentlichung bestimmten Halbjahresberichte über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes vom Politbüro vorher zu beschließen sind.

Bevor die Berichte auf Mittags und dann auf Honeckers Tisch landeten, würden sie schon von Günter Ehrensperger, dem ZK-Abteilungsleiter für Planung und Finanzen, von unliebsamen Fakten weitgehend gesäubert. Aber selbst in der gefilterten Vorlage redigierte der Generalsekretär nicht selten höchstpersönlich herum, bevor das Politbüro sie abzunicken hatte. Der Vizechef der SZS, Dr Günter Hartig, belegte nach dem Fall der Mauer, „daß nicht die SZS ihre Mitteilungen veröffentlichte, sondern Dr. Günter Mittag und Erich Honecker bestimmten, was veröffentlicht wird“.

Ende der siebziger Jahre ließ der SED-Chef die Angaben im Statistischen Jahrbuch generell vor Veröffentlichung kontrollieren und, soweit nach seiner Ansicht nötig frisieren. Eine entsprechende Vorlage für das Politbüro hatte jeweils anzuzeigen, welche Fakten im Entwurf des Jahrbuchs neu waren und in welcher Eckkennziffern, sich Rückgänge widerspiegelten. Ergebnis dieser Übungen war, daß entscheidende Kennziffern im Jahrbuch nicht mehr enthalten waren Dr. Hantig: „Der Druck auf die SZS wurde aus der Grundposition heraus ausgeübt, daß die Schwierigkeiten der Volkswirtschaft der DDR nicht in vollem Umfang erkennbar sein sollten, da - so wurden wir orientiert - die DDR unbedingt auf weitere Kredite

angewiesen war. An diesen Fakt sollte die SZS immer denken“.

Seitdem versuchten die Generaldirektoren, die zusätzlichen Zwangsauflagen mit Krampf zu erfüllen, was das Horten von Rohstoffen und Halbfabrikaten, manipulierte Statistiken und falsche Informationen und nicht zuletzt neue Disproportionen im Wirtschaftsgefüge zur Folge hatte. Die Schizophrenie des Vorgangs lag darin, daß die reale Erfüllung des Planes um so geringer ausfiel, je mehr derselbe überhöht worden war. Freilich durfte die Nichterfüllung des Planes nicht evident werden, schon um Honeckers glänzenden Blick auf die vielgepriesene Planwirtschaft nicht zu trüben. Deshalb „aktualisierte“ bzw. „präzisierte" Günter Mittag am jeweiligen Monats- bzw. Jahresende höchstpersönlich den Plan, bevor die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) die Zahlen festschreiben durfte. Obgleich von der Volkskammer beschlossen, galt dem Wirtschaftssekretär der Plan keineswegs als Heiligtum, sondern eher als Schimäre.

Hatte Mittag den Plan kraft Amtes einer günstigen Optik angepaßt, durfte die Regierung meist nachziehen. „Der Ministerrat“, so der frühere Staatssekretär im Ministerium für Fahrzeugbau, Christian Scholwin, faßte dann nach vollendeten Tatsachen nachträglich die Beschlüsse zur Änderung (soweit er informiert wurde).“

Tatsächlich ist kein einziger der Fünfjahrpläne, ja nicht einmal ein einzelner Jahresplan ganz erfüllt worden. Folgt man Werner Krolikowski, so sind „während der achtziger Jahre 1/3 oder 40 % der Staatsplanpositionen nicht erfüllt“ worden.

Die exakten Abrechnungen, die über die Planerfüllung angefertigt wurden, verschwanden in den Panzerschränken einiger weniger Politbüromitglieder. Was in die Medien gelangen durfte, ließ sich Mittag von Honecker bestätigen, der die selektiv günstigen Ziffern nicht selten noch einmal schönte. „Die veröffentlichten Zahlen“, so resümierte der SZS-Chef Professor Donda nach der Wende, „stammten von uns und waren korrekt, aber sie waren ausschließlich auf das Positive ausgerichtet ... In den Textausführungen wurden alle Probleme und Schwierigkeiten weggelassen.

Bei solcher Auswahl der Fakten war es im Grunde überflüssig, Ziffern zu fälschen. Gleichwohl ist auch dies während der achtziger Jahre ab und an geschehen. So hatte Mittag Anfang 1988 über den ZK-Abteilungsleiter Ehrensperger anweisen lassen, die Wachstumsrate des Nationaleinkommens für 1987 mit 4 Prozent anzugeben, obgleich der wirkliche Zuwachs noch gar nicht feststand. Hierzu Chefstatistiker Arno Donda: „Die 4 % wurden in der Presse veröffentlicht, aber in allen anderen Unterlagen, wie z.B. im Statistischen Jahrbuch, wurde das Wachstum mit 3,55 % dargestellt. Im August/September ergab die endgültige Ermittlung 3 27%."

Auch die Entwicklungsraten der industriellen Warenproduktion hatte Mittag bei Bedarf nach oben manipulieren lassen, namentlich für den Bereich der chemischen Industrie und der Metallurgie. Nur einem „kleinen Empfängerkreis (Mittag, Stoph, Ehrensperger)“, so ein Gutachten der SZS vom 12. Februar 1990, wurden die richtigen Entwicklungsraten als GVS (Geheime Verschlußsache - d Verf.) übermittelt“.

Gegen solche willkürliche Eingriffe in Rechnungsführung und Statistik hatte sich Statistikchef Arno Donda, soweit und sobald er davon erfuhr, nach Kräften zur Wehr gesetzt. Das Amt, das Ministerpräsident Otto Grotewohl ihm im Sommer 1963 übertragen hatte, war ihm zu keinem Zeitpunkt leichtgemacht worden. Donda gehörte nicht zu jenen Statistikern, denen der Volkswitz in der DDR nachsagte, sie fragten bei einem Rechenexempel

vorsichtshalber erst einmal, was denn herauskommen solle. Der Mann war im Gegenteil von akribischer Genauigkeit, die auch Honeckers Vorgänger schon genervt hatte. Es war kein Zufall, daß er der DDR-Regierung nur vier Jahre angehörte. Danach war er ein schlichter Untergebener des Ministerpräsidenten, wobei die staatsrechtliche Position nur die Stange für seine wirkliche Abhängigkeit vom Wirtschaftssekretär der SED und dessen Apparat war. Doch gab ihm die Nähe zur Parteispitze auch die Möglichkeit, gegen gewisse statistische Coups des Wirtschaftssekretärs zu intervenieren oder gar Widerstand zu leisten.

Im Jahre 1979, als die Bilanz des laufenden Fünfjahrplanes (1976 - 1980) immer näher rückte, erreichte Donda eines Tages ein Anruf von Mittags Bürochef Manfred Ermlich. Dieser trug dem Chefstatistiker auf, beginnend mit dem Jahr 1979, das Nationaleinkommen nicht mehr zu konstanten, sondern zu aktuellen Preisen auszuweisen, ohne es kenntlich zu machen. Donda im Rückblick: „Das Ziel bestand darin, ein höheres volkswirtschaftliches Wachstum, als tatsächlich erreicht wurde, auszuweisen. Das war der Versuch .. tatsächlich falsche Daten durch die SZS ausweisen zu lassen."

Hinter dem Ansinnen stand kein Geringerer als Günter Mittag, der sich im Resultat des auslaufenden Planjahrfünfts sonnen wollte. Allerdings war ihm das Eisen, das er da zu schmieden im Begriff war, wohl doch zu heiß gewesen, um es ganz auf die eigene Kappe zu nehmen. Er hatte deshalb gemeinsam mit Planungschef Schürer und dem ZK-Abteilungsleiter Ehrensperger eine Sekretariatsvorlage für das ZK zusammengezimmert, durch die der getürkte Abrechnungsmodus abgesegnet werden sollte. Da Mittag mit Dondas Aufbegehren offenbar gerechnet hatte, sollte der parteiamtlich darauf festgelegt werden, „die zur Durchführung dieser Abrechnungen erforderlichen Detailregelungen kurzfristig auszuarbeiten". In der Begründung der Vorlage für das Sekretariat kam Mittag nicht umhin, einzugestehen, daß man mit dem vorgeschlagenen Modus von „der bisher gehandhabten und den internationalen Vereinbarungen (RGW, UNO) entsprechenden Abrechnung zu konstanten (vergleichbaren) Planpreisen" abgehe. Andernfalls würden sich nämlich „größere Abweichungen", d.h. eine Untererfüllung ausgerechnet bei den Kennziffern Nationaleinkommen, industrielle Warenproduktion, Arbeitsproduktivität und Bauproduktion des Bauministers ergeben. Deshalb sollten die insbesondere 1978 und 1979 administrativ erhöhten Industriepreise die Resultate aufbessern. „Bei einzelnen Kennziffern", so die Mittagvorlage, „sollte eine öffentliche Abrechnung unterbleiben; so z.B. für die in der Direktive (des IX. Parteitages - d. Verf.) genannte Zielstellung zur Entwicklung der pflanzlichen Produktion insgesamt und in GE/ha."

Chefstatistiker Donda, dem die Mittag-Vorlage rechtzeitig auf den Tisch kam, konterte mit einem überzeugenden, neun Seiten umfassenden Gegenpapier. Anhand von Beispielen gab er Mittags Versuch, dem Inland wie Ausland ein plötzliches Wirtschaftswunder der DDR vorzugaukeln, im Grund der Lächerlichkeit preis.

Das Urteil des Chefstatistikers über die Mittag-Variante volkswirtschaftlicher Statistik fiel ebenso mutig wie hart aus. Parteiführung und Regierung würden „bei einem erheblichen Teil der volkswirtschaftlich wichtigsten Kennziffern nicht mehr der Realität entsprechend informiert werden können ... unter Bedingungen des angewiesenen Vorstoßes gegen klare Prinzipien der Wahrhaftigkeit (kann) keine exakte Berichterstattung mehr garantiert werden". Im Gegensatz zu Mittag und Schürer bedachte Donda auch die außenpolitischen Folgen des statistischen Hasardspiels. Eine Vielzahl von Zahlen, die bis dahin dem RGW und der UNO vereinbarungsgemäß aus der Ostberliner Statistikzentrale zuflossen, wären künftig unter den Teppich gekehrt worden. Donda: „Das würde die verstärkte Aufmerksamkeit des Feindes auf uns ziehen, uns Angriffen wegen Nichteinhaltung der Schlußakte von Helsinki aussetzen, das

Unverständnis unserer Freunde hervorrufen und dazu führen, daß einer der bedeutendsten Industriestaaten der Welt weit weniger Angaben über die ökonomische Entwicklung zur Verfügung stellt als viele Entwicklungsländer."

Donda hatte nicht nur die Stirn, seine „Stellungnahme" Mittag selbst zu übermitteln, sondern sie auch Ministerpräsident Willi Stoph zuzuspielen. Dank dieser Einmischung setzte sich in der Parteispitze die Vernunft durch. Die Mittag-Vorlage wurde abserviert, ohne daß der Wirtschaftssekretär dabei hatte ernsthaft Federn lassen müssen. Dafür hatte Honecker schon gesorgt.

Gleichwohl bedeutete das Resultat dieser Auseinandersetzung eine Niederlage für Mittag, die er dem Chefstatistiker nie vergaß Jedoch blieb ihm die Genugtuung sich in anderen Fällen mit seiner krummen Tour durchgesetzt zu haben. Vor allem mit Blick auf das vielgerühmte „Kernstück des sozialpolitischen Programms", den Wohnungsbau, nahm er immer wieder mal zur Manipulation Zuflucht. Bis zum Jahre 1990 sollte in der DDR die Wohnraumfrage als „soziales Problem" gelöst sein. So hatte es die Honeckerpartei den Bürgern versprochen, und manche Engpässe wurden mit dem immensen Aufwand begründet, die der Bau neuer oder die Rekonstruktion alter Wohnungen tatsächlich auch verschlang. Je näher das Jahr 1990 jedoch rückte, um so deutlicher zeichnete sich ab, daß die Partei versprochen hatte, was nicht zu halten war. Namentlich in Großstädten wie Berlin und Leipzig nahm das Heer der Wohnungssuchenden eher zu als ab. Da sollte wenigstens die Statistik über den Zuwachs an verfügbarem Wohnraum ein möglichst günstiges Bild vermitteln. Deshalb ließ Mittag ZK-Planungschef Ehrensperger im September 1978 einen Beschluß ausarbeiten, wonach die „nach Typenprojekten des Wohnungsbaus errichteten Arbeiterwohnheimplätze, beginnend mit dem Planjahr 1978, als Neubauwohnungen zu erfassen und abzurechnen (sind) ... Als Abrechnungsverhältnis ist zugrunde zu legen: Fünf Arbeiterwohnheimplätze entsprechen einer Wohnung." Diese Prozedur bedeutete in doppelter Hinsicht Vorspiegelung falscher Tatsachen. Die für die Bauarbeiter hochgezogenen Wohnblöcke entsprachen zwar dem üblichen Standard des Wohnungsneubaus, doch standen sie häufig auf Jahre für die Bürger nicht zur Verfügung. Da die Baukumpel, fern der Heimat, in den sogenannten Arbeiterheimen mehr hausten als wohnten, war deren Wohnsubstanz beim Auszug meist verschlissen. Es bedurfte dann erst diverser Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten, bevor aus einstigen Heimen wieder brauchbare Wohnungen wurden. Gleichwohl verfügte Mittag, daß Planungschef Schürer, Bauminister Junker und Chefstatistiker Donda wie geschildert zu verfahren hatten. Eine ähnliche Entscheidung traf Mittag mit der Maßgabe, rekonstruierte sowie um- und ausgebaute Wohnungen als neugebaute Wohnungen zu zählen.

Manchen Trick und manches Täuschungsmanöver wagte Mittag selbst hinter dem Rücken Honeckers und des Politbüros. Als im Jahre 1981 eine Wohnraum- und Gebäudezählung beschlossen wurde, hatten Politbüro und Ministerrat zuvor das Programm der Fragen bestätigt. Danach waren auch Angaben über das Alter der Wohngebäude vorgesehen. Kurz bevor die Zählung begann, strich der Wirtschaftssekretär Angaben zur Altersstruktur der Wohngebäude aus dem Fragebogenmuster heraus. Als die Zählung beendet war, verfügte er zudem, die Angaben über den Bauzustand der Wohngebäude ausschließlich Planungschef Schürer und dem Bauminister zu übergeben. Für beides hatte Mittag seine Gründe. Präzise Angaben über Alter und Zustand der meisten Wohngebäude hätten den Parteibeschluß, die Wohnungsfrage als „soziales Problem" bis 1990 zu lösen, als hohle Phrase entlarvt. Daß so wenige ihren Traum von einer angemessenen Wohnung realisieren konnten, hatte allerdings viele Gründe, die Mittag keineswegs allein zu verantworten hatte. Zum einen wanderten ca. 10 Prozent aller neugebauten Wohnungen regelmäßig in die Verfügungsgewalt des maßlos aufgeblähten Sicherheitsapparates. Zum anderen führte Honeckers fataler Ehrgeiz, die DDR-

Hauptstadt zu einer der attraktivsten Metropolen Europas zu machen, zu einem regelrechten Chaos in vielen Städten und Gemeinden. Im Rahmen der sogenannten „Berlin-Initiative“ wurden selbst kommunale Baubetriebe nach Berlin beordert, während vor allem kleinere und mittlere Städte wie Meißen, Bautzen, Weimar, Altenburg, Angermünde und viele andere mehr und mehr verfielen.

Obgleich das „Kernstück“ von Honeckers sozialpolitischem Programm mehr als 90 Milliarden verschlungen hatte, waren bis zur Wende noch immer rund 4 Millionen DDR-Bürger ohne ausreichenden bzw. zumutbaren Wohnraum. Hatte man in den siebziger Jahren noch davon gesprochen, daß am Ende des bombastischen Bauprogramms jede Wohnung über WC und Bad oder wenigstens über eine Dusche verfügen werden, wurden die Erwartungen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre schon merklich gedämpft. Es müsse genügen, so hieß es nach dem XI. Parteitag, wenn eine Wohnung trocken, warm und sicher sei. Politbüromitglied Günter Kleiber notierte im Januar 1990 in seiner Gefängniszelle zur Wohnungsfrage: „Mittag empfand es noch 1989 als ein „Glück“, daß die Frage „soziales Problem“ nie genau definiert und erklärt wurde.“

Mit Definitionen nahm Mittag es allerdings auch dort nicht so genau, wo sie existierten. Als Industrieroboter gelten nach internationaler Gepflogenheit ausschließlich prozeßflexible, d.h. mehrachsige Geräte. Dementsprechend schloß Chefstatistiker Donda die Abrechnung der Computer vor. Das hätte allerdings bedeutet, daß die durch Parteibeschluß geforderte Stückzahl nie erreicht worden wäre. Deshalb entschied Mittag, so Donda, „daß auch prozeßspezifische Geräte als Industrieroboter in die Berichterstattung einzubeziehen sind..." Damit ging beispielsweise jede Melkmaschine in die Zählung ein. Eine Aufstellung über prozeßflexible und prozeßspezifische Geräte durfte indessen nur für ihn selbst sowie für ZK-Abteilungsleiter Ehrensperger angefertigt werden. Unter Insidern blieb der Trick nicht lange geheim. Unter Anspielung darauf kursierte bald die Preisfrage: „Was ist ein Roboter?“ Antwort: „Jeder, der sich ständig um die eigene Achse dreht“.

Auffallend ist, mit welcher Dreistigkeit der Wirtschaftssekretär der Partei volkswirtschaftliche Parameter willkürlich veränderte oder schönte und selbst Berichte, die vom Politbüro zu bestätigen waren, schon manipulierte, bevor die Gralshüter sie überhaupt zu Gesicht bekommen hatten. So mußte Mittag die halbjährlichen Berichte über die Planerfüllung regelmäßig dem Politbüro vorlegen. Donda: „Es kam vor, daß Günter Mittag uns Aufträge gab, vor Einreichen dieser Halbjahresberichte in das Politbüro einzelne negative Stellen wegzulassen.“ Einmal, so sagte der Chefstatistiker aus, habe Mittag sogar in den Berichtstext hineinredigiert, der vom Politbüro bereits bestätigt und schon dem Leiter des Regierungspresseamtes, Kurt Blecha, übergeben worden war. Der Chef des Presseamtes mußte die zur Veröffentlichung bestimmte Version wieder herausrücken, und Mittag strich aus dem Papier ganze Textzeilen heraus erst danach gelangte es in die Redaktionsstuben der Medien.

Selbst wenn Mittag sich im Ausland aufhielt, ließ er sich die Halbjahres- oder Jahresberichte über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes nachschicken. Waren sie schließlich in die Fassung gebracht worden, die ihm vorschwebte, durften sie ans Licht der Öffentlichkeit. Als Mittag beispielsweise gemeinsam mit Honecker zum Staatsbesuch in Indien weilte, hatte Donda das ungeschminkte Zahlenwerk in den Bericht hineingeschrieben. Mittags Veto aus Neu Delhi traf umgehend in Berlin ein. Seine Mitarbeiter Ermlich und Krömke mußten die Vorlage kurzfristig umarbeiten, und Donda wurde zu Ehrensperger ins ZK zitiert. Mittag ließ sich mit dem Chefstatistiker telefonisch verbinden und beschimpfte ihn. Er meinte, so Donda, „daß ich mit diesem Bericht all unsere Erfolge zunichte mache“, und er lasse sich „seine

Wirtschaft nicht durch die Statistik kaputtmachen."

Brisante, ja selbst staatspolitisch wichtige Informationen blieben nicht nur der Öffentlichkeit verborgen, sondern selbst jenen Körperschaften, die laut Verfassung die Macht auszuüben hatten: Volkskammer und Ministerrat.

Unter Ulbricht waren die Abgeordneten der Volkskammer noch einigermaßen im, Bilde. Auch während der ersten Jahre des Honeckerregimes bekamen sie vom Statistikamt noch regelmäßig ein Informationsbulletin, das die Realität der Ökonomie ziemlich genau spiegelte. Donda bezeugt: „Die Zahlen waren real und hätten, wenn man diese Informationen in der gleichen Art und Weise weitergeführt hätte, die negative Tendenz der DDR-Volkswirtschaft aufgezeigt."

Aber genau das hätte die demagogische Sicht auf die DDR, die Honecker und Mittag nicht zuletzt als Bestätigung ihrer selbst brauchten, schon sehr frühzeitig erschüttert. Deshalb schickte Mittag, wahrscheinlich 1976, Ehrensperger, den einflußreichsten seiner Abteilungsleiter, vor, um die Instruktionen für die Volkskammerabgeordneten fortan einstellen zu lassen. „Der Grund", so Donda, „wurde mir nicht mitgeteilt." Danach befragt, behauptet Honeckers Wirtschaftskönig heute, es habe an Papier gemangelt. Ein Einwand, der die Grenze zum Lächerlichen überschreitet, bedenkt man, daß es bis zur Wende Zeitschriften für den Tierhalter oder den Kleingärtner in hohen Auflagen gab. Dabei verpflichtete die Geschäftsordnung der Volkskammer den Ministerrat ausdrücklich, die Ausschüsse des Parlaments über wichtige Fragen der Staatspolitik in Kenntnis zu setzen. Zum einen wurde das gezielt vermieden, zum anderen war es auch gar nicht möglich, weil selbst die Regierung in gravierenden Fragen nicht über den wirklichen Stand der Dinge informiert war Die sogenannte Planzahlungsbilanz wurde vom Volkswirtschaftsplan selbst schon bei der Vorlage im Ministerrat abgetrennt. Sie fehlte bei der Beschlußfassung ebenso wie bei der Abrechnung. Nur wer außer im Ministerrat auch im Politbüro saß, erfuhr den wichtigeren Teil der Wahrheit. Das betraf die Transaktionen des Schalck-Imperiums ebenso wie den sogenannten X-Bereich, zu dem Armee, Staatssicherheit, Polizei, Zoll, Parteien und Massenorganisationen gehörten. Waren die Verschläge oder die Abrechnung für den Jahres- oder Fünfjahresplan im Politbüro über die Bühne, verschwand die Zahlungsbilanz im Archiv von Planungschef Gerhard Schürer.

In der Volkskammer verfuhr man noch restriktiver, weil hier Öffentlichkeit nicht zu vermeiden war. Freilich hätte jeder Abgeordnete der Volkskammer aufstehen und Fragen stellen können. Aber jeder wußte auch, daß das dem Ritual des Hauses widersprach und Folgen haben konnte. Anfragen im Plenum gab es nur nach Regierungsanweisung durch die SED-Fraktion, aber auch sie hatten Seltenheitswert. Honecker war, so Werner Krolikowski, „an solchen Anfragen bzw. Fragestunden im Plenum der Volkskammer nicht interessiert, weil er den Widerspruch und die Kritik an seiner Politik nicht duldete..."

Lebhafter hingegen ging es in manchem Ausschuß zu, allerdings nicht in dem von Günter Mittag geleiteten Ausschuß für Industrie, Bauwesen und Verkehr. Eine Anfrage zur Zahlungsbilanz ist hier jedenfalls nie gestellt worden. Schürers Stellvertreter Wolfgang Greß, der im Mittags-Ausschuß meistens dabeisaß, bemerkte hierzu: „Wäre eine diesbezügliche Frage gekommen, hätte sie aufgrund des Geheimhaltungsgrades nicht beantwortet werden können."

Ähnlich wie die Volkskammer ließ Mittag auch die Regierung in vieler Hinsicht im dunkeln tappen. Das lag gewissermaßen in der Natur der Sache, bei der sich die Führung der SED

nicht nur über das Volk, sondern auch über den Staat erhob. Dafür empfand der Politbürokrat selbst dann noch übergreifende Verantwortung, als er zeitweilig, von 1973 bis 1976, in der Niederung des Regierungsapparates gelandet war. Auch von hier aus versuchte er, teils mit groteskere Erfolg, den Informationsfluß zum Ministerrat zu torpedieren. Als 1. Stellvertreter des Regierungschefs fiel er Ende 1974 Chefstatistiker Arno Donda in den Arm, als der die Konsequenzen der Geburtenentwicklung in der DDR in einem mehrseitigen Papier aufgezeigt hatte. Donda war dabei zu dem Resultat gelangt: Die Bevölkerungszahl der DDR wird zum Jahr 2000 Jahr für Jahr zurückgehen... Ende der 90er Jahre wird die DDR nur noch rd. 15,9 Mio Einwohner zählen, das sind 1,1 Mio. oder 6,4 % weniger als gegenwärtig.

Allein schon diese Prognose mag auf Mittag mehr als ernüchternd gewirkt habe. Was für den Wirtschaftslenker geradezu deprimierend gewesen sein muß, war die Voraussage, daß sich ab 1987, "bedingt durch das Nachrücken der geburtenschwachen Jahrgänge ab 1972, eine längere Periode ständiger Abnahme der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter anschließen (wird)“. Die Zahl der über 80jährigen hingegen werde bis 1989 von 402 000 auf 506 000 ansteigen, was beträchtlichen Zuwachs an medizinischer Versorgung wie sozialer Betreuung nicht zuletzt aber den Bau von Alters- und Pflegeheimen voraussetzte. Als Mittag das Informationspapier auf den Tisch bekam, hatten es auch die meisten Minister schon im Besitz. Gleichwohl veranlaßte Mittag, die Vorlage sofort zurückzuziehen. Der verblüfften Runde des Ministerrates, so erinnert sich Donda, wurde bedeutet, daß die Entwicklung der Population „unerheblich“ sei: „China hat z.B. mehr Einwohner als die DDR, ist aber trotzdem erheblich ärmer.“ Donda in seiner Zeugenvernehmung: „Von diesem Zeitpunkt mußten alle Spezialanalysen Herrn Mittag vor Herausgabe vorgelegt werden, und er bestimmte den Verteiler.“ 98 Die ZK-Abteilung von Günter Ehrensperger hatte strikt darüber zu wachen, welche Informationen das zentrale Statistikamt verließen.

Besonders kurios, allerdings auch besonders verhängnisvoll war Mittags Verfügung, dem Ministerrat keinen Einblick in das Verhältnis von produziertem und verbrauchtem Nationaleinkommen zu gewähren Diese Verfügung traf der SED-Wirtschaftssekretär 1977, drei Jahre nach Annahme der Honecker-Verfassung, durch die der staatsrechtliche Stellenwert der Regierung erhöht worden war. Der Ministerrat, so hieß es im Artikel 76, „leitet die Volkswirtschaft“ und sichert die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft“. Aber wie sollte er die Wirtschaft leiten und sie harmonisch gestalten, solange er mit der Brechstange im Nebel herumstocherte und das Politbüro mit der Regierung Versteck spielte?

Vor Mittags Eingriff hatten komplette Jahresanalysen der Wirtschaft allen Mitgliedern der Regierung vorgelegen und waren dort auch Gegenstand Interner Auseinandersetzung gewesen. Das sollte von Stund an unterbleiben. Mittags Argument war, so das Team um Donda, „daß Wirtschaftspolitik im Apparat des ZK der SED gemacht wird und nicht im Ministerrat, und man könne so eine wichtige Information nicht wie eine Postwurfsendung (gemeint waren die Minister) verteilen“.

Mittag fürchtete, daß der von Honecker eingeschlagene Kurs der Verschuldung nicht nur auf Widerspruch stoßen, sondern möglicherweise auch publik werden könnte. Krolikowskis Aussage, daß durch Mittag eine de-facto-Regierung“ installiert wurde, in der praktisch alle strategisch ökonomischen Fragen behandelt und an der Regierung vorbei veranlaßt wurden“, trifft schon der Kern des Problems.

Aber die „Ausschaltung der Stoph-Regierung“, die Werner Krolikowski bei seinen Vernehmungen immer wieder Honecker und Mittag anlastete, war nur die eine Seite der Medaille. Stoph und Krolikowski nahmen, wie die übrigen Politbüromitglieder auch, die roten

Zahlen zur Kenntnis und gingen zur Tagesordnung über. Daß Stoph auch im Politbüro - so wie er es häufig in der Volkskammer zu tun pflegte - einschlief, sobald Planungschef Schürer die Zahlungsbilanz für NSW (Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) vortrug, ist kaum anzunehmen. Während der letzten Jahre wußten alle Politbüromitglieder sehr genau, daß die Zahlungsfähigkeit des Landes nur noch durch Wechselreiterei aufrechtzuerhalten war. Um den Konkurs zu vermeiden, mußten wohl oder übel jährlich ca. 5 Milliarden neue Schulden in harter Mark in Kauf genommen werden. Das Geld zu besorgen war Sache von Schalck und von Außenhandelsbankchef Polze, der ständig mehrere hundert Banken anzapfen mußte, mit oder ohne „zentrale Entscheidungen".

Willi Stoph selbst war es, der dem Politbüro jede Woche Rapport über die Staatsdevisenreserve abzulegen hatte. Die eiserne Rücklage, die auf einen Vorschlag von Schalck zurückging, war für den Krisen- und Verteidigungsfall gedacht. Für die Staatsdevisenreserve war ein Mindestpegel von 1,2 Milliarden Valutamark vorgegeben, was sich im Ernstfall als lächerliche Summe erwiesen hätte. Vielleicht unterlag die Angelegenheit deshalb der höchsten Geheimhaltungsstufe. Stoph durfte den Politbüromitgliedern aus der „Geheimen Kommandosache" nur vorlesen, sie ihnen aber nicht zeigen. Der allwöchentliche Vortrag soll auf manche Politbüromitglieder wie eine Beruhigungspille gewirkt haben. Für Planungschef Gerhard Schürer war es ein „reines Schauspiel".

Freilich ließen Honecker und Mittag den Regierungschef nicht in alle Karten hineinschauen. Als Mittag im Herbst 1989 Schürer beauftragte, einen Standpunkt zum größten aller Fragezeichen, zur Zahlungsfähigkeit der DDR bis 1995/1996 vorzulegen, sollte offenbar auch das Politbüro draußen bleiben. Als der Planungschef am 29. September das ebenso fragwürdige wie waghalsige Papier an Mittag sandte, bat er um dessen Einverständnis, „daß ich dieses Material auch an Genossen Stoph und Genossen Kleiber (Stophs Stellvertreter für den RGW-Bereich - d. Verf.) übermitteln kann".

Der Wirtschaftssekretär reagierte auf Schürers Anfrage nicht einmal.

Ohne Frage hat Mittag den Ministerpräsidenten nach Kräften kontrolliert, in unzähligen Fragen übergangen und sich mitunter auch direkt in Regierungsgeschäfte eingemischt. Wenn Stoph vom Zentralen Statistikamt, das ihm persönlich unterstellt war, irgendein Zahlenmaterial anforderte, mußte die Donda-Behörde unverzüglich Mittags Superabteilung im ZK für Planung und Finanzen Meldung machen. Dondas Stellvertreter, Dr. Hartig, sagte im Februar 1990 als Zeuge aus: „Wenn der Ministerratsvorsitzende von uns etwas direkt anforderte, wollte diese Abteilung darüber immer informiert sein. Sie wurde von uns auch darüber informiert." Zudem mußten Analysen, die Stoph bei Donda in Auftrag geben wollte, von Mittag vorher bestätigt werden. „Erst danach", so Dr. Hartig, „bekam der Ministerrat seinen Analysenplan."

Am kuriosesten mag erscheinen, daß der Wirtschaftssekretär von ihm veranlaßte Analysen selbst dem Regierungschef vorzuenthalten suchte. Das betraf etwa den Vergleich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zwischen der DDR und der Bundesrepublik oder das DDR-Niveau der Arbeitsproduktivität im internationalen Maßstab. Daß solche Informationen dennoch die Regierungsebene erreichten, wo sie zuerst hingehört hätten, war allein dem Engagement Dondas zu danken. Dr. Hartig: „Ich kann bestätigen, daß unser Leiter (d.h. Professor Donda - d. Verf.) von sich aus teilweise den Verteiler erweitert hat, damit wenigstens der Ministerratsvorsitzende, sein ehemaliger Stellvertreter Kleiber und Herr Schürer diese Analysen bekamen."

Pirker, Th./Lepsius, M. R./ Weinert, R./Hertel, H.-D. [35]

Der Plan als Befehl und Fiktion Wirtschaftsführung in der DDR Gespräche und Analysen

„**Lepsius**: Sie sind doch auch viel mit Mittag gereist, was hat das auf Sie für einen Eindruck gemacht?

Krömke: Wir haben immer gewußt, daß der Produktivitätsfortschritt, an dem wir uns orientieren müssen, im Westen ist. Für einen normal denkenden Ökonomen war das ganz klar, und daraus resultierte auch Mittags Modernisierungsstrategie.

Lepsius: Wie erklären Sie sich diese auch im Westen weitgehend geteilte Vorstellung, daß die DDR ein effizienter, in sich stabiler ökonomischer Staat sei? Denn bei aller Kritik gegenüber Unterversorgung und mangelnder Arbeitsproduktivität, ging die Westvorstellung nicht davon aus, daß die DDR am Abgrund stand.

Krömke: Ich muß natürlich vorher bemerken, daß ich auch nicht mit dem Gefühl gelebt habe, daß wir am Abgrund stehen. Wir haben uns oft die Frage gestellt, wie soll es weitergehen, aber es ist doch immer so, wenn man in einer schwierigen Situation ist, dann hofft man immer, daß es beim nächsten Schritt doch noch besser wird. Das ist die eine Seite der Sache. Die andere Seite ist, es sind ja tatsächlich Leistungen vollbracht worden. Es ist ja nicht so, daß alles nur im Statistischen Jahrbuch gestanden hat, denn sonst hätte es bestimmte Entwicklungen im Versorgungsniveau der Menschen , etwa beim Wohnungsbau, nicht geben können. Die Schulden, die Zahlungsbilanz, das war bekannt, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat die Daten im wesentlichen immer veröffentlicht. Also jeder, der sich mit der DDR beschäftigt hat, konnte wissen, wie hoch ihre Verschuldung war; wahrscheinlich hat man diese Schulden ins Verhältnis gesetzt zum Nationaleinkommen und gesagt, na gut, also so schlimm kann es ja eigentlich nicht sein. Und ich meine, die DDR ist ja auch nicht nur an der Wirtschaft zusammengebrochen, sondern sie ist ja doch zusammengebrochen an ihrem gesamten Gesellschaftssystem in unmittelbarer Nähe zur Bundesrepublik mit der höheren Lebensqualität, über die viele Menschen der Meinung waren, daß sie dort wesentlich besser leben könnten und daß es sich lohnt, alle Schritte zu unternehmen, um dorthin zu gelangen. Und nachdem der Damm errichtet worden war und dann der kleinste Riß entstand, brach er auf. Mir persönlich war gleich klar, als in Ungarn die Grenze aufgemacht wurde, jetzt ist Feierabend, denn das ist eine Geschichte, die sich nicht mehr aufhalten läßt.

Lepsius: Sie haben gesagt, die wirklichen Fortschritte mußten außerhalb des Planes durchgeboxt werden, und einer, der solche Neuerungen immer eingebracht hat, ist Günter Mittag gewesen. Eine seiner wichtigsten institutionellen Neuerungen war die Einrichtung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung. Wie ist es aus Ihrer Sicht dazu gekommen?

Krömke: Von der Existenz von KoKo habe ich lange nichts gewußt, und KoKo ist auch nicht von Mittag eingerichtet worden, sondern hat schon existiert, bevor aufgrund eines PolitbüroBeschlusses 1976 Schalck als Leiter, also nicht der Bereich KoKo als solcher, Mittag politisch unterstellt wurde. Soweit ich im nachhinein erfuhr, ist KoKo selbst auf eine Weisung Ulbrichts schon in den 60er Jahren gebildet worden. Sicherlich war KoKo zu Anfang ein nicht so bedeutendes Organ, wie das dann in den siebziger und achtziger Jahren gewesen ist. KoKo war eigentlich das, was mit dem Neuen Ökonomischen System erreicht

werden sollte, also eine wirkliche Orientierung auf den Markt, konnte sich aber, da diese Entwicklung nicht in das System paßte, faktisch nur außerhalb des Systems entwickeln.“

Schmidt, K.-D. [36]

Kritisches zur Erstellung langer Reihen für das Gebiet der ehemaligen DDR

„Die ehemalige DDR sollte so in Erinnerung bleiben, wie sie war und wie sie deren Statistik im großen und ganzen zeichnete. Alle Versuche, Abstriche und Zufügungen zu machen, können nur fragwürdige Ergebnisse zeitigen“.

Schneider, R. [37]

Das Verkehrswesen unter besonderer Berücksichtigung der Eisenbahn

„Glaubt man der DDR-Statistik, so transportierte die DR (Deutsche Reichsbahn) Ende 1989 insgesamt 12 von Hundert mehr Güter als 1980“.

Statistisches Bundesamt

DDR-Statistik: Schein und Wirklichkeit [38]

„Das Statistische Bundesamt hat heute in Hannover der Presse die Ergebnisse einer Untersuchung zur Aussagefähigkeit von Statistiken in der DDR vor und nach der Maueröffnung vorgestellt. Die Studie untersucht vor allem die Statistikbereiche Produzierendes Gewerbe, Einzelhandel und Landwirtschaft, u. a. wurden hier in ausgewählten Unternehmen Interviews durchgeführt. Dabei wurden folgende Erkenntnisse gewonnen:

1. Einfluß der zentralen Planung auf die Ergebnisse
   Mit dem Ziel, die Planerfüllung zu erreichen, wurden gelegentlich geringfügige Veränderungen der statistischen „Ist“-Ergebnisse vorgenommen (z. B. Verschiebung der Fertigstellung von Erzeugnissen in andere Berichtszeiträume im Bereich der Industrie, vorübergehende Buchung von hochträchtigen Färsen als Milchvieh im Bereich der Landwirtschaft). Doch wurden in der Regel von den befragten Unternehmen zum Nachweis der Planerfüllung die Planvorgaben der tatsächlichen Entwicklung angepaßt. Das „Ist“-Ergebnis wurde streng kontrolliert und war weitestgehend richtig.
2. „Meldemoral“ und Aufzeichnungen in den Unternehmen
   Der Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft hatte nur geringen Einfluß auf das Auskunftsverhalten. Zwar nahmen zunächst manche Unternehmen an, im neuen Wirtschaftssystem seien nur noch ganz wenige statistische Meldungen erforderlich oder vermuteten, die Auskunft sei von nun an freiwillig, doch mit

Informationsmaßnahmen und der Unterstützung der unternehmensnahen Statistischen Kreisämter konnten dennoch vollständige Meldungen gewährleistet werden.

3. Einfluß von Veränderungen der Berichtskreise und -wege der Statistik
   Seit der Maueröffnung hat es zwar deutliche Veränderungen bei den auskunftgebenden Unternehmen (Berichtskreise) und bei den Berichtswegen der Statistik gegeben, die Statistischen Ämter waren jedoch in der Lage, z. B. bei Unternehmensaufteilungen auch die neuen Teile zu befragen. Bei Neugründungen kann es jedoch - insbesondere im Einzelhandel - zu Untererfassungen gekommen sein. Dabei hat es sich dann aber in aller Regel um kleinere Einheiten gehandelt, die das Gesamtergebnis nur wenig beeinträchtigen.

Egon Hölder, der Präsident des Statistischen Bundesamtes, betonte in seinen Ausführungen, daß die von Statistikern ermittelten Zahlen nicht mit den in der früheren DDR veröffentlichten statistischen Ergebnissen gleichzusetzen seien. Die Statistik habe weitestgehend die Wirklichkeit beschrieben, die Statistiker jedoch hätten nicht das Recht zur Veröffentlichung gehabt. Statistik als „Zuarbeit für Politiker“ wurde in der Interpretation, in der Nicht-Veröffentlichung und in der Weglassung einzelner Zahlen bei der öffentlichen Darstellung häufig zur Wahrung des „schönen Scheins“ des Sozialismus eingesetzt. So wurden Selbstmordzahlen, die vorlagen, ebensowenig veröffentlicht wie „Fortzüge“ aus der DDR. Allerdings wurde die Statistik als Beschreibung der Wirklichkeit auch genutzt, um die Planvorhaben realistisch festzusetzen.

DDR-Statistik als Schein und Wirklichkeit muß heute zur Beschreibung langfristiger Entwicklungen über den 3. Oktober 1990 zurück von Fall zu Fall sorgfältig geprüft werden“.

Strohe, H.G. [39]

Statistik im DDR-Wirtschaftsstudium zwischen Ideologie und Wissenschaft

„Schlußfolgerungen

Einheitspartei und Regierung der DDR sahen in der Statistik vorwiegend ein Propagandainstrument, das sie in diesem Sinne in der Lehre zu fördern suchten. Gebremst wurden sie dort, wo sie sich durch objektive Methoden unabhängig oder unüberschaubar machte, dort wo sie durch Datenanalyse die Lage in der DDR-Wirtschaft transparent machen konnte. Die statistische Hochschulforschung in Gestalt von Diplomarbeiten und Dissertationen reichte von mehrheitlichem Wiederbeten und statistischen Interpretationen der Parteiprogramme bis hin zu niveauvoller Nischenforschung vor allem im methodologischen Bereich.

In der DDR war also trotz erheblicher Behinderung eine qualitätvolle Lehre und Forschung im Fach Statistik an den wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen möglich.“

Thalheim, K. C. [40]

Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in

Deutschland

„I. Aufgaben, Methodik und Quellenlage

Eine Gegenüberstellung von Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in beiden Staaten in Deutschland bedarf keiner besonderen Begründung, hatten sie doch seit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis 1945 eine gemeinsame Geschichte, ihre kulturelle Entwicklung baut auf einem gemeinsamen Kulturerbe auf, und ihre wirtschaftliche Verflechtung war seit dem Deutschen Zollverein von 1834 und der Reichsgründung von 1871 sehr eng geworden. Sowohl das politische System als auch die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in beiden Staaten haben sich allerdings seit 1945 sehr unterschiedlich entwickelt. Andererseits gibt es jedoch auch Gemeinsamkeiten, die - unabhängig von Staats- und Wirtschaftsordnung - für alle entwickelten Industriegesellschaften gelten; und zu diesen gehören sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR.

Das vorliegende Heft erhebt nicht den Anspruch, die Gesamtheit dieser Unterschiede und Gemeinsamkeiten darzustellen. Es beschränkt sich auf die Wirtschaft und auch in diesem Rahmen auf diejenigen Bereiche, die quantitativ, also zahlenmäßig, erfaßbar sind und bei denen Methodik und Quellenlage einen einigermaßen zuverlässigen Vergleich zwischen beiden deutschen Staaten gestatten.

Damit ist freilich schon eine verhältnismäßig enge Grenze für die möglichen Vergleiche gezogen, der Benutzer dieses Heftes möge sich daher nicht wundern, wenn wichtige Bereiche und Fragestellungen nicht auftauchen, weil die verfügbaren statistischen Publikationen dafür kein Material enthalten. Generell ist dazu festzustellen, daß die Statistik der Bundesrepublik Deutschland sehr viel publikationsfreudiger ist als die der DDR. Beide Staaten veröffentlichen ein Statistisches Jahrbuch; doch zeigt schon der Umfang, daß in dem Jahrbuch der Bundesrepublik wesentlich mehr zu finden ist als in dem Jahrbuch der DDR. So umfaßt der Jahrgang 1987 des DDR-Jahrbuches (einschließlich des Internationalen Teils und des Sachregisters) 535 Seiten, der des Jahrbuches der Bundesrepublik 772 Seiten (in wesentlich größerem Format). Die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR herausgegebene Zeitschrift „Statistische Praxis“ brachte in ihrer Rubrik „Statistische Monatszahlen“ nur eine begrenzte Auswahl laufender statistischer Angaben; aber auch diese stehen nicht mehr zu Verfügung, da die „Statistische Praxis“ im März 1979 plötzlich ohne Begründung eingestellt wurde. Die offiziöse Zeitschrift Die Wirtschaft“, früher wöchentlich, wurde zunächst in eine Monatszeitschrift umgewandelt und in ihrem Inhalt stark eingeschränkt, dann ebenfalls im März 1983 eingestellt. Dagegen bringt die monatlich erscheinende Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden „Wirtschaft und Statistik“ regelmäßig eine Fülle aktueller statistischer Ergebnisse, sie werden ergänzt durch 19 von dem gleichen Bundesamt herausgegebenen Fachserien über Spezialbereiche sowie durch Sonderveröffentlichungen.

Gebiete, auf denen die veröffentlichte Statistik der DDR besonders lückenhaft ist, sind die Einkommensverhältnisse, die Öffentlichen Finanzen und der Außenhandel. Die veröffentlichte Außenhandelsstatistik der DDR ist weit unvollständiger als die der meisten anderen Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), der Spitzenorganisation des wirtschaftlichen Ostblocks1. Sie wurde sogar seit 1975 für mehrere Jahre noch eingeschränkt, indem die regionale Aufgliederung nur noch für den Außenhandelsumsatz im ganzen, nicht mehr getrennt nach Ausfuhr und Einfuhr, publiziert wurde. Das war eine ausdrückliche Verfehlung gegen die auch von der DDR unterzeichnete Schlußakte der KSZE-Konferenz in Helsinki (August 1975). Die Fachzeitschrift

„Sozialistische Außenwirtschaft“ wurde Mitte 1973 eingestellt. Keinerlei Angaben bringt die veröffentlichte Statistik über die Zahlungsbilanz der DDR. Wie spärlich die Angaben über die Öffentlichen Finanzen sind, ergibt sich z. B. daraus, daß ihnen (einschl. Sozialversicherung) im Jahrbuch 1987 nicht mehr als 7 Seiten gewidmet sind, im Jahrbuch 1987 der Bundesrepublik dagegen 38 Seiten (ohne Sozialversicherung).

Die publizierte Statistik der DDR beschränkte sich im wesentlichen auf die genannten Veröffentlichungen2; das „Statistische Jahrbuch der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft“ sowie die statistischen Jahrbücher der Bezirke wurden noch nie in den Westen ausgeliefert, werden beide allerdings auch im DDR-Buchhandel nicht vertrieben. In der Bundesrepublik werden dagegen die Publikationen des Statistischen Bundesamtes durch eine Fülle anderer offizieller und privater Veröffentlichungen ergänzt.3

Andererseits stehen den leitenden Organen der Wirtschaftspolitik in einer zentral geplanten und gelenkten Wirtschaft auch statistische Daten zur Verfügung, die in einer Marktwirtschaft nicht oder viel schwerer zu erhalten sind, und sie werden dann auch veröffentlicht, wenn man nicht glaubt, mit ihnen dem „Klassenfeind“ nützliche Informationen zu geben. So findet man z. B. im Statistischen Jahrbuch der DDR mehr und genauere Angaben über den Material- und Energieverbrauch, den Einzelhandelsumsatz und manches andere mehr. Im ganzen ist jedoch festzustellen, daß ein nicht eben geringer Teil der mit Sicherheit bei der Zentrale vorhandenen statistischen Informationen aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht wird oder aber, daß bewußt eine Form der Publizierung gewählt wird, die Vergleiche erschwert oder unmöglich macht.

Hinzu kommen die Wirkungen, die sich aus dem Unterschied der Wirtschaftssysteme ergeben. Das fängt bei einer für die Analyse der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung so wichtigen Größe wie dem Sozialprodukt an, d. h. dem Geldwert aller Güter und Leistungen, die in einer Volkswirtschaft in einer Periode erstellt werden (vgl. dazu IV.4). Nach westlichem Konzept gehören dazu auch alle Dienstleistungen, d. h. die Leistungen des sog. „tertiären Sektors“; das östliche Konzept des „produzierten Nationaleinkommens“ schließt dagegen einen großen Teil der Dienstleistungen aus. Will man die Sozialprodukte der Bundesrepublik und der DDR, ihre Entwicklung und damit auch die Wachstumsgeschwindigkeit beider Wirtschaften vergleichen, so muß man zu den offiziellen Angaben über das „produzierte Nationaleinkommen“ der DDR die fehlenden Teile des Sozialprodukts nach westlichem Konzept hinzufügen, was mangels entsprechender statistischer Informationen in nicht geringem Umfang Schätzungen nötig macht.

Eine weitere erhebliche Schwierigkeit ergibt sich aus den Unterschieden der Preisbildung; denn viele wirtschaftliche und soziale Tatbestände und Entwicklungen lassen sich nur in Geldwerten, d. h. also auf der Basis von Preisen feststellen. Preise entstehen in der Bundesrepublik überwiegend- wenn auch in gewissem Umfange durch wirtschaftspolitische Eingriffe beeinflußt - aufgrund des Marktverhältnisses von Angebot und Nachfrage; in der DDR dagegen werden sie überwiegend administrativ festgesetzt. Hierzu können sich erhebliche Unterschiede der Preisrelationen ergeben (Preisverzerrungen); diese können z. B. das Verhältnis der Produktionswerte der verschiedenen Industriebereiche wesentlich beeinflussen, wenn, wie das in der DDR lange Zeit der Fall war, Preise für Energie, Grundstoffe und Produktionsmittel im Verhältnis zu den Preisen der Verbrauchsgüter zu niedrig gehalten werden. Für den Vergleich von in Geldwerten ausgedrückten Zeitreihen, wie etwa der Entwicklung der Lohneinkommen, sind die Veränderungen der inneren Kaufkraft des Geldes von größter Bedeutung. Sie waren lange Zeit in der Bundesrepublik weit größer als in der DDR, denn diese versuchte, die Verbraucherpreise stabil zu halten. Das ist jedoch

nie vollständig gelungen, auch wenn das offiziell behauptet wurde. Besonders seit 1980 hat die Preispolitik der DDR den Kostensteigerungen, die vor allem durch die Verteuerung vieler Rohstoffe, besonders des Erdöls, entstanden sind, durch Preiserhöhungen in weiten Bereichen Rechnung tragen müssen. Immerhin werden die Einzelhandelspreise für Güter und Leistungen des Existenzbedarfs nach wie vor ziemlich stabil gehalten, was allerdings nur durch ständig steigende Preissubventionen aus dem Staatshaushalt möglich ist. Sicherlich war in den letzten zwei Jahrzehnten der Kaufkraftverlust der DM der Bundesrepublik erheblich größer als die faktische Verringerung der Kaufkraft der Mark der DDR. Das muß natürlich voll berücksichtigt werden, wenn man die Entwicklung der Reallöhne in beiden deutschen Staaten vergleicht; es gilt aber auch für viele andere in Geldform ausgedrückte statistische Größen (vgl. dazu XI. t. und X1.5.)

Ein besonderes Wort muß hier noch zur Indexberechnung gesagt werden, da diese in der Wirtschaftsstatistik und damit auch für den in diesem Heft angestrebten Vergleich von großer Bedeutung ist. Indexziffern sind Meßziffern; sie kommen dadurch zustande, daß der Wert bzw. die Menge einer bestimmten Größe in einem Basisjahr gleich 100 gesetzt wird, die in folgenden Perioden eintretenden Veränderungen des Wertes bzw. der Menge prozentual errechnet werden und die Meßgröße entsprechend variiert wird. Wenn z. B. im Basisjahr die Produktion einer bestimmter Ware 20 000 Einheiten beträgt und sie im nächsten Jahre auf 24 600 anwächst, so steigt der Produktionsindex um 23 % auf 123. Die Indexberechnung ist relativ problemlos, wenn damit die Veränderung unmittelbar meßbarer Quantitäten gemessen werden soll (z B. ein Index für die Entwicklung der Kohlenproduktion in t); sie wird erheblich schwieriger, wenn es sich, was der viel häufigere Fall ist, um in Geld ausgedrückte Entwicklungsreihen handelt. Denn dabei müssen die Veränderungen des Geldwertes berücksichtigt. d. h. es müssen, damit man die realen Veränderungen ermitteln kann, die Nominalzahlen „deflationiert“, also von den Wirkungen einer Kaufkraftverschlechterung des Geldes bereinigt werden.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß einige DDR-Indizes aus den 50er Jahren, besonders der Index der Industrieproduktion, überhöht waren, wobei dahingestellt sei, ob das gewollt oder unbeabsichtigt war. Das Wachstum der DDR-Wirtschaft erschien dadurch übersteigert. Rechnet man nun mit einem solchen Index weiter, so vergrößert sich die Differenz zur Realität immer mehr. Jedoch ist die DDR-Statistik schon seit längerem dazu übergegangen, für die weitere Indexberechnung neue, spätere Basisjahre zu wählen. Der Verfasser ist bestrebt gewesen, für den Vergleich nur solche Indizes zu wählen, bei denen die Fehlermöglichkeit sich in vertretbaren Grenzen hält.

Das angeschnittene Problem der Richtigkeit von Indexberechnungen ist aus folgendem Grunde besonders wichtig: die DDR-Führung hält unverändert an der These fest, daß das in der DDR nach sowjetischem Vorbild geschaffene „sozialistische“ Wirtschaftssystem mit weitgehend zentraler Planung und Lenkung aller wirtschaftlichen Vorgänge dem „kapitalistischen“ System, d. h. einer unternehmerischen Marktwirtschaft, überlegen sei. Diese These bezieht sich keineswegs nur auf qualitative Momente, wie sie in dem vieldeutigen Begriff der „Lebensqualität“ zum Ausdruck kommen, auch keineswegs nur auf die soziale Lage der unselbständig Arbeitenden, sondern ebenso auch auf quantitative Entwicklungen, wie das Wachstumstempo der Wirtschaft und die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die umfangreichen statistischen Vergleiche, die in diesem Heft angestellt werden, bestätigen diese Überlegenheitsthese der DDR-Führung nicht. Der Versuch, die Ergebnisse zusammenfassend zu würdigen, wird im Schlußkapitel unternommen.“

Wettig, G. [41]

Niedergang, Krise und Zusammenbruch der DDR

„Der allmähliche ökonomische Zusammenbruch unter der Parole einer „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ blieb den fachlich Verantwortlichen in Ost-Berlin nicht verborgen. Fast vom allerersten Augenblick an wurde das Desaster diagnostiziert und in seinem Verlauf vorausgesagt. Honecker reagierte darauf, indem er die ihm unangenehmen Fakten einfach ignorierte.“

Winkler, 0. W. [42]

Unterschiedliche Ansätze zur Wirtschafts- und Sozialstatistik in Ost und West

„Diese Fusion von Statistik mit Buchhaltung (Rechnungsführung und Statistik d. Verf.) ist einzigartig, und dem Denken amerikanischer Statistiker völlig fremd. Denn amerikanische Betriebs-, Wirtschafts- und Sozialstatistiker haben noch nicht die zahlreichen und erstaunlichen Gemeinsamkeiten zwischen Buchhaltung und Statistik erkannt, die unabhängig davon sind, daß in der Planwirtschaft der DDR zwangsläufig die Buchhaltung im Vordergrund stehen mußte.

Für amerikanische Statistiker wird die Theorie der Stichproben und der statistischen Inferenz die theoretische Grundlage und die eigentliche Theorie der Statistik.

Als unmittelbare Folge davon können amerikanische Statistiker nicht begreifen, daß die Statistik und die Betriebsbuchführung ... viele Konzepte und Aufgabenfelder gemeinsam haben. Man muß es der ostdeutschen Statistik als besonderes Verdienst anrechnen, diese innere Beziehung zwischen Statistik und Buchführung anerkannt zu haben. Es ist dies ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine breiter angelegte, alle Phasen der tatsächlichen statistischen Erhebungsarbeit umfassenden Theorie der Wirtschaftsund Gesellschaftsstatistik.“

Wissenschaftsrat [43]

Stellungnahme

„Nur in den formalen Hilfswissenschaften (Statistik, Operation Research, mathematische Methoden) entsprechen die Lehrinhalte in etwa denjenigen westdeutscher Hochschulen.

An den Instituten der Akademie, des Ministerrates und der SED wurde wirtschaftswissenschaftliche Forschung in der Regel als orientierte Forschung mit Projektvorgaben durch Kombinate bei öffentlichen Institutionen betrieben. Die Ergebnisse wurden häufig wegen ihrer wirtschafts- bzw. unternehmenspolitischen Sensibilität nicht veröffentlicht.“

Zimmermann, B. / Schütt, H.-D. (Herausgeber) [44]

Zahlen lügen nicht

„Der Chefstatistiker der DDR ist ein trauriger Mensch. Zur Zeit des Interviews weiß er bereits, daß seine Arbeitstage gezählt sind. Abwicklung. Arno Donda ist von einer zutiefst gutmütigen Besonnenheit. Sie läßt ahnen, was er durchmachen mußte, wenn die Partei mit so vielen Materialien seines Amtes genauso verfuhr, wie es Churchill einst praktizierte. Nur jenen Statistiken zu vertrauen, die man selbst gefälscht hatte. Er hofft darauf, daß auch die Erfahrungen seines Amtes wieder genutzt werden, dann, „wenn in westlichem Denken das DDR-Syndrom weicht". Fast mit ein wenig diebischer Vorfreude sagt er's, aber doch, wie einer, der schon aus der Vergessenheit heraus das Wort nimmt. Als wir uns verabschieden, gibt er uns fast trotzig seine Privatadresse, und sein Mitarbeiter sagt. „Wie soll er überstehen, wenn man, ihm die Arbeit nimmt."

Frage: Wie sahen Ihr Arbeitstag bzw. Ihre Arbeitswoche aus?

Prof. Dr. Arno Donda: Der Arbeitstag war intensiv: täglich etwa zwölf Stunden reine Arbeitszeit, sonnabends und sonntags insgesamt auch etwa zwölf Stunden. Ein Großteil des Urlaubs ging ebenfalls drauf. Den Rhythmus der Woche bestimmten innere Zwänge, also viele Besprechungen und Sitzungen. Das hing zusammen mit dem Turnus des Erhebungssystems und der Informationspflicht in der DDR. So waren die Monatsbeginne stets völlig blockiert für die Ausarbeitung der monatlichen statistischen Berichte, die jeweils etwa 200 Seiten umfaßten. Sie wurden regelmäßig, mit den entsprechenden Mitarbeitern, die für die einzelnen Teile zuständig waren, an meinem Tisch durchgearbeitet.

Mindestens einmal im Monat fuhr ich in einen Bezirk, öfter unangekündigt. Dafür war ebenfalls Vorbereitungszeit nötig. Hinzu kamen zahlreiche Beratungen; fixe Punkte waren zum Beispiel die Sitzungen des Ministerrates alle vierzehn Tage; statistische Fragen, soziale und ökonomische Informationen aus unserer Arbeit, spielten ja fast bei jedem dort zu behandelnden Problem eine Rolle.

Eine Weile mußte ich kürzer treten: 1986 hatte ich einen schweren Herzinfarkt mit anschließender Herzoperation und drei By-Pässen. Mit acht Stunden pro Tag habe ich die Arbeit dann wieder langsam aufgenommen. Jetzt, wenn ich Ihre Frage beantworte, kommt mir in den Sinn, daß ich mir über meine Arbeitszeit oder die Tatsache, warum ich nach meiner Krankheit möglichst schnell wieder an die Arbeit ging, bisher kaum Gedanken gemacht habe. Sicher muß man da gleich Zweifel anmelden, ob das immer gut war, aber ich war, so seltsam das für Außenstehende klingen mag, von der Aufgabe beseelt, gute Statistik zu machen. Mein Beruf ist mein Leben, und unter guter Statistik verstehe ich, ohne fremden Einfluß die Wahrheit zu dokumentieren - für die Lösung wichtiger wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und politischer Fragen.

Frage: Wie oft trafen Sie Ihren unmittelbaren Vorgesetzten? Wer war das, und was wurde besprochen?

Prof. Dr. Arno Donda: Von der Regierung war der Ministerpräsident, also Willi Stoph, mein unmittelbarer Vorgesetzter. Gespräche unter vier oder sechs Augen gab es höchstens zweimal im Jahr. Auf Besprechungen in größerem Kreis hatte ich so zwei- bis dreimal im Monat

Kontakt zu ihm.

Von seiten der Parteiführung übte auf meine Arbeit in zunehmendem Maße - in den 80er Jahren vor allem - der Wirtschaftssekretär, Dr. Günter Mittag, einen sehr starken Einfluß aus. Alles, was für die Publikation vorgesehen war, mußte ich ihm vorlegen. Auch ins Berichtswesen hat sich Mittag eingemischt. Bei allem, was an Informationen und Analysen weitergegeben werden sollte, wohin auch immer, und sei es auch nur innerhalb des Ministerrates und des Apparates des ZK - von ihm wurde das Verteilersystem bestätigt; die wichtigsten Dinge gab er allein frei. So wurde auch die Wissenschaft völlig unzureichend mit statistischen Informationen versorgt. Ich hatte wenig unmittelbaren Kontakt zu Dr. Mittag; das Telefon und sein großer Mitarbeiterstab bestimmten die Kommunikation. Miteinander gesprochen, wenn es um die Leitung „nach oben" ging, wurde wenig. Es wurde knapp angewiesen, abgelehnt, bestätigt.

Unablässige Kontrolle war wohl Mittags Haupttätigkeit. Von seinem Schreibtisch aus hatte er in einem harten, zähen Regime überall hin die Fäden gezogen. Deshalb war er sehr wenig unterwegs; und selbst wenn er mal auf einer Reise mit Erich Honecker unterwegs war - Mittag beschäftigte Sonderflug- und -fahrzeuge mit Postsendungen und sonstigen Papieren für Abstimmungen und Entscheidungen, Freigabe von Materialien u.a. Ebenso regierte er vom Krankenhaus aus.

Übrigens war er aber der einzige, der derart rigide, rücksichtslos in unsere Arbeit eingriff. Staatlicherseits, etwa von Stoph, unterblieb jegliche bevormundende Kontrolle oder Mißachtung und jeder Mißbrauch unserer Zahlen. Dasselbe gilt für seine 1. Stellvertreter Alfred Neumann, Werner Krolikowski und Günther Kleiber.

Frage: Hatten Sie das Gefühl, bei Ihrer Arbeit einen bestimmten Gestaltungsspielraum zu besitzen? Wenn ja, wo sahen Sie ihn?

Prof. Dr. Arno Donda: Auf der einen Seite hatten wir sehr große Freiräume, etwa bei der Gestaltung dessen, was wir damals System von Rechnungsführung und Statistik nannten, also: wie, von den Betrieben angefangen, vom Arbeitsplatz und jeder Betriebsabteilung, EDV-gestützt, welche statistischen Materialien, zu erarbeiten sind. Hier konnten wir uns, auch in kreativer Kooperation mit der Wissenschaft, frei bewegen und im Rahmen des Finanzierbaren einiges Neue durch- und umsetzen. So haben wir ein flächendeckendes System von statistischen Datenbanken auf der Basis der EDV aufgebaut und begonnen, den Fragebogen abzuschaffen. Gänzlich eingeschränkt war dagegen in den 80er Jahren (offensichtlich im Zusammenhang mit den wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten) der Spielraum bei den Veröffentlichungen unseres Amtes. Es kam vor, daß ein Halbjahresbericht, der in der Tagespresse veröffentlicht wurde, im Entwurf zwar bei uns entstanden war, dann aber eine lange Prozedur der Abstimmungen mit staatlichen Stellen und allen Abteilungen des Zentralkomitees durchlief, bis zum Politbüro hin, und daß im Ergebnis dessen fast alle kritischen Passagen rausflogen. Die Präambel wurde ohnehin nie von uns verfaßt, sondern von Mitarbeitern des Zentralkomitees. Der Inhalt, den wir geliefert haben, wurde von Runde zu Runde entschärft; alarmierende Zahlen, Hinweise auf disproportionale Entwicklungen weitgehend getilgt. Einmal wurde der Bericht, nachdem er vom Politbüro und Ministerrat gebilligt worden war, noch nachträglich von Mittag geändert. Darüber informierte uns, in der Nacht vor der Veröffentlichung, ein Mitarbeiter des Presseamtes, mit der geradezu flehentlichen Bitte, ihn nicht zu verraten. Sie sehen, eine Atmosphäre des Mißtrauens, der falschen Heimlichkeiten, auch der Angst, auf keinen Fall aber der kämpferischen Ehrlichkeit.

Allein schon, wer den monatlichen internen statistischen Bericht ausgehändigt bekam, wurde in den 80er Jahren von außen festgelegt. Von G.M. natürlich! Seine Mitarbeiter gingen den Bericht noch einmal durch. Es gab sogar Vorabinformationen aus Mittags Büro an Honecker, so nach dem Prinzip: Wir sind sowieso schneller als diese lahmen Statistiker, denen muß man ohnehin mißtrauen, die verstehen nichts von Politik.

Derartige Eingriffe gab es auf den verschiedensten Gebieten. Ich denke zum Beispiel an das Thema Industrieroboter. Es war beschlossen worden, sie massenhaft einzusetzen. Wir wurden aus diesem Grunde zu einer Definition des Industrieroboters gezwungen, die lächerlich war. Danach konnte quasi jede Melkmaschine als solch ein Roboter gewertet und also auch gezählt werden. Wir haben nachweisbar eine Definition angeboten, die sich strikt anlehnte an UNO-Kriterien. Mit Müh und Not konnten wir erreichen, daß wenigstens für die interne Arbeit eine diesem Vorschlag gemäße Kennziffer erfaßt und verwendet werden konnte. Aber auch da wurde strikt von Mittag angewiesen, wer diese Kennziffer erhalten durfte. Das waren drei oder vier Personen; für die Öffentlichkeit waren diese internen Aussagen tabu, und Öffentlichkeit - das war in diesem Fall bereits der Ministerrat! Das war übrigens die Hauptmethode des dirigistischen Eingreifers in die Statistik; die Festlegung und Veränderung von Definitionen mit oder ohne Beschluß, so zum Beispiel, was eine Neubauwohnung oder was industrielle Warenproduktion in einem bestimmten Kombinat ist. Sehr oft wurde dabei das Statistische Amt vor vollendete Tatsachen gestellt.

Oder ein anderes Beispiel: Ab Mitte der 70er Jahre durfte ich nicht mehr in der Öffentlichkeit auftreten. Und eines Tages erhielten wir einen Anruf aus dem Zentralkomitee; unsere Zeitschrift „Statistische Praxis“, herausgegeben laut beschlossenem Statut, würde künftig nicht mehr erscheinen. Zentrale Anweisung von Günter Mittag! Inoffiziell sickerte durch, daß ihm die Veröffentlichung bestimmter Zahlen nicht paßte. Offizieller Grund war: Notwendige Papiereinsparung.

Typisch auch an diesem Fall: Die Zeitschrift war erschienen aufgrund eines Beschlusses des Ministerrates; ich habe aber nicht von einem Beschluß erfahren, der auch die Einstellung dieser Publikation auswies. Meine Intervention war ergebnislos. Statt dessen dirigistisches, subjektivistisches, ungesetzliches Verhalten - und am Ende freilich wieder die unausweichliche Frage, warum ich mir dies habe gefallen lassen, warum ich solcherart Anmaßung hingenommen und damit gedeckt habe.

Bei dieser Gelegenheit will ich darauf hinweisen, daß der monatliche statistische Bericht über die Planerfüllung, wie er in der Tagespresse erschien, nicht auf unseren Tischen entstand. Wir lieferten zwar korrekte Zahlen, aber dann sahen wir nur das fertige Produkt in der Zeitung, welches wenig mit dem Charakter unserer Ausgangsmaterialien zu tun hatte. Die textliche Auswahl, die Akzentuierungen, die dazugelieferten Interpretationen und aufgemachten Zusammenhänge wurden wieder bei Mittag vorgenommen. Kennzeichnend war, daß Planwidrigkeiten weggelassen oder mit Sätzen wie „alle Betriebe müssen künftig mit Gewinn arbeiten“ vernebelt wurden. Das unreale Bild der Lage wurde zum Prinzip, die Nichtvergleichbarkeit der aufgeführten Dinge machte diese Art von Statistik undurchschaubar und unbrauchbar; unbrauchbar eben letztlich für die politische Motivation der Menschen, weiter an diesen Sozialismus zu glauben. Es ist bitter, nach Gestaltungsräumen gefragt zu werden und sehr lange über zunehmend beschnittene Räume reden zu müssen. Da stehen der Sinn der Arbeit, das Verhältnis von Aufwand und Nutzen zur Diskussion. Aber es wäre auch falsch, entstünde der Eindruck eines unbefriedigten, ja unglücklichen Arbeitslebens. Wir haben eine Menge erreicht, und Widrigkeiten waren immer wieder der Anlaß, sich zu sagen: Bloß nicht aufgeben!.

Frage: Woran maßen Sie den Erfolg Ihrer Arbeit? Wofür wurden Sie gelobt, wofür kritisiert und von wem? Durften Sie Kritik gegenüber Ihrem Vorgesetzten anbringen?

Prof. Dr. Arno Donda: Lassen Sie mich noch einmal sagen: Ich bin ein Statistiker aus Leidenschaft. Eine Hauptquelle der Statistik ist ja die deutsche Universitätsstatistik, deren Anfänge auf das 17. Jahrhundert zurückgehen. Sie verstand sich als 'Staatenbeschreibung, Darstellung und Kennzeichnung". Ich denke in diesem Zusammenhang immer an das berühmte Wort von Goethe an Eckermann, wonach „man sagt, daß Zahlen nicht die Welt regieren, eines weiß ich aber mit Sicherheit, daß Zahlen zeigen, wie die Welt regiert wird". Und so messe ich den Erfolg meiner Arbeit stets daran, wie es auch mittels der Statistik gelingt, Menschen zu helfen, sich im Leben zurechtzufinden, nicht nur Worten zu glauben, sondern auch Fakten zu erkennen und zu beurteilen. In diesem Zusammenhang ist auch durchaus von Stärken der DDR-Statistik zu sprechen. Nach der Gesetzgebung der damaligen BRD undenkbar, hatten wir eine Statistik, bei der die volkswirtschaftliche Gesamtbilanz im wesentlichen basierte auf Mitteilungen den einzelnen Betriebe und Institutionen, deren Informationen dann zusammengefaßt wurden zum Ergebnis der gesamten Volkswirtschaft. Davon kann die BRD-Statistik nur träumen. Die Privatwirtschaft ist natürlich gegen derartige Angaben, da fiel sogar von seiten eines nichtamtlichen Statistikers das Wort vom „Teufelswerk".

Den Erfolg unserer Arbeit maß ich in der konkreten täglichen Arbeit immer daran, wie treffsicher unsere Voreinschätzungen waren, wie es uns zeitlich und auch quantitativ gelang, die angeforderten Informationen zu erstellen und die Aufbereitungszeiten zu verkürzen. Hauptkriterium war: Konnten wir das soziale und ökonomische Bild der Lage in der DDR real und erklärbar wiedergeben? Da muß ich sagen, ja, das konnten wir. Engste Kontakte mit Wissenschaftlern unseres Fachs bestätigten uns, es herrschte eine offene, problembewußte Atmosphäre. Auch die internationale Reputation war ein Ansporn, unsere Bemühungen im Lande selbst nicht abbrechen zu lassen, jegliche Unehrlichkeiten bei der Verwendung der Statistik zu monieren. Wenn ich auch sagen muß, daß eine allem übergeordnete Parteidisziplin tiefgreifende Kritik und damit viele Veränderungen blockierte.

Wenn über Erfolg geredet wird, bin ich mir natürlich sehr, sehr unsicher, welchen Nutzen unsere Statistik nun wirklich für die innere soziale und ökonomische Entwicklung hatte. Ich könnte Dutzende, Hunderte Beispiele anführen, daß auf unsere statistischen Informationen einschließlich Vorausschätzungen reagiert wurde, daß unsere Analysen Veränderungen auslösten. Aber dem steht - wir haben bereits darüber gesprochen - eine Menge ungelöster; unbefriedigender Dinge entgegen, die alles andere als ein Erfolgserlebnis bescherten. Ich denke da zum Beispiel an unsere Analysen zum Zurückbleiben der Infrastruktur, des Post- und Fernmeldewesens, des Verkehrswesens, der Zulieferindustrie - da führte kein Weg zur Verständigung, wir wurden stets durch Mittag bzw. in seinem Auftrag brüsk abgelehnt mit unserer „Nörgelei". Wir haben gegenüber Mittag und Stoph gefordert, an der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes beteiligt zu werden. Das wurde auch immer als zweckmäßig betrachtet, auch durch den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, aber nie praktiziert. Man ließ uns draußen.

Jedes Jahr hatten wir 300 Analysen (ohne die mannigfaltigen Analysen in den Bezirken und Kreisen) angefertigt, die Strukturprobleme und Fragen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses betrafen, dazu kamen gezielte Einzeldarstellungen zu bestimmten Themen - vieles davon wurde interpretiert als Gegenrechnung zur Politik der Partei und also unter den Tisch gekehrt.

Wir haben stets einen hartnäckigen Kampf um die Wahrhaftigkeit unserer Zahlen geführt. Durch unsere Mitarbeiter wurden jährlich mehrere Tausend Kontrollen in den Betrieben, Kombinaten usw. durchgeführt; rechnergestützt wurde eine engmaschige Plausibilitätskontrolle vorgenommen usw. Jährlich wurden durch uns rund 200 Ordnungsstrafverfahren durchgeführt, die auch renommierte Leute trafen. Insgesamt muß aber gesagt werden, daß die überwiegende Mehrzahl der Betriebsdirektoren und Hauptbuchhalter wahrheitsgemäße statistische Angaben lieferten.

Noch ein letztes Beispiel: Für den Staatshaushalt waren nicht wir zuständig, sondern das Ministerium für Finanzen. Richtige Zahlungsbilanzen haben wir also nie zu Gesicht bekommen. Aber meine Meinung war immer: Man kann keine umfassende statistische Einschätzung über den Zeitraum eines Jahres für einen Staat geben, wenn man nicht gleichzeitig sieht, wie hat sich die Auslandsschuld verändert. Aber meine Bitte, hinzugezogen zu werden, unsere Analysen und Zahlen einzubringen, wurde regelmäßig abgelehnt. Diese Problematik oblag einer Arbeitsgruppe, zuletzt unter Leitung des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, in der der Finanzminister, Schalck-Golodkowski, der Außenhandelsminister u.a. vertreten waren, wir aber nicht. Zwei- oder dreimal hatte ich einen Antrag gestellt, Mittag lehnte ihn ab, ohne ein erklärendes Wort.

Ja, so war das mit den Erfolgen. Und was das damit im Zusammenhang stehende Lob betrifft: Auf internationalem Parkett „traf“ es mich mehr und öfter als in der DDR selbst. Es erklärt sich aus dem bisher Angeführten. Einmal hat Willi Stoph Zufriedenheit mit der Statistik freilich sogar protokollieren lassen. Das las sich so: „In der Ministerratssitzung am 24.3.1971 wurde dem Genossen Professor Donda vom Vorsitzenden des Ministerrates, Genossen Stoph, der Dank für die Ausarbeitung eines qualifizierten Berichts über die Entwicklung des Nationaleinkommens in der DDR ausgesprochen. Dieser Bericht wurde als sehr gut eingeschätzt. In ihm wurde offen und ohne Rücksicht auf Personen die bestehende Lage und die sich daraus ergebenden Probleme dargestellt.“ Unterschrift des Leiters des Sektors Inspektion und Nomenklatur.

Auf einen Gedanken gebracht: In den Kreisen, in denen ich offiziell, beruflich verkehrte, galt die Devise: Wenn du nicht allzu stark kritisiert wirst, fasse dies als Lob auf. Auch das ist letztlich ein Zeichen von erlebter und erlittener Deformation. Auf ein Lob von Mittag waren wir verständlicherweise nie aus. Wir haben uns, so gut es ging, gegen Weisungen von ihm, die wir für falsch hielten, gewandt. Manchmal auch mit Erfolg.

Frage: Über wen bzw. über was übten Sie tatsächlich Macht aus?

Prof. Dr. Arno Donda: Wenn man eine Institution leitet, zu der viele 1 000 Menschen gehören, übt man logischerweise Macht aus. Aber die war vielfältig gebrochen, und darüber war ich nie böse. Natürlich hatte ich bestimmte Rechte bei der Durchsetzung des Systems unserer Statistik, des Berichtswesens sowie der Abfassung von Analysen. Letzten Endes trug ich ja auch die persönliche, unteilbare Verantwortung. Aber ich kann mich an keinen Fall entsinnen, bei dem ich etwa auf überwiegende Ablehnung meiner Mitarbeiter gestoßen wäre.

Meine Macht bestand in der Verantwortung und der Vollmacht, sie wahrzunehmen, und zwar bis zum letzten Komma. Aber zugleich war meine Arbeit doch auch verbunden mit unzweifelhafter Ohnmacht. Ich habe sie Ihnen zur Genüge beschrieben. Ich habe sie ertragen. Mehr Hartnäckigkeit wäre notwendig gewesen. Eine Erkenntnis am Ende des Weges.

Frage: Welche Kontakte hatten Sie außerhalb der Familie zum normalen Leben?

Prof. Dr. Arno Donda: Erstens würde ich Familie und normales Leben nicht trennen, Familie ist ein wichtiger Indikator für Alltagserfahrungen. Meine Frau und ich kauften in den Läden ein, die auch allen Menschen zugänglich waren. Aber ich halte natürlich die Zahl von Einkäufen in einer Kaufhalle nicht für das unbedingte Kriterium für Lebensnähe. Mein Arbeitspensum regelte meinen Alltag. Es war ein normales Leben, und ich glaubte, die Lage auf ökonomischem und sozialem Gebiet im Lande recht gut gekannt zu haben. Nicht durch ein Leben außerhalb der Arbeit; sondern in ihr.

Frage: Wurden Ihnen Privilegien eingeräumt, und nahmen Sie diese in Anspruch?

Prof. Dr. Arno Donda: 4 000 Mark Monatsgehalt (brutto) sah ich nicht als Privileg an. Ich hatte die Chance, bei operativer Änderung des Arbeitsplanes kurzfristig auch meinen Urlaubstermin zu ändern und einen Urlaubsplatz zu bekommen. Das sah ich als einen Vorzug an, vielen Menschen war diese Möglichkeit nicht gegeben. Ich hatte auch den Vorzug einer ausgezeichneten medizinischen Betreuung, sei es im Regierungskrankenhaus in Buch oder in der Charité. Wäre dies nicht so gewesen, wäre ich nach meinem Herzinfarkt nicht wieder an die Arbeit zurückgekehrt. Ich muß es der Einschätzung anderer überlassen, ob das alles, in Verbindung mit meiner Verantwortung und meinem Pensum, Privilegien sind.

Frage: Gab es bei Ihnen irgendwann die Erkenntnis, daß der Sozialismus in der DDR auch durch Austausch von Persönlichkeiten in der Führung der SED und mit Hilfe einer veränderten Politik nicht mehr zu retten war? Mit wem haben Sie darüber gesprochen?

Prof. Dr. Arno Donda: Ja, diese Erkenntnis hatte ich so um 1982/83 herum. Nach allen Unterlagen, die mir damals bekannt waren (einschließlich selbstgeschätzter Angaben über die Verschuldung), hätte es zu einem ökonomischen Einbruch kommen müssen. Aber durch den sogenannten Strauß-Kredit und die Folgekredite (der Strauß-Coup hatte ja Signalwirkungen auch auf die internationale Finanzwelt) wurde diese Sorge wieder erheblich überdeckt. Also zunächst dachte ich, die DDR wird zwar nicht wie eine faule Pflaume vom Baum fallen; aber es wird doch sicher, wenn auch langsam, zu Ende gehen. Und ich war erstaunt, daß der Fall nicht eintrat.

Daß die Probleme mit dem Austauschen von Führungspersonen zu lösen seien, habe ich eigentlich so richtig nie glauben können. Ein paar wenige Leute sind zwar Schuld an der Art und Weise, wie die DDR schließlich kaputtging; und als ehemaliges SED-Mitglied ist man automatisch einbezogen in eine Reihe von Dingen, für die man sich schämen muß. Dafür zum Beispiel, wie sich einige auf Staatskosten am Sozialismus versündigten. Das waren insgesamt sicher keine Größenordnungen, die nationalökonomisch ins Gewicht fielen - aber die moralische Verwerflichkeit bleibt als Schandfleck in der Geschichte. Wir waren schließlich unter anderen Vorzeichen angetreten als der Kapitalismus. Wer aber das Wort von der Gerechtigkeit auf seine Fahne schreibt, am allerliebsten mit Buchstaben, die weltweit zu sehen sein sollten - der muß schon selbst so handeln! Die Privilegienfrage hat freilich nichts damit zu tun, daß die DDR, vor allem aus ökonomischer Sicht, nicht überlebensfähig war. Dies wurde versucht, mit Ideologie zu kompensieren, damit wurde das Ideal selbst immer wieder in den aktuellen Tageskampf geführt, verschlissen und am Ende wurden die geistigen Grundlagen dieser politischen deutschen Alternative in Mißkredit gebracht.

Beschämend ist, daß viele hunderttausende aufrechte und bewußt arbeitende Menschen, darunter sehr viele ehemalige Mitglieder der SED und der FDJ, eine Katastrophe auf sich zukommen sahen, unzufrieden waren, aber wir alle nicht zusammengefunden haben, wir nicht

die Kraft zu wirklichen Umbrüchen hatten. Diese historische Chance haben wir vergeben. Das bleibt unverzeihlich. Die Mehrzahl der oben Genannten arbeitete nicht nur des Brotes willen, sondern sie wollten eine echte Alternative zum faschistischen Krieg und ein menschenwürdiges Leben. Die sozialistische Theorie versprach das überzeugend. Übrigens hielten es sogar renommierte bürgerliche Nationalökonomen, auch in den 60er Jahren, durchaus für möglich, daß die sozialistischen Länder die Kapitalisten auf ökonomischem und sozialem Gebiet überholen. (s.u.a. Henry Wallich: „The Cost of Freedom").

Aber die Marktwirtschaft hat die zentralistische Kommandowirtschaft vernichtend geschlagen. Natürlich habe ich auch mit Freunden gesprochen, aber im Hinterkopf hatte ich immer noch das unbesiegliche Fünkchen Hoffnung! Zudem ja auch politisch und wirtschaftlich tragende Kräfte der BRD offenkundig an der Existenz der DDR interessiert waren, sie als politisches, europäisches Konstrukt - zumindest zeitweilig - sogar objektiv stützten und stärkten, aus welchen Gründen auch immer.

Frage: Haben Sie manchmal mit dem Gedanken gespielt, Ihr Amt niederzulegen? Wenn ja, warum taten Sie es dann doch nicht?

Prof. Dr. Arno Donda: Schon Ende der 70er Jahre dachte ich daran, alles hinzuwerfen. Und zwar, als ich eines Tages, erst am Telefon, dann in einem kleinen Kreis seiner Mitarbeiter, von Günter Mittag beleidigend und verletzend, zudem noch ungerechtfertigt, kritisiert wurde. Nein, er beschimpfte mich auf gröblichste Weise, so, daß das Maß normalen menschlichen Umgangs bei weitem überschritten war. Der Situation lag ein Fehler im ZK-Apparat zugrunde. Mitarbeiter hatten Mittag eine Analyse übergeben, die ich für eine Beratung Honecker, Stoph u.a. angefertigt hatte, und irgend jemand hatte darauf geschrieben - sinngemäß: Das sieht der Donda für eine Veröffentlichung vor.

Das stimmte nicht, aber Mittag fiel daraufhin total aus der Rolle - mit Anschuldigungen, ich wolle wohl das Werk aller kaputtmachen, den Sozialismus sabotieren. Ich zeig' dir die gelbe Karte, schrie er, beim nächsten Mal fliegst du ganz 'raus, und, und, und ...

Diese Sache machte mir doch schwer zu schaffen. Sie wirft ein Licht auf einen bestimmten Umgangston in unserer ehemaligen Partei, einen Befehlston, der Menschen in Generäle und Soldaten einteilte, Widerspruch nicht duldete und die eigenen Genossen, auf deren Gehorsam und Duldsamkeit man bauen konnte, einschüchterte.

Zu einer Erklärung fühle ich mich noch verpflichtet. Im Interview gebrauchte ich öfter den Namen Dr. Mittag, aber nie als Synonym für ZK-Apparat, sondern ganz persönlich, denn ich habe selbst in Mittags eigenem Apparat kluge und integre Menschen kennengelernt, die uns - auch mich persönlich - deckten und uns halfen, Freiräume zu bewahren und Schlimmeres zu verhindern. Auch die Zusammenarbeit mit den leitenden Persönlichkeiten der Plankommission und mit den Ministern und ihren Staatssekretären war gut, in der Regel sogar ausgezeichnet. Es war unser Prinzip, daß wir bei der Ausarbeitung von Analysen jeweils die betreffenden Minister und ihre Staatssekretäre einluden, teilzunehmen. An der Ausarbeitung des internen Monatsberichtes nahm ständig ein Stellvertreter des Vorsitzenden der Plankommission, und zwar sehr nützlich und konstruktiv, teil.

Auch im Zusammenhang mit den angesprochenen Tendenzen in der DDR 1982/33 hatte ich wieder verstärkt Zweifel am Sinn meiner Arbeit und meiner Funktion. Aber schließlich siegte ein gewisser Opportunismus, in Verbindung mit einer letzten Endes gefährlichen Selbstberuhigung: Was soll denn werden, wenn ich meinen Posten hier verlasse? Wird ihn

nicht vielleicht jemand einnehmen, der willfähriger die Funktion ausüben wird? Ich hatte Sorge um den zwar eingeschränkten, aber doch vorhandenen Spielraum, innerhalb dessen wir eine anständige, ehrliche, nützliche Arbeit zu leisten versuchten. Man muß auch sehen, daß dieser Spielraum deshalb da war, weil ich durch internationale Reputation gewissermaßen ein wenig geschützt wurde.

Und noch etwas sehr Wichtiges: Ich habe mich im Kreis meiner vielen Mitarbeiter sehr wohlgefühlt, und dies nicht etwa beschränkt auf die erste und zweite Leitungsebene; nein, ich schließe da ausdrücklich alle Mitarbeiter ein, auch die an der Basis. Bei Entscheidungssituationen, wo es etwa um Aufhören oder Weitermachen geht, sind inhaltliche Fragen entscheidend, aber ebenso bedeutungsvoll ist das Klima, in dem man arbeitet. Auch die Geborgenheit bei einem Kollektiv kann bei allen Sorgen und Problemen ausschlaggebend sein, daß man trotz erheblicher Selbstzweifel „bei der Stange“ bleibt. Bei mir war das jedenfalls so. Den größten Teil meines Lebens habe ich in diesem Statistischen Amt verbracht, so etwas bindet.

Wäre da nicht so ein Grundgefühl von Vertrauen gewesen, hätten wir die Arbeit gar nicht mehr gemeinsam machen können, gerade auch zum Schluß, so um Anfang 1990 herum, als die Situation in der DDR immer komplizierter wurde. Es gab ja kaum mehr einen Apparat, der so flächendeckend wie wir arbeitete. Die Statistik wurde zur Feuerwehr. Denken Sie nur daran, daß wir die Last von vier Wahlen innerhalb nur weniger Monate entscheidend mitzutragen hatten - das ist fast schon reif fürs Guinness-Buch der Rekorde! Ganz abgesehen davon, daß durch die Mitarbeiter in den Kreis- und Bezirks- bzw. Landesämtern, in unseren Rechenbetrieben sowie in der Berliner Zentrale neben dieser historisch bedeutungsvollen Arbeit die laufende Statistik durchgeführt wurde. Das war nicht einfach, mußte doch die gesamte Statistik auf die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland umgestellt werden.

In diesem Zusammenhang, auch wenn es nicht zu der von Ihnen gestellten Frage gehört, aber weil ich gerade von Wahlen gesprochen habe. Die Daten der berüchtigten Kommunalwahlen im Jahre 1989 sind natürlich auch durch einen unserer Rechenbetriebe verarbeitet worden, aber erst auf zentraler Ebene. Das heißt: Es gab eine sogenannte zentrale Aufnahmegruppe, in der Mitarbeiter vom Staatsrat waren, und sie bekamen für jeden Kreis die Wahlbeteiligung und das vorläufige Endergebnis durchgesagt. Daraus wurden von unseren Rechnern die Gesamtzahlen ermittelt. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen Wahlfälschung gab es übrigens eine unpräzise Äußerung von Egon Krenz, die energischen Protest in unserem Rechenbetrieb auslöste. Krenz hatte gesagt, er hätte ja schließlich nur jene Zahlen nennen können, die aus dem Computer kämen. Das klang wie eine Entschuldigung für sich und eine Anschuldigung anderer. Eine Unterschriftenaktion wurde gestartet, und Egon Krenz entschuldigte sich daraufhin in einem Brief bei der Belegschaft.

Frage: Was war in Ihren Augen die größte Schwäche des untergegangenen Sozialismus?

Prof. Dr. Arno Donda: Ich bin mir darüber noch nicht endgültig im klaren. Aber wahrscheinlich sind einige Ausgangsthesen von Lenin falsch. Etwa die Aussage, daß sich die proletarische, die sozialistische Revolution dort entfalten kann und soll, wo sich die Widersprüche am stärksten aufgehäuft haben - selbst wenn es sich, wie eben bei der Sowjetunion, um eines der rückständigsten Länder handelt. Als falsch erwies sich auch, daß der Kapitalismus, wie er sich um die Jahrhundertwende darstellt, ein sterbendes, faulendes System sei. Übersehen wurde, daß dieses System (bei allem Einfluß des Sozialismus auf seine ungehemmte Existenzweise) doch über ungeahnte produktive Kräfte und Möglichkeiten der eigenen Entwicklung verfügt, und zwar aus sich heraus.

Wie gesagt: Der ökonomische Rückstand des Sozialismus konnte nie abgebaut werden, hinzu kam noch die ökonomisch verständliche Politik der nichtsozialistischen Länder, die etwa mit ihrem Technologieembargo einen Anschluß der DDR und der anderen Länder an wirkliches Weltniveau verhinderten. Da half auch angestrengteste Arbeit von Millionen Menschen nicht.

Das ist für mich die eigentliche Tragik: daß in diesem Untergang so unendlich viele Leute stecken, so unendlich viele Talente, Ideen, Mühen. Auf die Einwohnerzahl bezogen, hatte die DDR zum Beispiel mehr Forscher als die BRD. Aber je Erzeugnis waren es bedeutend weniger. Ausgereifte internationale Arbeitsteilung erbrachte eben weit größere Effekte als unser isoliertes Werkeln.

Aber wie schon gesagt: Wären intelligentere und gebildetere Leute an der Macht gewesen, so wäre, um es zuzuspitzen, der Untergang höchstens sanfter vonstatten gegangen; vielleicht wäre ein würdigerer Rückzug und Übergang in die andere Gesellschaftsordnung möglich gewesen. Vielleicht. Aber das ist inzwischen unproduktive Spekulation. Und alles andere ist Illusion!“

(Interview am 29. Oktober 1991, geführt von Brigitte Zimmermann und Hans-Dielen-Schutt)

Prof. Dr. Arno Donda, geboren am 28. April 1930. Lehre als Statistiker, dazwischen Abitur als Externer. Studium an der Hochschule für Ökonomie Berlin. Dort Assistent, Oberassistent, Dozent und Professor, Fachrichtungsleiter und Institutsdirektor, jeweils für Statistik. Schrieb seine Dissertation zum Thema Einzelhandelspreise und Lebenshaltungskosten. 1962 folgte die Habilitation. 1963 Berufung zum Leiter des Statistischen Amtes der DDR, früher Zentralverwaltung für Statistik. Mitglied der Ständigen Kommission des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe für Statistik. Mitglied des Internationalen Statistischen Instituts und der Union für das wissenschaftliche Studium der Bevölkerung. Mitglied im Büro und zeitweilig Präsident der Konferenz Europäischer Statistiker, der ECE. Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR. Vaterländischer Verdienstorden in Silber 1969. Bis Ende 1991 Präsident des Gemeinsamen Statistischen Amtes der neuen Bundesländer.

Quellennachweis der Zusammenstellung

[1] **Forum der Bundesstatistik**, Band 22 herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Stuttgart 1993, Seite 244

[2] **Neues Deutschland**, Berlin vom 22.8.1997, Seite 6

[3] **Neues Deutschland**, Berlin vom 20.2.1998, Seite 19

[4] **Das Parlament** 43/1992, Seite 12

[5] Kuhrt, E./Ruck, H.F./Holzweißig, G.
Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren Leske + Budrich, Opladen 1996, Seite 67

[6] **[5] a.a.O., Seite 226**

[7] **Vorträge vor dem Statistischen Beirat des Statistischen Bundesamtes anläßlich seiner 37. Tagung am 3. Juli 1990 in Berlin**
Sonderdruck Wirtschaft und Statistik 8/1990, Seite 1

[8] **Manuskript eines Vortrages, gehalten in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät e.V. in Berlin**,
am 16.11.1995

[9] **1. Bericht der Enquete-Kommission vom 31.05.94**
Drucksache 12/7820 Deutscher Bundestag, Seite 38/39

2. Anhörung
Das Parlament vom 28.3.1997, Seite 2

[10] **Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik** Bd. (Vol) 215/6 Stuttgart 1996, Seite 597

[11] **[7] a.a.O., Seite 5**

[12] **Allgemeines Statistisches Archiv**, 76. Band, 1992, Seite 73

[13] **Historial Social Research**
Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln Sonderheft Vol 22 (1997) 3/4, Seite 305

[14] **Allgemeines Statistisches Archiv**, 76. Band, 1992, Seite 73

[15] **[12] a.a.O., Seite 175**

[16] **[5] a.a.O., Seite 7**

[17] **Ullstein Berlin**. Frankfurt/Main 1992, Seite 422, 447

[18] Eisermann, P./Hirscher, G. (Herausgeber)
Bilanz der zweiten deutschen Diktatur
v. Hase & Koehler Verlag München 1993, Seite 55

[19] **Berliner Morgenpost** vom 16.2.1995
(Reportage über ein Gespräch mit A. Donda)

[20] **Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 63,**
herausgegeben von der Freien Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung Berlin, August 1991

[21] **[1] a.a.O., Seite 239**

[22] **Zeitschrift für Geschichtswissenschaft** 11/1994, Seite 999 Verlag Metropol

[23] **[12] a.a.O., Seite 20**

[24] **Listverlag** München, Leipzig 1997, Seite 19, 20, 28, 31, 36, 41

[25] **[12] a.a.O., Seite 1**

[26] **Berliner Zeitung** vom 20.3.1997, Seite 4

[27] Kuhrt, E./Buck, H.F./Holzweißig, G.
Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren
Leske + Budrich, Opladen 1996, Seite 137

[28] **[12] a.a.O., Seite 70**

[29] **Blätter für deutsche und internationale Politik 3/96**
Bonn, Seite 360

[29a] **Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik** Bd. (Vol.) 217/2, Seite 244

[30] **[12] a.a.O., Seite 15**

[31] **Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen.**
Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda
Bd. II. 2, Seite 1973-2193

Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur
in Deutschland des Deutschen Bundestages“
Nomos Verlag/Suhrkamp Verlag 1995
Baden-Baden

[32] **[10] a.a.O., Seite 641**

[33] **Vorwort zum Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung**, Berlin 1986

[34] **Band 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski**
Rowohlt, Berlin 1992, Seite 173

[35] **Westdeutscher Verlag, Opladen** 1995, Seite 59

[36] **Forum der Bundesstatistik,** Band 24
herausgegeben vom Statistischen Bundesamt
Stuttgart 1993, Seite 29

[37] **[5] a.a.O., Seite 183**

[38] **Pressemitteilung vom 11. April 1991 überein Pressegespräch in Hannover**

[39] **Statistische Diskussionsbeiträge Nr. 3**

Universität Potsdam, Wirtscharts- und sozialwissenschaftliche Fakultät, 1996

[40] Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin 1988
Einführung, Seite 4

[41] **Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch**
Leske + Budrich, Opladen 1996, Seite 439

[42] **Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik**
Bd. (Vol.) 208/5, Seite 459
G. Fischer Verlag Stuttgart 1991

[43] **Stellungnahme des Wissenschaftsrates zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Wirtschaftsund Sozialwissenschaften**
(herausgegeben vom Wissenschaftsrat, Köln 1992, Seite 8)

[44] **ohn Macht DDR-Funktionäre sagen aus**
Verlag Neues Leben, Berlin 1992, Seite 27

Fußnoten

* Staatliche Planauflagen für alle Unternehmen, die den elf Industrieministerien unterstellt waren; die übrigen Unternehmen sind hier nicht berücksichtigt.

[5] Statement des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes auf einem Pressegespräch: "DDR-Statistik: Schein und Wirklichkeit" am 11. April 1991 in Hannover, Seite 2, vergleiche auch: "Untersuchung zur Validität der statistischen Ergebnisse für das Gebiet der ehemaligen DDR", Ergebnisbericht des Statistischen Bundesamts, Wiesbaden,, April 1991

6 „Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED". Expertise im Auftrag der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" des Deutschen Bundestages. Gekürzte Fassung, von Prof. Dr. Peter von der Lippe, Essen Januar 1994

7 Vergleiche folgende Veröffentlichungen von mir:

- "Der Weg zur unanfechtbaren Statistik: Daten und Entwicklungsrichtungen, die real und überschaubar sind. "Neues Deutschland 16. November 1989, Seite 3
- Zwischen Falschinformation und Geheimnisverrat" Neue Bildpost, 16. Dezember 1990
- "Der große Schwindel und die DDR Roboter", Berliner Morgenpost, 16. Februar

1995, Seite 37

- "Zahlen lügen nicht', in Ohne Macht, Verlag: Neues Leben, Berlin 2. Auflage 1992

8 Siehe hierzu Przybylski: „Tatort Politbüro", Band 2, Verlag: Rowohlt, Berlin 1992, Seiten 175 - 177

9 Im dem Zusammenhang ist zu bemerken, daß wir die umfassende Außenhandelsstatistik, die von den Außenhandelsbetrieben (auch die der Industriekombinate) nach Ländern und Erzeugnisgruppen aufgestellt und durch das Außenhandelsministerium konzentriert wurde, von diesem Ministerium vierteljährlich erhielten.

10 Vergleiche u.a. Gerhard Schürer, "Gewagt und verloren", Frankfurter Oder Editionen, Frankfurt Oder/1996

11 "Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen", Geheime Verschlußsache b5 - 1155/89 vom 27.10.1989. Der vollständige Text der Analyse ist auch im DA 10/1992 S. 1112 veröffentlicht und auch als Dokument 731 der Bundestagsdrucksache 12/7600, Anlagenband 3, S. 3109 ff.

12 Durch einen Brief von A. Schalck und H. König vom 14. November 1989 an H. Modrow wurde bekannt, daß aufgrund der Einbeziehung bisher geheim gehaltener Devisenreserven die Verschuldung auf 20,6 Mrd. Dollar sank. An Schürer ging ein gleichlautender Brief. Vergleiche DA 10/1992, S. 1029 und Dok. 733, Anlageband 3, S. 3121. Der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Juli 1990 weist eine Nettoverschuldung der DDR, per 31.05.1990 von 27,4 Mrd. DM = 14,8 Mrd. Dollar aus. Die offiziellen Inventurergebnisse des Bereiches Kommerzielle Koordinierung per 31.12.1989 sind seit 1992 bekannt. Vergleiche Hertle, DA 10/1992 S. 1029, Fn 33, Wortlaut des Schlußberichtes Dok 748, Anlageband 3, S. 3207, Inventurergebnis, S. 3216. Es wird somit gegenwärtig von allen einschlägigen Experten mit einer tatsächlichen Westverschuldung der DDR von 13 - 14 Mrd. Dollar gerechnet.

13 "Propagandastatistiken wird es nicht mehr geben.", Nationalzeitung Berlin 06.12.1989, Vergleiche auch Fußnote 7).

4 Gelegentlich wird auch der Begriff Validität im Sinne von Meßgenauigkeit der Statistik verwandt. Angesichts der Vielfältigkeit der Problematik erscheint er aber hier zu eng.

5 Näheres dazu findet man bei Fritz u.a. (1996), Ergänzungsband 3, Rückrechnungsmethodik.

6 Eine Globalisierung dieser Aussage ist nicht zulässig. Die bedingungslose Unterordnung der Statistik unter das Primat der Planung wurde nur unter ganz bestimmten Bedingungen (wie z.B. unter den hier geschilderten) zur bedauerlichen Praxis. Für die überwiegende Zahl der Kennziffern galt, daß den Ansprüchen solider statistischer Arbeit entsprechende Definitionen gemeinsam und einvernehmlich erarbeitet wurden. Dabei war die amtliche Statistik federführend.

7 Auf Besonderheiten, die vorrangig für die Arbeit mit den Originalergebnissen von Belang sind, wird im Rahmen der Beschreibung der Beschäftigtengruppenerhebung noch eingegangen.

Von Fritz, W. wurden im Textauszug folgende Literaturquellen erwähnt:

- Hölder 1992: DDR-Statistik - Schein und Wirklichkeit in: Statistik in bewegter Zeit, Ehrengabe zum 65. Geburtstag von Egon Hölder. Metzler-Poeschel, Stuttgart 1992, S. 303 - 310.
- Kockel 1992: Ausgewählte Probleme der früheren DDR-Statistik in: Allgemeines Statistisches Archiv, 76. Band, Nr. 1/1992
- Lachnit 1993: Das Rückrechnungsprojekt des Statistischen Bundesamtes in: Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Band 24, 1993
- Angermann 1994: Sammlung, Sicherung und Rückrechnung von statistischen Angaben über die ehemalige DDR in: Allgemeines Statistisches Archiv, 78. Band, Nr. 3/1994
- Fischer 1994: Entwicklung der amtlichen Statistik in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR - 1945 bis 1990 in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 213, Nr. 5/1994.
- Lippe 1996: Wirtschaftsstatistik
- Lucius und Lucius, Stuttgart 1996
- Winkler 1931: Grundriß der Statistik, Teil I, Verlag von Julius Springer, Berlin 1931

- Kockel, K.: Ausgewählte Probleme der früheren DDR-Statistik, Allgemeines Statistisches Archiv, 76. Band, Nr. 1/1992

* Die Einschätzung von Hacker bezieht sich auf Leistungen und Fehleinschätzungen der politologischen DDR-Forschung.

♦ der Arbeitsproduktivität

○ Replik auf das Buch von Modrow, H. "Aufbruch und Ende", Hamburg 1991, Seite 148

3 Siehe hierzu auch: „Die Statistik auf dem Weg zur deutschen Einheit". Vorträge vor dem Statistischen Beirat des Statistischen Bundesamtes anläßlich seiner 37. Tagung am 3. Juli 1990 in Berlin. Sonderdruck in Wirtschaft und Statistik, 1990. - Gutachten und Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1986.

1 Diese und alle folgenden zitierten Seitenangaben nach: Peter von der Lippe, Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, in "Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode)", herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Band 11.3.

2[a] Rückrechnungen gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR-Beiträge zu einer Statistiktagung in Berlin 1992, Band 24 der Schriftenreihe, Forum der Bundesstatistik, Seite 27.

1 Fischer, Peter: Entwicklung der amtlichen Statistik in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR - 1945 - 1990 -, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 23115 (1994), S. 597 ff, ferner Kockel, Klaus: ausgewählte Probleme der früheren DDR-Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 76 (1992), S. 1 und Güttler, Markus: Das statistische Informationssystem der DDR, Ein Reservoir an Erfahrungen für die Fortentwicklung der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland, in: Allgemeines

Statistisches Archiv, Bd. 87 (1992), S. 175.

2 v.d.Lippe (1995).

3 v.d.Lippe (1996).

4 angenommen auf der 45. Tagung des ISI, August 1985 in Amsterdam., Pkt. 1.3

5 v.d.Lippe (1996), S. 644.

6 vgl, Hölder (1991).

7 vgl. v.d. Lippe (1996), S. 660.

8 Diese und die folgenden Einkommensdaten sind eigene Berechnungen des Pro-Kopf-Nettoeinkommens nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1992 bis 1994. Die Gruppe der Arbeiter und Angestellten entspricht etwa der der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (vgl. Klitzsch 1995). Die berechneten Niveauunterschiede sind mit Sicherheit noch zu gering ausgewiesen, da es gravierende Unterschiede in der Besetzung der oberen Einkommensgruppe und in den Ausfallquoten zwischen Ost und West gibt.

9 Landesarbeitsamt Sachsen 1996

10 Der Zähler enthält Arbeitslose sowie Vollzeitmaßnahmen zur Fortbildung und Umschulung, Vollzeitäquivalent der Kurzarbeiter, Maßnahmeteilnehmer von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einschließlich nach § 249 h.

11 Schätzung aufgrund von Ergebnissen für 1993.

12 wie Fußnote 2 nur ohne Arbeitslose.

13 v.d. Lippe (1996), S. 664.

14 vgl. Statistischer Beirat (1996) sowie Mai (1996).

30 Ich glaube nicht, daß man sagen kann: "Der Zustand der DDR-Ökonomie war seit Jahren gut erforscht und - bis auf einzelne Details - bekannt." (101, 15, ähnlich S. 59, 75), so daß für jede Fehleinschätzung die Bundesregierung selbst die Verantwortung trägt. Man kann das auch nicht allein daraus folgern, daß "sich seit Jahrzehnten diverse Forschungsinstitute in der Bundesrepublik mit einer großen Zahl von Ökonomen mit nichts anderem als der Analyse der DDR-Wirtschaft befallt haben" (101, 60). Die gleichen Autoren widmen übrigens andererseits ein ganzes Kapitel ihres Buches (101, 186 ff.) der "ratlosen Ökonomenzunft", also einem Defizit an Forschung über die DDR (vgl. Fußnote 3). Man kann durchaus "einzelne Details" und insbesondere viele statistische Daten kennen und gleichwohl den Zustand einer Wirtschaft nicht wirklich erforscht haben

5 von der Lippe, Peter, Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen, Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, Gutachten im Auftrag der Enquete Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED - Diktatur in Deutschland" des Deutschen Bundestages, in Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von

Geschichte und Folgen der SED - Diktatur in Deutschland", Band II, Teilband. 3, Baden-Baden (Nomos) 1995, S. 1973 - 2193 (im folgenden zitiert als v .d. Lippe, Materialien) auch als Taschenbuchausgabe, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1995.

9 Gemeint sind der Kodex berufsethischer Grundsätze des International Statistical Institute (ISI), die UNO-Handbook of Statistical Organization dargelegten Prinzipien und die (allerdings erst nach der „DDR-Zeit) beschlossenen Grundsätze der Konferenz Europäischer Statistiker (CES).

28 Sie waren sogar so erheblich, daß Donda disziplinarische Maßnahmen in Aussicht gestellt wurden. Das ist im Dokument D 8.1 nachzulesen, das in voller Länger abgedruckt ist in v d. Lippe, Materialien S. 2133 - 2143

32 Ein anderer Fall scheint wohl die Berichterstattung über die Umweltbelastung in der DDR gewesen zu sein, wo man nach H F. Buck auf Weisung des Präsidiums des Ministerrats "gefälschte Daten über die Schwefeldioxyd-Emissionen." veröffentlicht hat und jeweils immer "nur soviel zugab, wie der Westen meinte, daß es sei" (in einem Vortrag vor der Enquete Kommission bei einer Anhörung am 5.2.1993, vgl. Materialien Bd. Il/1, S. 744).

33 In der veröffentlichten Fassung des Gutachtens (v.d Lippe, Materialien) sind neben diesem noch wesentlich mehr Vorgänge dieser Art dokumentiert worden (S. 2149 - 2173), und auf den hier dargestellten Sachverhalt wird auch Bezug genommen von Herrn Kollegen W. Krämer in seinem Buch "So lügt man mit Statistik", 6. Aufl., Frankfurt/M., New York, 1994, S. 153 f.

53 Als Indikator des Wohlstandes. Die Betrachtungen sollten für 1974 gelten. Vgl. hierzu und zu den folgenden Betrachtungen v d, Lippe, Materialien, S. 2037 f und 2147f.

54 Abgedruckt in v d. Lippe, Materialien, S. 2147 f.

58 W. Neubauer, Wann kann und was soll Statistik?, in H. Grohmann (Hrsg.), Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung. Zum verantwortungsvollen Umgang mit Statistik, Sonderheft 28 zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Göttingen 1994, S. 7

59 Ebenda S. 14

60 Das Vorurteil der Laien beruht, wie Neubauer zu Recht hervorhebt, auf einer (im sozialen Bereich) unerfüllbaren Idealvorstellung von Objektivität.

61 Neubauer wirft z.B, die Frage auf, ob nicht auch manche "Extremwertbereinigung" oder "Transformation" von Daten als methodischer Schritt in die Nähe der Manipulation kommt.

65 Allerdings wären damit auch Verpflichtungen für eine so privilegierte amtliche Statistikbehörde verbunden, die man sehr ernst nehmen sollte, um ein solches Ansehen nicht zu verspielen. Es ist z.B. im nachhinein sicher ein Segen gewesen, daß die nicht ganz unproblematische Analyse der DDR-Statistik in Westdeutschland vorwiegend vom DIW, einem Wirtschaftsforschungsinstitut, und nicht von der amtlichen Statistik betrieben wurde.

1 Zu ihm gehören die Sowjetunion, die DDR, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, die Mongolei, Kuba und (seit 1978) Vietnam. Die Mitgliedschaft Albaniens ruht. Von den kommunistisch regierten Ländern gehören dem RGW nicht an: die

Volksrepublik China, Jugoslawien, Nordkorea, Kambodscha, Laos, Afghanistan und Äthiopien.

2 Abgesehen von einem jährlich noch vor dem Statistischen Jahrbuch erscheinenden „Statistischen Taschenbuch", den Monats-, Halbjahres- und Jahresberichten der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik sowie gelegentlichen Einzelangaben in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen.

3 Erwähnt seien als Beispiele das Statistische Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der jährliche Sozialbericht der Bundesregierung, die Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter in den einzelnen Bundesländern, die Jahresberichte einiger für Wirtschaftsbereiche zuständigen Bundesministerien, so besonders die jährlich vom Bundesminister für Wirtschaft herausgegebene Informationsschrift „Leistung in Zahlen", das umfangreiche „Statistische Jahrbuch deutscher Gemeinden" sowie die Monats- und Jahresberichte der Deutschen Bundesbank.

Bei diesem Dokument handelt es sich um eine überarbeitete und in Hypertext-Format übertragene Version der Publikation: